

Das Argument

34

7. Jahrgang 1965

Probleme der Entwicklungsländer (I)

Frank Deppe und Kurt Steinhaus: Zur Vorgeschichte des »underdevelopment« und der »nationalen Befreiung«	1
Karl Hermann Tjaden: Daten zur Morphologie der Entwicklungsregionen	18
Georg Büchner, Frank Deppe und Karl Hermann Tjaden: Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften	25

Besprechungen

I. Philosophie [u.a. Herbert Marcuse: One-dimensional man. Studies in the ideology of advanced industrial society (Wolfgang Fritz Haug)]	49
II. Soziologie	56
III. Psychologie	63

Frank Deppe und Kurt Steinhaus*

Zur Vorgeschichte des »underdevelopment« und der »nationalen Befreiung«

I. Zur Theorie sozioökonomischer Stagnation

Die Analyse des heute — vor allem außerhalb Europas — zu konstatierenden „underdevelopment“ muß die Tatsache reflektieren, daß viele heutige Entwicklungsgesellschaften zu anderen Zeiten ökonomische und politische Großmächte und Träger bedeutender Hochkulturen waren, mit denen viele damalige europäische Gesellschaften kaum konkurrieren konnten, daß indessen nur in Europa seit dem 15. Jahrhundert jene sozioökonomischen Umwälzungen stattfanden, die schließlich in der Transformation feudaler Agrargesellschaften in kapitalistische Industriegesellschaften kulminierten, während der Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion im größten Teil der außereuropäischen Gebiete vergleichbare Veränderungen nicht erfuhr. Diese Phase sozioökonomischer Stagnation stellt das erste Stadium der Genesis des „underdevelopment“ jener Entwicklungsgesellschaften dar.

Gesellschaften, die sich immer wieder nur auf gleicher Stufenleiter reproduzieren, kennzeichnete Hegel — mit dem Blick auf Indien und China — durch „das Statarische, das ewig wiedererscheint, [das hier] ersetzt . . . , was wir das Geschichtliche nennen würden“¹. Marx, der sich wenig später mit den gleichen Ländern zu beschäftigen begann, konstatierte ebenfalls den „stationären Charakter dieses Teils von Asien, trotz aller zwecklosen Bewegung in der politischen Oberfläche“². Er sprach von asiatischem Despotismus und von Stagnation³ und unter den „Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“ nannte er ausdrücklich auch die „asiatische“ Produktionsweise⁴, als deren besonderes Merkmal er vor allem die Konzentration öffentlicher Arbeiten (wie Bewässerung etc.) in den Händen politischer Zentralgewalten ansah⁵.

* Dieser Aufsatz, wie auch die beiden folgenden Aufsätze, ist hervorgegangen aus einer Übung „zur Theorie der sozialen Transformation in den Entwicklungsländern“, die von K. H. Tjaden im Wintersemester 1964/65 am soziologischen Seminar der Universität Marburg abgehalten wurde.

1 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Stuttgart: Reclam (1961), S. 183.

2 Marx, Karl, Brief an Engels v. 14. 6. 1853, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin: Dietz 1963, S. 267.

3 Cf. 1. c., S. 268.

4 Drs., Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin: Dietz 1961, S. 9.

5 Cf. z. B. drs., Brief, S. 267.

Einen der ersten Versuche, aufgrund detaillierter Spezialstudien eine konkrete stationäre Gesellschaft mit einem adäquaten Kategorienapparat zu analysieren und daraus eine generelle Theorie sozioökonomischer Stagnation abzuleiten, stellen die Vorkriegspublikationen von K. A. Wittfogel dar⁶. Wittfogel versuchte die Struktur der chinesischen Gesellschaft aus dem besonderen Charakter ihrer Produktivkräfte zu erklären. An die Marxschen Bemerkungen über die „asiatische Produktionsweise“ anknüpfend, analysierte er zunächst die natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte sowie den Prozeß ihrer Aktualisierung, in dessen Verlauf ganz spezifische Produktionsweisen und -verhältnisse entstanden. Mittels eines überaus reichhaltigen Materials weist Wittfogel nach, wie aus einer ganz bestimmten Spezifizierung des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Reproduktion eine ebenso bestimmte Spezifizierung des politischen und rechtlichen Überbaus, der Wissenschaft und der Technologie und eine entsprechende Prägung individueller Bewußtseinsformen resultierte. Seine These ist, daß alle Ebenen der chinesischen Gesellschaft in einem derartigen Maße spezifiziert und gleichgerichtet waren, daß in ihrem Schoße selbst nur solche neue natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte aktualisiert werden konnten, die zur Verbesserung und Stabilisierung eben jenes auf eine ganz bestimmte Richtung festgelegten Reproduktionsprozesses brauchbar waren, daß es hingegen nicht zur Aktualisierung von Produktivkräften kam, die diesem eine grundlegend neue Richtung hätten geben können.

„Im europäischen Mittelalter stand die Entwicklung von Keimzellen frühbürgerlicher Produktionsverhältnisse in den Städten nicht in einem unlösbaren Gegensatz zur agrarischen Basis... Hier vermochte sich ein selbstherrliches Bürgertum... zu konstituieren. Die extensive, zersplitterte Landwirtschaftsproduktion... ging, davon unberührt, ihren Gang. Aus den Städten orientalischer Wasserbaubürokratien aber war die asiatische Staatsgewalt unvertreibbar... [Sie] drängte... ihren Machtapparat massiv in den Städten zusammen... [und] lag... lähmend auf dem Stadtbürgertum, diesem jede selbständige soziale und politische Entfaltung an der Wurzel abdrosselnd“⁷. So setzte also eine besondere Kombination geographischer und klimatischer Merkmale eines großen Teils von China, die überregionale — von einer mit Zwangsmitteln ausgestatteten Bürokratie organisierte — Wasserbauvorhaben lebensnotwendig machte, der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft „einen Damm entgegen..., den diese aus eigener Kraft nirgends zu übersteigen vermocht hat“⁸.

Ebensowenig kam es in China zur Entstehung eines Systems exakter Naturwissenschaften, es blieb bei einer bloß empirischen Behandlung bestimmter konkreter Einzelprobleme. Ein verhältnismäßig hohes Niveau erreichten nur jene wenigen Teildiszi-

6 Gemeint ist hier — neben einer Reihe von Aufsätzen — vor allem: *Wirtschaft und Gesellschaft Chinas*. Erster Teil: *Produktivkräfte, Produktions- und Zirkulationsprozeß*, Leipzig: Hirschfeld 1931. Ausdrücklich ausgenommen ist das wissenschaftlich weitgehend wertlose Werk: *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*, Köln-Berlin: Kiepenhauer und Witsch (1962).

7 Wittfogel, K. A., *Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 67, 1932, S. 466 bis 492, 579—609, 711—731, hier: S. 607.

8 l. c., S. 608.

plinen, die „den Bedürfnissen einer immer mehr auf Wasserbauten großen Stils beruhenden Gesellschaftsordnung“⁹ entsprachen. Stagnationsfördernd waren auch die in China vorherrschenden gartenbauähnlichen Produktionstechniken der Agrarkultur: sie erforderten eher Ausdauer, Geduld und vor allem langjährige Erfahrung und weniger bloße physische Kraft, was die Entstehung und Erhaltung einer auf vor allem auf der Autorität des Vaters basierenden Familienstruktur und generell eine hypostasierten Vorliebe für das Tradierte begünstigte¹⁰. So entstanden auf allen Ebenen dieser Gesellschaft ganz bestimmte Strukturen, die auf den spezifischen Charakter des Produktionsprozesses zugeschnitten waren und einerseits von diesem immer wieder erhalten und gefördert wurden, andererseits wiederum die stete Reproduktion seiner Struktur bewirkten. So kam es, daß trotz des Bestehens „ein[es] technisch reife[n]... Handwerk[s], ... ein[es] unternehmungslustige[n] ... Handelskapital[s]“, trotz des Vorhandenseins „industriekapitalistische[r] Betriebe von z. T. beträchtlichem Umfange“, die indessen „Oasen in einem Meere [blieben], dessen Grundströmung nach einer durchaus anderen Richtung drängte“¹¹, die chinesische Gesellschaft sich immer wieder nur auf gleicher Stufenleiter reproduzierte. Die chinesische Gesellschaft ist zweifellos ein sehr gutes Beispiel langfristiger sozioökonomischer Stagnation, aber keineswegs das einzige, und die hier analysierten Verhältnisse lassen sich in anderen stagnierenden Gesellschaften nur partiell oder auch überhaupt nicht aufweisen. Gleichwohl erweisen sich die zentralen Kategorien der Theorie Wittfogels auch für deren Analyse als tauglich. Unter einer sozioökonomisch stagnierenden Gesellschaft wäre hiernach ein gesellschaftlicher Funktionszusammenhang zu verstehen, der eine Reproduktion auf qualitativ erweiterter Stufenleiter d.h. die Aktualisierung grundlegend neuer Produktivkräfte aufs äußerste erschwert, da eine extreme Spezifizierung der Produktionsweise alle gesellschaftliche und ökonomische Aktivität in nur eine Richtung lenkt und absorbiert, wodurch diese Gesellschaft in eine „Sackgasse“ gerät, die die Möglichkeit einer progressiven Veränderung ihrer Struktur langfristig verbaut¹².

Wenn im folgenden versucht werden soll, einige Aspekte der sozioökonomischen Stagnation am Beispiel des Osmanischen Reiches zu demonstrieren, so sei vorausgeschickt, daß dieses Beispiel ebensowenig oder ebensoviel generalisierbar ist wie das Beispiel Chinas. Die erste Periode der osmanischen Geschichte war gekennzeichnet durch weiträumige militärische Expansion und reichte vom Beginn des 14. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Danach aber manifestierte sich die Unterlegenheit dieser einstigen Großmacht auf praktisch allen Gebieten auch

9 Drs., Wirtschaft, S. 683.

10 Cf. I. c., S. 140 ff.

11 Drs., Ursachen, S. 606.

12 Cf. I. c., S. 484. Damit ist natürlich die Möglichkeit, daß die z. T. erheblichen quantitativen Veränderungen, die auch in stagnierenden Gesellschaften stattfinden, irgendwann einmal den Charakter eines qualitativen Sprunges annehmen, nicht ausgeschlossen. Der zeitgenössischen Apologetik des Kolonialismus, deren Argumentation darauf hinausläuft, ohne Kolonialherrschaft hätte sich in den traditionellen Gesellschaften nie etwas geändert, ist entgegenzuhalten, daß mit dem Tatbestand langfristiger sozioökonomischer Stagnation die Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung noch keineswegs aufgehoben ist.

nach außen hin deutlich in einer Kette verheerender militärischer Niederlagen. Im 19. Jahrhundert war das Land praktisch zu einem Spielball der europäischen Mächte herabgesunken.

Als Friedrich Engels feststellte: „die türkische wie alle orientalische Herrschaft [ist] unverträglich mit kapitalistischer Gesellschaft; der ergatterte Mehrwert ist nicht sicher vor den Händen raubgieriger Satrapen und Paschas; es fehlt die erste Grundbedingung bürgerlichen Erwerbs: Sicherheit der kaufmännischen Person und ihres Eigentums“¹³, beschrieb er die Auswirkungen des fast völligen Fehlens eines ökonomisch, sozial und politisch bedeutenden türkischen Bürgertums. In diesem Tatbestand liegt der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der sozioökonomischen Entwicklung bzw. Nichtentwicklung dieses Landes, die aus einer spezifischen Form der arbeitsteilig-gesellschaftlichen Produktionsweise abgeleitet werden kann.

Jene Gruppen von Turkvölkern, die sich zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert in Kleinasien festsetzten, waren in ihrer alten Heimat Mittelasien vorwiegend Nomaden gewesen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung unter ihnen war nicht sehr weit fortgeschritten; es bestand hauptsächlich eine ethnische Arbeitsteilung, sie selbst konzentrierten sich auf die agrarische Produktion und überließen z. B. den Handel entlang der Karawanenstraßen, die durch ihre Wohngebiete führten, Ausländern oder ethnischen Minoritäten¹⁴. Dabei bildeten kriegerische Auseinandersetzungen einen integralen Bestandteil ihrer nomadischen Lebensweise.

Mittelasiatische Türken wanderten nun auf verschiedene Art und zu verschiedenen Zeiten in Kleinasien ein, wodurch das Osmanische Reich seit seiner Gründung eine relativ homogene ethnische Basis besaß. Produktionsweisen und Arbeitsteilung der eingewanderten Türken hatten sich jedoch nur begrenzt geändert: zwar war mittlerweile weitgehend der Übergang von nomadischer Viehzucht zu sesshafter Landwirtschaft erfolgt, was ohne weiteres möglich gewesen war, da Klima- und Bodenverhältnisse Kleasiens auch ohne Bewässerung extensive Landwirtschaft und z. T. auch den Anbau von Spezialkulturen erlauben. Aber die Türken hatten dort auch eine bereits seit längerem ansässige Bevölkerung vorgefunden, die vor allem aus Griechen und Armeniern bestand. Diese Minderheiten waren — zahlenmäßig am stärksten in den besonders fruchtbaren Küstengebieten — Bauern, Handwerker und Händler. Sie wurden von den Türken weder ausgerottet noch gewaltsam islamisiert¹⁵, waren als Nichtmuslims vom Kriegsdienst befreit und konnten relativ ungehindert ihren alten Beschäftigungen nachgehen.

So waren die mittelasiatischen Türken in eine neue Umgebung versetzt worden, die ihnen nur deutlich begrenzte Veränderun-

13 Engels, Friedrich, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, in Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin: Dietz 1963, S. 31.

14 Cf. Barthold, Wilhelm, Zwölf Vorlesungen über die Geschichte der Türken Mittelasiens, Darmstadt: Wiss. Buchges. 1962, passim und Wittek, Paul, Türkentum und Islam I, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 59, 1928, S. 469—525, passim.

15 Die verhältnismäßig weitgehende Toleranz des Islam gegenüber Andersgläubigen ist wesentlich durch die große fiskalische Bedeutung der Kopfsteuer, die nur von Angehörigen fremder Buchreligionen erhoben wurde, zu erklären. So war denn auch die Missionstätigkeit in eroberten christlichen Gebieten durchaus begrenzt: der Heilige Krieg diente nur vordergründig der Bekehrung „Ungläubiger“.

gen ihrer Reproduktionsweise nahelegte. Da die zu intensiver Agrikultur besonders geeigneten Küstengebiete weiterhin zu einem großen Teil von Nichttürken besiedelt wurden, entfiel sogar der Antriebe zur Anwendung intensiverer Produktionstechniken in dem nunmehr auch auf Ackerbau beruhenden türkischen Sektor der Landwirtschaft. Da einheimische handel- und gewerbetreibende Schichten bereits vorhanden waren, waren sie nicht gezwungen, sich diesen Erwerbszweigen intensiv zuzuwenden. So kam es, daß der überwiegende Teil des Außen- und Großhandels — soweit er nicht von Ausländern abgewickelt wurde — und der nichtagrarischen Warenproduktion in den Händen ethnischer und religiöser Minderheiten blieb, die allerdings die diesbezüglichen Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft vorerst in ausreichendem Maße befriedigten.

Die im Vergleich zu Mittelasien wesentlich günstigeren ökonomischen Verhältnisse und die dadurch ermöglichte Reichsgründung führten auf dem militärischen Sektor zu erheblichen Veränderungen: aus dem Stadium systemloser ad hoc-Überfälle in Grenzgebieten gingen die seßhaft gewordenen Türken zu systematischer und planvoller militärischer Expansion über. So ist dann auch die osmanische Geschichte vorwiegend Kriegsgeschichte gewesen: die Energien der osmanisch-türkischen Gesellschaft wurden im wesentlichen in den Feldzügen des Sultans absorbiert. Gegenüber dem christlichen Abendland fand diese extrem expansionistische Außenpolitik ihren Rechtstitel in dem Gebot des Heiligen Krieges gegen die Ungläubigen (dschihâd), der — zumindest in seiner osmanischen Variante — Max Weber zufolge „eine wesentlich an feudalen Renteninteressen orientierte Unternehmung zur grundherrlichen Landnahme“¹⁶ war.

In dieser gewaltsamen Landnahme lag die Haupttrichtung der Reproduktion der osmanisch-türkischen Gesellschaft: sämtliche gesellschaftlichen Strukturelemente waren hierauf ausgerichtet. Vor allem ist hier das Heer zu nennen, das nicht nur Grundlage der Expansion war, sondern auch in seiner Existenz ökonomisch von deren Erfolg abhängig war. Die wichtigsten Truppen neben den Janitscharen, die aus ehemaligen Christen rekrutiert wurden, d. h. aus Kindern, die ihren christlichen Eltern in der Form des sog. Knabenzinses geraubt wurden, um dann zu fanatischen „Glaubenskriegern“ erzogen zu werden, waren die Sipahis (Ritter). Diese wurden — je nach ihren militärischen Verdiensten — mit nicht vererbbares Land belehnt, erhielten von den Zinsbauern als den unmittelbaren Produzenten, die weiterhin Landeigentümer blieben, Abgaben und hatten je nach deren Höhe dem Sultan Truppen zu stellen. Der Wissenschaftsbetrieb war vor allem auf die Erfordernisse der Kriegführung zugeschnitten: zu eigenen Entwicklungen und zu grundlegenden Fortschritten in der Beherrschung der Natur durch den Menschen, die — wie das Beispiel Europas zur Zeit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals zeigt — sowohl Ergebnis als auch notwendiges Stimulans gesellschaftlichen Fortschritts sind, kam es kaum. Sofern europäische Wissenschaft rezipiert wurde, so doch nur in der begrenzten Funktion als militärische Hilfswissenschaft: es wurden Kanonen nachge-

16 Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr 1922, S. 271.

baut, Seekarten kopiert etc.¹⁷ und es blieb auch bei diesem auf bloße militärische Praxis gerichteten „know how“.

Wenn auch im Osmanischen Reich ein bedeutender Handel und eine bedeutende nichtagrарische Warenproduktion bestand, so lediglich in der Funktion mitzuhelfen, den aufwendigen Apparat zu reproduzieren, der dazu benötigt wurde, in drei Erdteilen zugleich Krieg zu führen. An der Art der nationalen Arbeitsteilung hatte sich Wesentliches nicht geändert: seit Jahrhunderten die gleichen Aktivitäten nur wenig verändert ausübend und immer eine Situation vorfindend, in der bestimmte Marginalgruppen die nichtagrарischen und nichtmilitärischen Tätigkeiten wahrnahmen, war der türkische Bevölkerungsteil niemals dazu gezwungen gewesen, hier entscheidende Modifikationen vorzunehmen.

Gegenüber dem entwicklungshemmenden Einfluß der in Gesellschaft und Individuum seit so langer Zeit verfestigten ideologischen Strukturen, die ebenso, wie sie durch die sozioökonomischen Verhältnisse, auf deren Grundlage sie entstanden waren, stets neu reproduziert und gestärkt wurden, diese wiederum reproduzieren halfen, hätten sich entscheidende Veränderungen in der Art der gesellschaftlichen Arbeit und Arbeitsteilung nur bei einem Vorliegen unabweisbarer Sachzwänge durchsetzen können¹⁸. Daß dies nicht der Fall war, hatte weitreichende Konsequenzen. Die zwar osmanische, aber vorwiegend nichttürkische und nichtislamische Bourgeoisie war in einer derartigen Lage, daß sie ihre eigentliche historische Funktion — zieht man die europäischen Verhältnisse zum Vergleich heran — gar nicht wahrnehmen konnte. Sie war zwar nicht sonderlichen Repressionen ausgesetzt, war aber als ethnische und vor allem religiöse Minorität von der Gesamtgesellschaft weitgehend isoliert und konnte daher auf die türkischen Massen kaum eine Ausstrahlungskraft haben. Eine politische Aufsässigkeit hätte lediglich eine tödliche Bedrohung ihrer physischen Existenz bedeutet, jedoch niemals erfolgreich sein können, da sie als eine Minderheit von „Ungläubigen“ stets allein gestanden hätte: Avantgarde bürgerlicher Aufklärung und Revolution zu sein, war dieser Marginalgruppe nicht möglich. Bei einer derartigen politischen Ohnmacht der Bourgeoisie gegenüber den herrschenden Klassen der Feudalgesellschaft war aber die zur Herstellung und Sicherung der „Grundbedingung bürgerlichen Erwerbs“ notwendigen Beseitigung der alten Herrschaftsverhältnisse unmöglich, die Entfaltung einer bürgerlichen Gesellschaft vorerst ausgeschlossen. Auf qualitativ gleicher Stufenleiter die alte sozioökonomische Struktur reproduzierend und inzwischen längst zu einem Anachronismus geworden, trat die osmanische Gesellschaft in ein kolonialistisches Zeitalter ein: die Reichtümer der Natur ihres Territoriums, die sie selbst nicht zu nutzen verstanden hatte, kamen in der Folgezeit anderen Gesellschaften zugute.

17 Cf. Lewis, Bernard, *The Emergence of modern Turkey*, London-New York-Toronto: Oxford Univ. Pr. 1961, S. 41 ff.

18 Als nach der kemalistischen Revolution der überwiegende Teil der Minderheiten umgekommen oder außer Landes gegangen war, mithin ein großes sozioökonomisches Vakuum bestand, das ausgefüllt werden mußte, war die türkische Gesellschaft nach einiger Zeit durchaus in der Lage, mit einem ethnischen Reservoir, das fast nur aus Türken bestand, auch die gesellschaftlichen Funktionen der einstigen Minderheiten auszuüben.

II. Aspekte kolonialer Abhängigkeit

Koloniale Betätigung hat — sofern sie sich nicht darauf beschränkt, demografische und soziale Vakua durch Besiedlung auszufüllen — die Funktion, den gesellschaftlichen Reichtum der Metropole zu vermehren und den der Kolonie zu vermindern; ihre strukturellen Auswirkungen tendieren zunächst dahin, das sozioökonomische Gefälle, dessen Vorhandensein ihr Entstehen überhaupt erst ermöglicht hat, noch zu vergrößern. Die Periode kolonialer bzw. halbkolonialer Abhängigkeit ist mithin ein wichtiges Stadium in der Genesis des „underdevelopment“ heutiger Entwicklungsgesellschaften.

Die Kolonialpolitik¹⁹ des Merkantilismus besaß — da die Produktivkräfte der europäischen Gesellschaften noch einen relativ niedrigen Entwicklungsstand hatten und infolgedessen die Möglichkeiten des Außenhandels begrenzt waren — weitgehend den Charakter unverhüllter gewaltsamer Aneignung fremder Güter und Dienstleistungen. Ihre wichtigsten Elemente waren Zwangsarbeit und Zwangshandel: So waren Schifffahrt und Piraterie weitgehend Synonyme.

Mit dem Ende der Periode der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, in dessen Verlauf die bürgerliche Gesellschaft sich zu entfalten begonnen hatte, entfielen auch die Notwendigkeiten für eine primär durch staatliche Privilegierungen und Reglementierungen bestimmte Wirtschaftspolitik und einen auf gewaltsamer Aneignung beruhenden überseeischen Außenhandel. Die staatliche Lenkung erwies sich mehr und mehr als Fessel gesteigerter Akkumulation; die Entwicklung maschineller Produktionsweisen, die zu großer Steigerung und Verbilligung der Warenproduktion führte, schob den Fertigwarenexport und den Rohstoffimport gegenüber dem offenen Raub in den Vordergrund. Die gesteigerten Transport-, Produktions- und Konsumtionskapazitäten erlaubten und erforderten einen gesteigerten Außenhandel.

Das Prinzip der freien Konkurrenz begann sich durchzusetzen: England, als das am meisten entwickelte kapitalistische Land, wandte sich dem Freihandel zu, da es eine Konkurrenz für seine Industrieprodukte nicht zu befürchten hatte; weniger entwickelte Länder betrieben zwar partiell eine protektionistische Handelspolitik, zumindest aber tendenziell basierte der Kapitalismus nach der merkantilistischen Periode auf dem Prinzip des Wettbewerbs.

Die Kolonialpolitik des Wettbewerbskapitalismus war zwar keineswegs frei von Gewaltanwendung, aber diese lag in der Regel im Rahmen der neuen Funktion des Staates, seinen Kaufleuten und Industriellen die Möglichkeit relativ ungehinderten und freien Wettbewerbs zu sichern. Das Prinzip gewaltsamer

¹⁹ Zur Wirtschafts- und Kolonialgeschichte, die hier nur kurz skizziert ist, cf. bes. Sombart, Werner, *Der moderne Kapitalismus*, 3 Bde., München und Leipzig: Duncker und Humblot 1928, Dobb, Maurice, *Studies in the development of capitalism*, London: Routledge & Kegan (1963) und Sweezy, Paul, *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln: Bund (1959).

Aneignung wurde zugunsten unbehinderten Handels, dem freilich gleiche Appropriationsfunktion zukam, modifiziert. Kam es zu militärischen Interventionen in Übersee, so meist zur Durchsetzung dieses Prinzips: z. B. gefährdete die Weigerung Chinas, als Absatzmarkt für indisches Opium zu dienen, mit bedeutenden Gewinnen operierende Produzenten und Distributeure; das Ergebnis war der Opiumkrieg (1839—42), der mit der Öffnung chinesischer Häfen für den europäischen Handel endete.

Aber schon rund 40 Jahre später hatte sich die Struktur der Weltwirtschaft erneut grundlegend geändert. Durch eine weitgehende Konzentration und Erhöhung der Produktion und eine ebenso weitgehende Zentralisation des Kapitals entstanden große Überschüsse an Waren, die aufgrund der geringen Kaufkraft der Massen auf den inneren Märkten nicht abgesetzt werden konnten; es stieg der Bedarf an billigen Rohstoffen und der Überschuß anlagebedürftigen Kapitals. Das Auftreten neuer kapitalistischer Staaten — wie des Deutschen Reiches und der USA — die vor den gleichen Schwierigkeiten standen, verschärfte diese Situation noch beträchtlich.

Um den hierdurch entstandenen Antagonismus zwischen Produktion und Konsumtion auszugleichen und der Tendenz zum Fall der Profitrate zu begegnen, ergab sich — auf der Grundlage des kapitalistischen Systems — die Notwendigkeit²⁰, einmal Warenexporte und Rohstoffimporte zu erhöhen, zum anderen, den Kapitalexport zu forcieren, dies wiederum um indirekt den Warenexport zu fördern, um das überschüssige Kapital zu günstigen Bedingungen anlegen zu können, und um den Druck auf den inneren Kapitalmarkt zu verringern, d. h. um die Rente des nichtexportierten Kapitals zu erhöhen.

War in der Periode des Wettbewerbskapitalismus das akkumulierte Kapital fast völlig im eigenen Lande investiert worden, so wurde der Kapitalexport — vor allem in abhängige Gebiete — zum typischen Merkmal der Kolonialpolitik des Imperialismus. Betrug noch 1870 der Wert der englischen, französischen und deutschen Kapitalexporte ca. 30. Mrd. Goldfrancs, so war diese Summe 1914 bereits auf ca. 157 Mrd. Goldfrancs gestiegen²¹. 29,4 % der britischen Investitionen zwischen 1890 und 1910 gingen ins Ausland, davon der weitaus größere Teil in mehr oder minder abhängige Gebiete²². Die Bedeutung dieser Kapitalexporte für den Warenabsatz zeigt sich an der Entwicklung des Außenhandels: zwischen 1876/80 und 1911/13 nahm der Export Großbritannien nach Europa und den USA um 100 % zu, der Export in den Rest der Welt hingegen stieg um 175 %²³.

Im Verlaufe des weltweiten Konzentrations- und Zentralisationsprozesses bildete sich ein zentralisiertes Finanzkapital, dem

20 „Notwendigkeit“ braucht dabei nicht unbedingt im Sinne der Zusammenbruchstheorie verstanden zu werden. Es wird allerdings heute kaum mehr bestritten, daß der hochkapitalistischen Wirtschaft kaum eine andere Möglichkeit blieb, als den Weltmarkt mit allen Mitteln auszuweiten, wie es im Zeitalter des Imperialismus geschah und daß dies entscheidend zur Selbstreproduktion des Kapitalismus beitrug. Cf. hierzu z. B. Zimmermann, Louis J. and F. Grumbach, *Saving, investment and imperialism. A reconsideration of the theory of imperialism*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 71, 1953, S. 1—21.

21 Cf. Mandel, Ernest, *Traité d'économie Marxiste*, Tome 1, Paris: Juliard (1962), S. 81.

22 Errechnet nach: Zimmermann, Louis J. and F. Grumbach, op. cit., Table 2, S. 6.

23 Cf. *ibid.*

als einziger Kreditquelle bald große Bedeutung zukam²⁴, und es entstanden nationale und internationale monopolistische Organisationen, die ökonomisch und politisch mächtig genug waren, die politischen und militärischen Möglichkeiten ihrer Regierungen in den Dienst ihrer ökonomischen Intentionen zu stellen. Letzteres war deshalb von großer Wichtigkeit, weil sich die überseeischen Gebiete für die kapitalistischen Nationen nur dann in dem benötigten Ausmaße als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Objekte der Kapitalanlage erweisen konnten, wenn ausländische Konkurrenz möglichst weitgehend ausgeschlossen war. So wurde der Staat wiederum umfunktioniert: die aggressive Außenpolitik des Merkantilismus reproduzierte sich in Imperialismus ebenso auf erweiterter Stufenleiter wie die protektionistische Handelspolitik des Merkantilismus in der Form der Schutzzollpolitik widererstand.

Im letzten Quartal des 19. und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts kam es zu einem regelrechten „run“ auf alle noch nicht unter der direkten politischen Herrschaft kapitalistischer Staaten stehenden überseeischen Gebiete.

Waren 1876 erst 10,8 % der Fläche Afrikas und 56,8 % der Fläche Polynesiens Kolonialgebiete, so waren es 1900 bereits 90,4 bzw. 98,9 %²⁵. Im gleichen Zeitraum hatten aber auch eine Reihe anderer Länder wie China, Persien und die Türkei de facto ihre Unabhängigkeit verloren und waren zu Halbkolonien geworden.

Für den grundsätzlichen Tatbestand der kolonialen Aneignung war es dabei von sekundärer Bedeutung, ob die abhängigen Gebiete formell unabhängig blieben oder ob sie den Status von Schutzgebieten, Kronkolonien oder Überseeprovinzen erhielten. Besonders die englische Kolonialpolitik zeichnete sich hierbei durch weitgehende Flexibilität aus, indem sie mehr Wert auf Schlüsselpositionen als auf das Prestige ungeteilten „direct rule“ legte: die geringere Transparenz der Herrschafts- und Aneignungsverhältnisse verminderte politischen Zündstoff und senkte die Kosten des Kolonialapparats beträchtlich.

Ein klassisches Beispiel für die Funktion kolonialistischer Politik in traditionellen Gesellschaften, die bereits über eine hochentwickelte nichtagrarische Warenproduktion und entsprechend dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung auch über ein Potential militärischen Widerstandes gegen Aggression verfügten, ist das vorwiegend von Großbritannien ausgebeutete Indien. Die Möglichkeit totaler Unterwerfung fehlte hier bis ins 18. Jahrhundert hinein ebenso wie die Möglichkeit, die begehrten indischen Produkte im Austausch gegen europäische Fertigwaren zu erwerben. Die Überlegenheit europäischer Produktionstechniken datiert erst aus späterer Zeit, im Zeitalter des Merkantilismus war es umgekehrt. Die englischen und französischen Textilfabrikanten konnten sich gegen diese überlegene Konkurrenz nur dadurch sichern, daß sie 1700 ein Importverbot — außer im Falle des Reexports — für indische Textilien durchsetzten. Falls

24 Dennoch kann man sicherlich kaum von einer totalen Machtverlagerung von der Produktions- in die Zirkulationssphäre sprechen, sondern eher von einer interdependenten Verflechtung beider Sphären, wobei sowohl das Finanzkapital das Industriekapital kontrollierte als auch umgekehrt.

25 Cf. Sombart, Werner, op. cit., Bd. III/1, S. 65.

Warenlieferungen aus Indien überhaupt bezahlt wurden, so vor allem mit aus Süd- und Mittelamerika stammenden Edelmetallen, aus denen noch bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts 75 % aller englischen Exporte nach Ostasien bestanden²⁶. Aber die politische Zersplitterung des indischen Subkontinents ermöglichte der Britisch-Ostindischen Kompanie bald, die verschiedenen politischen Gruppierungen dieses Landes gegeneinander auszuspielen und sich die Reichtümer dieses Landes ohne Entgelt anzueignen: Indien wurde vorwiegend mit indischer Hilfe erobert und beraubt. Durch die industrielle Revolution stieg die Arbeitsproduktivität in Europa so sehr, daß schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die indische Hausindustrie, die nicht wie einst die englische Industrie die Möglichkeit hatte, sich durch Einfuhrverbote zu schützen, durch die britischen Textilimporte praktisch vernichtet wurde. „Von 1818 bis 1836 stieg die Garnausfuhr aus Großbritannien nach Indien im Verhältnis von 1 zu 5 200. Während 1824 die Ausfuhr von englischem Musselin nach Indien kaum eine Million Yard erreichte, belief sie sich 1837 schon auf über 64 Millionen Yard“²⁷.

Warenexport aber setzt Kaufkraft voraus: Mit der Zerstörung der vorkapitalistischen Produktion verlor der europäische Kapitalismus zugleich Abnehmer für seine Erzeugnisse. So wurden Kapitalexporte schon allein notwendig, um den Einwohnern jener Länder wieder die Möglichkeit zu geben, europäische Produkte überhaupt zu kaufen.

Ein Teil der Kapitalexporte hatte die Form von Staatsanleihen, die meist für Schuldendienst sowie für solche militärischen und infrastrukturellen Zwecke verwandt wurden, die dieses Kapital praktisch völlig wieder dem Wirtschaftskreislauf der europäischen Staaten zufließen ließen.

Emissionsbedingungen und Zinssätze dieser Anleihen waren derart ruinös, daß die Empfängerländer sehr bald in große finanzielle Schwierigkeiten gerieten, was meist die letzte Stufe vor dem Verlust der faktischen (z. B. Osmanisches Reich) oder sogar der juristischen Unabhängigkeit (z. B. Ägypten, Tunesien, Marokko) war.

Den größten Teil der Kapitalexporte machten allerdings die Privatinvestitionen aus. Die meisten und schwerwiegendsten Veränderungen in den Wirtschafts- und Sozialstrukturen der kolonialen und halbkolonialen Gebiete stellen deren direkte oder indirekte Folgen dar. Sofern Boden-, Klima- und politische Verhältnisse geeignet waren, kam es in der Regel auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Produktion zur Entstehung einer vorwiegend auf Monokulturen beruhenden Plantagenwirtschaft, die in ausländischen Händen lag. Zu einer generellen Modernisierung der Landwirtschaft kam es hingegen nicht. Allerdings wurden durch ökonomische Anreize und politischen Druck aber auch unmittelbare Produzenten bzw. einheimische Großgrundbesitzer zum Anbau von Monokulturen veranlaßt. Aus vielen

²⁶ Cf. I. c., Bd. II/2, S. 978 f.

²⁷ Marx, Karl, Die britische Herrschaft in Indien, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 9, Berlin: Dietz 1960, S. 130. Ähnliches spielte sich u. a. auch im Osmanischen Reich ab: der output der anatolischen Seidenindustrie betrug z. B. in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur noch ein Zehntel des outputs der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. (Cf. Hershlag, Z. Y., Introduction to the modern economic history of the Middle East, Leiden: Brill 1964, S. 71).

Gebieten, die bisher eine Vielfalt von agrarischen Produkten erzeugt hatten und von Lebensmitteleinfuhren relativ unabhängig gewesen waren, wurden so Produzenten der Baumwolle (Ägypten), Wein (Algerien), Erdnüssen (Gambia), Kaffee (Salvador), Kakao (Goldküste), Bananen (Honduras), Zucker (Westindien) etc., wobei diese einseitige Produktionsstruktur extreme Krisenanfälligkeit und Verlust der Nahrungsmittelautarkie bedeutete.

Ein weiterer Teil der privaten Investitionen floß in den Bergbau, der ebenso in ausländischer Hand war wie die geringfügige — Konsumgüter und Halbfabrikate produzierende — neu ins Leben gerufene Industrie.

Da diese Sektoren kolonialkapitalistischer Produktion auf der Basis einer vorkapitalistischen Infrastruktur nicht funktionieren konnten, wurden auch auf infrastrukturellem Gebiet Investitionen vorgenommen, die in der Regel weitgehend auf die Bedürfnisse der durch Privatinvestitionen geschaffenen extraktiven Produktion zugeschnitten waren: Typische infrastrukturelle Investitionen in Kolonien waren z. B. Stichbahnen von Zentren extraktiver Produktion zu Seehäfen (Beispiele: Afrika südlich der Sahara, Osmanisches Reich).

Die Struktur der durch den Kapitalexport aktualisierten Produktivkräfte zeigt, daß es sich hier lediglich um kapitalistische „Enklaven“²⁸ handelte, um „bloße geografische Investitionen“, „die zwar im geografischen Sinne in den unterentwickelten Gebieten lokalisiert sind, aber niemals ein Teil der Wirtschaft des investierenden Landes bleiben“²⁹.

Zu diesen schwerwiegenden Verformungen der Wirtschaftsstrukturen der abhängigen Gebiete trat aber noch ein Prozeß der sozialen und ökonomischen Auszehrung von wahrhaft gigantischen Ausmaßen. Neben dem Raubbau, der mit den Menschen, den Mineralien, dem Boden und der Vegetation jener Gebiete getrieben wurde, ist hier vor allem die Größenordnung der direkten Appropriationen von Bedeutung, deren Stellenwert für die sozioökonomische Entwicklung der europäischen Staaten kaum überschätzt werden kann: „Diese sind reich geworden, weil sie sich durch ein kunstvolles System von Mitteln jahrhundertlang die Arbeit von Millionen asiatischer, afrikanischer und amerikanischer Völker ohne Entgelt angeeignet haben“³⁰. Wenn die ersten Reisen der British-Ostindischen Kompanie durchschnittlich mehr als 170 % Reingewinn erbrachten³¹, wenn diese Kompanie allein zwischen 1765 und 1771 aus der Provinz Bengalen mehr als 13. Mio. Pfund direkte Tribute erhielt³², wenn zwischen 1934 und 1937 aus Französisch-Indochina 2,48 Mrd. Francs Kapitalrenten ins Ausland flossen³³, so kann der Terminus „Ausbeutung“ wohl kaum mehr als propagandistische Über-

28 Cf. Myrdal, Gunnar, *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Stuttgart: G. Fischer 1959, S. 56.

29 So die Wiedergabe dieses — von dem amerikanischen Ökonomen H. W. Singer geprägten — Begriffes bei McLeod, A. N., *Trade and investment in underdeveloped areas: a comment*, in: *The American Economic Review*, Vol. 41, 1951, S. 411—419, hier: S. 411.

30 Sombart, Werner, *op. cit.*, Bd. II/2, S. 1072.

31 Cf. l. c., B. I/2, S. 684.

32 Cf. l. c., S. 712.

33 Cf. Schiff, Erich, *Direct Investments, terms of trade, and balance of payments*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 56, 1942, S. 305-320, hier: S. 314.

treibung gewertet werden. Einen Anhalt für die Höhe der kolonialen Extraprofite, die vor allem eine Folge der billigen Arbeitskräfte waren, mag das Beispiel holländischer Kapitalgesellschaften bieten: Die durchschnittliche Dividende der Gesellschaften, die vorwiegend in den Kolonien operierten, betrug zwischen 1922 und 1937 das 3,1 fache der Dividende der Gesellschaften, die vorwiegend in Holland selbst tätig waren; nimmt man nur den Zeitraum von 1922 bis 1929, so betrug das Verhältnis sogar 1 zu 4³⁴. Aber Beispiele dieser Art zeigen nur einen Ausschnitt aus der Breite kolonial kapitalistischer Appropriationstechniken: Die Kolonialgebiete trugen auch entscheidend personell und finanziell zum Unterhalt der zu ihrer Beherrschung notwendigen Repressionsapparate bei. Bei den Ausgaben der indischen Zentral- und Provinzialregierungen betrug der Wert der Militärausgaben 1921/22, 1926/27, 1931/32 das 8,3-, 4,6- bzw. 4,4fache der Ausgaben für das Erziehungswesen, während die Ausgaben für Justiz, Polizei und Gefängnisse immerhin noch das 2,2-, 1,4- bzw. 1,6fache davon ausmachten³⁵. Insgesamt eignete sich England in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts jährlich schätzungsweise 10% des indischen Volkseinkommens an³⁶. Damit wurde aber nicht irgendein gesellschaftlich irrelevanter Reichtum, sondern das Potential für gesellschaftliche Entwicklung überhaupt genommen.

Die Schichtungsverhältnisse abhängiger Gebiete reflektieren die Besonderheiten kolonialer Herrschaftsverhältnisse ebenso wie die Dichotomie einer Wirtschaft, die aus nur äußerlich miteinander verbundenen Sektoren einheimischer vorkapitalistischer und ausländischer kolonialkapitalistischer Produktion und Zirkulation besteht. Die Zerstörungen vorkapitalistischer nichtagrarischer Warenproduktion führte zu weitgehender Desurbanisierung: So erhöhte sich z. B. in Indien der Anteil der von der Landwirtschaft direkt abhängigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 60,1% im Jahre 1891 auf 75% im Jahre 1931³⁷. Die partielle Zerstörung der vorkapitalistischen Landwirtschaft — durch die Einführung des Plantagensystems bzw. durch Bodengesetze, die Kollektivland in halbfeudalen Großgrundbesitz bzw. in Klein- und Kleinstbetriebe, die normalerweise schnell in die Abhängigkeit einheimischer Wucherer gerieten, transformierten — verstärkte diesen Prozeß der Proletarisierung: Das hier entstehende unter struktureller Dauerarbeitslosigkeit leidende Stadt- und Landproletariat wuchs schnell auf Kosten der traditionellen Unterschichten. Auf der anderen Seite entstanden aber auch neue Ober- und Mittelschichten: Kapitaleigner, freiberuflich tätige Universitätsabsolventen, technische und Büroangestellte und vor allem in der eigenen bzw. in der kolonialen Administration bzw. der Armee Beschäftigte, von denen Teile sich in einem ökonomischen oder sozialen Konkurrenzverhältnis zu den Vertretern der Kolonialmacht befanden, während andere Teile — generell zusammen mit den feudalen oder halb-

34 Errechnet nach: I. c., S. 310.

35 Errechnet nach: Anstey, Vera, *The economic Development of India*, London-New York-Toronto: Longmans (1957), Table XX, S. 633.

36 Cf. Baran, Paul, *The political Economy of growth*, New York: Monthly Rev. Pr. 1962, S. 145.

37 Cf. Rehmann, Ruth, *Die Tragödie der indischen Landwirtschaft*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 8. Jhg., 1957, S. 684.

feudalen Oberschichten — sich als Kompradoren im System der kolonialen Aneignung reproduzierten und an dessen Erträgen partizipierten.

III. Bedingungen der nationalen Befreiung

Die ökonomischen und sozialen Bedingungen kolonialer oder halbkolonialer Gesellschaften reproduzieren sich demnach durch ein System sich wechselseitig vermittelnder Widersprüche. Hierbei werden jedoch soziale Kräfte freigesetzt, deren Existenz nicht nur Voraussetzung für das Funktionieren der modernen Kolonialherrschaft war, sondern die auch die Möglichkeit hatten, diese selbst wiederum aufzuheben und damit die Voraussetzungen für eine sozioökonomische Emanzipation zu schaffen.

Die gesamtgesellschaftlichen Widersprüche, die weitgehend das Wesen der kolonialen Gesellschaft ausmachen, konkretisieren sich in der Sphäre intersubjektiver Beziehungen als die Dichotomie von „colon“ und „colonisé“³⁸, von Herrschern und Beherrschten, Privilegierten und Unprivilegierten, Gebildeten und Analphabeten. Er erscheint in dem Rassismus, der zwischen ‚weißen Übermenschen‘ und ‚farbigen Untermenschen‘ differenziert, einerseits und in einem hypostasierten politischen wie kulturellen Nationalismus andererseits³⁹. Für die Mitglieder der kolonialen Gesellschaft selbst impliziert ihre Unterwerfung unter ein kolonialistisches Regime die soziale wie kulturelle Trennung von Stadt und Land, die Trennung einer nationalen Bourgeoisie, einheimischer Eliten, von der Landarbeiter- und Bauernschaft⁴⁰.

Durch diese Widersprüche hindurch konstituiert sich — nach Sartre — das „System“ des Kolonialismus⁴¹, wobei dieser Systembegriff sich streng an Hegels Bestimmung des dialektischen Verhältnisses von Herrschaft und Knechtschaft⁴² orientiert; Fanon formuliert: „Die Wahrheit des ‚colon‘ ist das koloniale System“⁴³. Der dynamische gesellschaftliche Antagonismus von Herrschaft und Knechtschaft, den Marx als den Klassengegensatz von Bourgeois und Proletarier für die Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft faßte, reproduziert sich unter den spezifischen sozioökonomischen Bedingungen der kolonialen Gesellschaft als der Widerspruch von „colon“ und „colonisé“, dessen Schärfe vor allem am Grad der Expropriation und Verelendung der Landbevölkerung und des ‚Lumpenproletariats‘ der Städte sich bemißt.

Die fortgesetzte ökonomische Stagnation, die die herrschenden Klassen ihrer Privilegien versichert, erweist sich als „Geburts-

38 Cf. Sartre, Jean Paul, *Portrait du colonisé*, in: *Situations*, V, Paris: Gallimard (1964), S. 49—56.

39 Cf. drs., *Le Colonialisme est un système*, in: *Situations*, V, Paris: Gallimard (1964), S. 25—48, hier: S. 44. Bereits Hilferding hat auf die Verknüpfung des Imperialismus mit der Ideologie des Rassismus und Nationalismus hingewiesen: cf. *Das Finanzkapital*, Berlin: Dietz 1955, S. 504. Zum Einfluß des Sozialdarwinismus auf die Bildung des Imperialismusbegriffes in der englischen Literatur cf. Halgarten, G. W. F., *Imperialismus vor 1914*, Bd. 1, München: Beck 1951, S. 16 f.

40 Cf. Fanon, Frantz, *Les Damnés de la terre*, Paris: Maspero 1961, S. 83 ff.

41 Cf. Sartre, Jean Paul, *Colonialisme*, passim.

42 Cf. Hegel, Georg Friedrich Wilhelm, *Phänomenologie des Geistes*, Hamburg: Meiner (1952), S. 146—150.

43 Fanon, Frantz, op. cit., S. 30.

helfer“ des gewaltsamen Widerstandes der Bevölkerung, sobald diese zu erkennen beginnt, daß Hunger, Seuchen und Analphabetismus nicht durch „Wohltätigkeit“⁴⁴ zu beheben sind, sondern vielmehr nur durch umfassende gesellschaftliche Veränderungen. Allerdings sind Möglichkeit und Ausmaß dieser Erkenntnisse nicht abstrakt zu fassen; sie sind jeweils in Relation zur konkreten historischen Situation und zu dem Entwicklungsstadium jener Gesellschaften zu bestimmen.

Die erste Phase antikolonialer Befreiungsbewegungen war geprägt durch lokal begrenzte Aufstände von Stämmen oder anderen Bevölkerungsgruppen, die in vielen Fällen noch unmittelbar aus der Zeit der Kolonialisierung datierten und in der Regel die verzweifelte, oft ohnmächtige Antwort auf die Zerstörung der Grundlagen der einheimischen Wirtschaft und Kultur darstellten. Diese frühen Bewegungen, erste spontane Reaktionen auf die ausländische Unterdrückung, die in manchem mit den Revolten der „Maschinenstürmer“ im frühkapitalistischen Europa zu vergleichen sind, waren vielfach von traditionalistischem Charakter, indem sie auf die Restituierung vorkolonialer Verhältnisse abzielten. Zu einem Zeitpunkt, da die Widersprüche des kolonialen Systems sich noch nicht in aller Schärfe entfaltet hatten, mußten sie diesen Charakter annehmen.

Von den vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, die diese frühe Epoche kennzeichneten, seien nur einige erwähnt: der Hereroaufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft (von 1903 bis 1907); der Bailundu-Krieg von 1902 in Angola; der Kampf Abd el-Kaders in Nordafrika gegen die Franzosen (1830—1847); der große Aufstand in Ostindien (1857/58), der erst nach schweren Kämpfen von den Engländern blutig unterdrückt wurde; schließlich die Kriege, die in China geführt wurden: der Opiumkrieg (1839—1842), der Taipingaufstand (1850—1866) und, 1900, der Boxerkrieg.

Die weitere Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegungen wurde — vor allem nach dem Ersten Weltkrieg — durch innergesellschaftliche wie außenpolitische Faktoren intensiviert.

Wenngleich die Möglichkeit der Akkumulation von Kapital in den Händen einer starken einheimischen Bourgeoisie, d. h. die Etablierung einheimischer Industrieller und Financiers unter den Bedingungen imperialistischer Politik nur in geringem Maße gegeben war, so hatten sich doch inzwischen Ansätze einer mittleren Schicht, der „akademischen und kommerziellen Kader“⁴⁵, gebildet. Diese Gruppe, zumeist an europäischen Universitäten ausgebildet, war zunächst bewußt in vielen Gebieten gefördert worden, wobei sie — dank ihrer höheren Bildung, ihrem höheren Einkommen und Sozialprestige — zwischen den ausländischen Kapitaleignern und den einheimischen unzufriedenen Massen eine politisch stabilisierende, integrative Position einnehmen sollten. Die Gründe, die der amerikanische Soziologe Fallers für das Prestige einheimischer Eliten angeführt hat, mögen auch wesentlich deren Förderung durch die kolonialen Behörden motiviert haben: „Es ist die Assoziation der Elite mit einer höheren, ‚reineren‘ Form der allgemeinen Kultur, die ihre öko-

⁴⁴ Camus, Albert, *Misère de la Kabylie*, in: *Actuelles, III, Chroniques algériennes*, Paris: Gallimard (1958), S. 31—90, hier: S. 45.

⁴⁵ Fanon, Frantz, *op. cit.*, S. 113.

nomische wie politische Vorrangstellung in den Augen der Bauern legitimiert“⁴⁶. Die Schicht dieser Personen durfte jedoch nicht zu groß werden, denn allzu leicht erwuchs aus der Diskrepanz zwischen der „Zahl der Ausgebildeten und den für sie im eigenen Lande offenstehenden Stellen“ eine gefährliche politische Dynamik, die durch das Vorhandensein einer Gruppe „arbeitslos gebliebener Intellektueller“⁴⁷ geschaffen wurde.

Als ein wichtiger außenpolitischer Faktor, der die Intensität und Richtung der nationalen Befreiungsbewegungen nach dem Ersten Weltkrieg beeinflusste, muß der Erfolg der sozialistischen Revolution in Rußland gewertet werden; bereits der Sieg der jungen Industrienation Japan über das zaristische Rußland im Jahre 1905, aber auch die erfolgreichen Anfänge der nationalen Bewegungen in der Türkei und in China konnten den kleinen politischen Führungsschichten in den Kolonien und Halbkolonien bewußt machen, daß es möglich war, die scheinbar übermächtigen kolonialen und feudalen Gesellschaftsstrukturen zu zerstören.

Der Prozeß der Transformation der ehemaligen Kolonialgebiete in formal-politisch unabhängige Nationalstaaten, die Phase des erfolgreichen Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen gegen die ausländische Herrschaft, ist in größerem Maße erst nach dem zweiten Weltkrieg für die politische Entwicklung der „Dritten Welt“ charakteristisch. In etlichen Ländern setzte er jedoch bereits wesentlich früher ein (Türkei, China, Indien); in Lateinamerika formierten sich nationale Bewegungen schon im 19. Jahrhundert. In ihnen fällt die Aufgabe politischer Repräsentanz fast ausschließlich den Mitgliedern der neuen Mittelklasse zu. Nehru hat dies als das entscheidende Kennzeichen des indischen Befreiungskampfes in den dreißiger Jahren bezeichnet: „... Damals waren alle politischen Wortführer aus den mittleren Klassen; ... der Industriearbeiter hatte wenig Einfluß. Die Bauernschaft war eine blinde, verarmte und leidende Masse, die sich in ihr schreckliches Schicksal fügte“⁴⁸. In ihrer Entstehung und Rolle in der Sozialstruktur der traditionellen Gesellschaft selbst ein Produkt der kolonialen Herrschaft, ist diese soziale Gruppe der Träger und Vermittler eines Bewußtseins, dessen Inhalt vor allem durch die Idee des Nationalismus und der Notwendigkeit von sozialen Reformen — d. h. eo ipso dem Kampf gegen die Kolonialherrschaft — geprägt ist.

Untersuchungen der Sozialstruktur von Entwicklungsgesellschaften und der aus ihr resultierenden politischen Funktion der verschiedenen sozialen Klassen, die vor allem mit dem Begriff der ‚nationalen Eliten‘ operieren, unterliegen nur allzu leicht der Gefahr, den Wandel der sozioökonomischen Struktur dieser Gesellschaften — in Anlehnung an die Theorien von Pareto und Mosca — als Elitenzirkulation zu interpretieren. Solche An-

46 Fallers, Lloyd, *Equality, modernity and democracy in the new states*, in: *Old societies and new states*, ed. by C. Geertz, Glencoe: Free Press (1963), S. 158—219, hier: S. 169.

47 Muddathir, A., *Die Rolle der Mittelschichten in der wirtschaftlichen Entwicklung*, in: *Probleme der Mittelschichten in Entwicklungsländern*, hrsg. von R. König, Köln-Opladen: Westd. Verl. 1964, S. 173—186, hier: S. 177.

48 Nehru, J., *An Autobiography*, London: 1953, S. 48 f., zit. n.: Mansur, Fatma, *Process of independence*, London: Routledge & Kegan (1962), S. 67.

schauungen werden etwa von Fatma Mansur vertreten und auf die politische und soziale Entwicklung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen projiziert: „...neue Kräfte in einer gegebenen Gesellschaft produzieren eine neue Elite, die die alte Elite ersetzt, da diese für die Gesellschaft nicht länger repräsentativ ist. Die neue Elite erlangt die Macht in der Gesellschaft, weil sie fähig ist, die neue Konstellation der sozialen Kräfte zu repräsentieren. Sie hält sich solange an der Macht, bis sie selbst wiederum unrepräsentativ wird. Schließlich verschwindet sie, ersetzt von einer neuen Elite“⁴⁹. Nach solchen Theorien sollen die antikolonialen Revolutionen nichts anderes sein als die Ersetzung einer traditionellen, meist weißen, ausländischen Elite durch eine neue, einheimische, während der Zustand der ‚Massen‘ von dieser Fluktuation selbst nicht berührt würde. Als entscheidendes Kriterium für den Erfolg und die Stabilität neuer politischer Führungsgruppen kann jedoch nicht die Frage gelten, inwiefern sie sich gegen traditionale Eliten durchzusetzen und gegen kommende zu behaupten verstehen, sondern inwiefern sie fähig sind, Maßnahmen durchzuführen, die auf die Aufhebung der Verelendung der Bevölkerung zielen. Werden die Möglichkeit und der Erfolg solcher Maßnahmen prinzipiell in Frage gestellt, dann freilich erscheint sozialer Wandel in Entwicklungsgesellschaften als die naturhaft sich vollziehende Auswechslung von elitären Führungscliquen, während die materielle und kulturelle Situation der Massen unverändert außerhalb dieses Prozesses sich perpetuiert.

Der Ideologie der Elitenzirkulation eignet jedoch ein Moment von Wahrheit, indem sie auf den strukturellen Widerspruch nationaler Befreiungsbewegungen hinweist, den sie zu verschleiern sucht. Insofern scheint die kritische Wendung des Terminus ‚Elite‘ — etwa bei Frantz Fanon⁵⁰ — gegen die innere Zerrissenheit solcher Bewegungen in eine kleine, politisch bewußte Führungsgruppe und die revolutionären Massen gerechtfertigt. Sie verweist auf den Widerspruch nationaler Befreiungsbewegungen schlechthin, der durch die Entstehungsbedingungen der politischen Führungsschichten in der Struktur der kolonialen Gesellschaft vermittelt ist, und der sich aktualisiert als der Widerspruch zwischen der immer notwendiger werdenden Befreiung der unteren Schichten und einem geringen Befreiungspotential, d. h. dem Fehlen breiter, politisch bewußter Führungsschichten.

Der Zusammenschluß heterogener sozialer Gruppierungen und Interessen in den nationalen Befreiungsbewegungen, der diesen stets eine Art ‚Volksfrontcharakter‘ verleiht, unterliegt daher — nach der Erreichung des Ziels der politischen Unabhängigkeit — mit einer gewissen Notwendigkeit einem Prozeß der Dissoziation, wie ihn Baran beschreibt: „Die sozial heterogenen Elemente — mögen sie während der Phase des antiimperialistischen Kampfes noch so eng vereint gewesen sein — polarisieren sich mehr oder weniger schnell und identifizieren sich mit den sich widerstrebenden Klassenkräften innerhalb des Rahmens der neuen Gesellschaft“⁵¹. Gleichzeitig scheint bei den

49 Mansur, Fatma, op. cit., S. 97.

50 Cf. Fanon, Frantz, op. cit., S. 131.

51 Baran, Paul, op. cit., S. 220.

national-bourgeois politischen Führungsschichten, die bereits in gewissem Maße an den Privilegien und Profiten ausländischer Herrschaft partizipierten, die Gefahr der Verselbständigung der Eigeninteressen, d. h. die Sicherung und Ausweitung ihrer sozialen und ökonomischen Vorrangstellung gegenüber den objektiven Bedürfnissen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung immanent. Ziéglers Angaben über die staatlichen Ausgaben im unabhängig gewordenen Kongo mögen diese Tendenz verdeutlichen: „80 % der staatlichen Ausgaben von 1962 waren für die Bezahlung von Beamten, Abgeordneten und Ministern vorgesehen. In der ökonomischen Situation, die zur Zeit der Verabschiedung des Budgets existierte, betrug das Einkommen eines Ministers ungefähr das vierzigfache des jährlichen Durchschnittseinkommens eines Arbeiters in der Stadt“⁵². Die Ausnutzung politischer Führungspositionen zur Festigung des eigenen privilegierten status quo kann nur auf Kosten produktiver Investitionen gehen; sie ist zur gleichen Zeit eine der Vorbedingungen für die Sicherung ausländischer Kapitalinteressen in einem formal unabhängig gewordenen Staat. Als weiterer Index der Entfremdung der elitären Führungsgruppen von den Massen der Landarbeiter und Bauern, die die Revolution getragen haben, wäre die Höhe der militärischen (es sei denn, sie sind durch die Gefahr ausländischer Intervention notwendig geworden) und administrativen Ausgaben, die Zentralisierung politischer Macht außerhalb der ländlichen Gebiete, die Bürokratisierung der politischen Herrschaft und das Anwachsen politischer Repression zu betrachten.

Der Anspruch der nationalen, revolutionären Bewegungen, die ökonomische und soziale Emanzipation des Landes durch die Zerstörung feudaler und kolonialer Verhältnisse in die Wege zu leiten, kann offensichtlich nur dann eingelöst werden, wenn im Prozeß der Revolution selbst und durch deren Weiterentwicklung der durch die koloniale Abhängigkeit geschaffene Gegensatz von Führern und Anhängern überbrückt werden kann. Fanon hat dies als die Notwendigkeit der „Politisierung der Massen“ bezeichnet⁵³. Die Erziehung des Volkes, das heißt die gleichzeitige Förderung von politischem Bewußtsein und Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft muß als eines der entscheidendsten Probleme bezeichnet werden, die im Zuge der revolutionären Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften zu lösen sind. Den Versuch der Lösung dieses Problems hält Bettelheim für ein spezifisches Merkmal der kubanischen Revolution: „Die revolutionäre Regierung von Kuba hat ökonomisch und politisch außerordentlich klug gehandelt, als sie erkannte, daß — noch vor der industriellen Planung und unmittelbar nach der Agrarreform —, der Akzent auf die Erziehung gelegt werden mußte. Das Jahr der Erziehung ist unmittelbar auf das Jahr der Agrarreform gefolgt und ist dem Jahr der Planifikation vorausgegangen. Diese Reihenfolge war perfekt logisch und gerechtfertigt“⁵⁴.

52 Ziéglér, Jean, *Sociologie de la nouvelle Afrique*, Paris: Gallimard (1964), S. 234.

53 Cf. Fanon, Frantz, op. cit., S. 140.

54 Bettelheim, Charles, *L'Harmonisation du secteur agricole et du secteur industriel*, in: *Industrialisation au Maghreb*, ed. par J. Dresch, Paris: Maspero 1963, S. 35–57, hier: S. 52 f.

Daten zur Morphologie der Entwicklungsregionen

Die Auffassung, generelle Aussagen über „die“ unterentwickelten Länder könnten sich bestenfalls auf Banalitäten beziehen¹, ist nicht mehr weit verbreitet. Zu sehr springt ins Auge, daß der (sich verringernde) Anteil von rund 20 % des Welteinkommens, über den die Bevölkerung der armen Kontinente (rund 70 % der Weltbevölkerung) verfügt², die (allenfalls langsam abnehmende) Unter- oder Fehlernährung von gegen 60 % der Bevölkerung in diesen Ländern³, die niedrige (wenn auch sich erhöhende) mittlere Lebenserwartung der Neugeborenen, die meist nur die Hälfte bis bestenfalls zwei Drittel derjenigen in den hochindustrialisierten Ländern beträgt⁴, — daß diese Daten generelle Sachverhalte ausdrücken, aber keine Banalitäten sind. Beträgt das Pro-Kopf-Einkommen, ein abstrakter Durchschnitt, in den meisten Ländern Asiens und Afrikas nur 50 bis 100 US-Dollar im Jahr (gegenüber 2 500 Dollar in Nordamerika)⁵, ist es in einer zehn Jahre währenden Periode der Entwicklungshilfe in den 100 unterentwickelten Regionen und Staaten nur jährlich um durchschnittlich etwa einen Dollar gewachsen⁶, macht das Bruttosozialprodukt ganzer Entwicklungsregionen umfassender Kontinente und Weltteile jeweils nur Bruchteile der Militärausgaben der USA aus⁷, dann ist die generelle Unterscheidung der

1 So z. B. A. J. F. Köbben, *The Development of an under-developed territory*, in: *Sociologus*, Jg. 8 NF, 1958, S. 29—40, hier: S. 29.

2 Cf. *Science and technology for development*, Report on the United Nations Conference on the Application of Science and Technology for the Benefit of the Less Developed Areas, 8 Vols., New York: UN 1963, Vol. I, S. 30 ff.

3 L. c., S. 37. 1963 Report on the World social situation, [UN-] Department of Economic and Social Affairs, New York: UN 1963, S. 40.

4 L. c., S. 13 f.; *Science*, Vol. I, S. 37.

5 L. c., S. 38.

6 L. c., S. 38.

7 Cf. G. L. Matus, *Der Status der Nation und das internationale Schichtungssystem*; in: *Soziologie der Entwicklungsländer*, hrsg. v. Peter Heintz, Köln-Berlin: Kiepenheuer (1962), S. 45—69, hier: S. 58.

gegenwärtigen Gesellschaften in „arme“ Entwicklungs- und „reiche“ industrialisierte Länder aussagekräftig genug. Gegenüber der Hypostasierung der individuellen Besonderheiten rückständiger Gebiete, die von der Aufgabe der theoretischen und praktischen Bewältigung des generellen underdevelopment entbindet, erfordern diese nicht mehr nur quantitativen Differenzen eine typologische Formulierung, welche sie zugleich artikuliert und theoretisch integriert und die, entgegen aller mikrosoziologischen Ideologie, von gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Größen und Ursachenkomplexen auszugehen gezwungen ist. Dann dienen zur Unterscheidung entwickelter und sich entwickelnder Gebiete nicht Kriterien wie das (zu enge) des ökonomischen Wandels in rückständigen Gebieten⁸, aber auch nicht Merkmale wie das (zu weite) der Entwicklungsfähigkeit natürlicher Ressourcen⁹, sondern „an die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung anknüpfende“ Relationen¹⁰ wie eben das Pro-Kopf-Einkommen. Wenn nach diesem Kriterium (des Pro-Kopf-Einkommens) — mit Zimmermann¹¹ — Gesellschaften mit bloßem wirtschaftlichen Wachstum, nämlich fehlendem oder gar negativem Pro-Kopf-Einkommenszuwachs wie z. B. gegenwärtig viele zentralamerikanische und die zentralen südamerikanischen Länder oder — annähernd — Südkorea oder die Türkei, ferner Gesellschaften im Stadium wirtschaftlicher Entwicklung wie Indien oder Jugoslawien, die ein beginnender positiver Einkommenszuwachs charakterisiert, endlich industrialisierte Gesellschaften wirtschaftlichen Fortschritts, in denen dieser positive Zuwachs langfristig und dauernd ist¹², wenn also derart typologisch unterschieden werden kann, dann ist diese Unterscheidung zwar allgemein, jedoch nicht abstrakt; sie impliziert nämlich einerseits eine Differenzierung der Anteile zusätzlich investierbarer Mittel am Sozialprodukt — im Falle wirtschaftlichen Wachstums gleich Null — und damit der aktuellen Möglichkeiten der Überwindung des underdevelopment, andererseits eine Differenzierung der hierfür relevanten Ursachenkomplexe, nämlich des Verhältnisses der Wachstumsraten von Sozialprodukt und Bevölkerung, impliziert.

Freilich ist diese Überlegung bloß quantitativ orientiert und formuliert noch keine qualitativ unterschiedenen Typen¹³. Die theoretische Integration der quantitativen Merkmale und der sie setzenden historisch-gesellschaftlichen Bedingungen, die für die

8 Das offenbar zuwellen noch bei Lutz Köllner unterliegt (Die Problematik der Typenbildung für Entwicklungsländer. Methodologische Bemerkungen. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jg. 80, 1960, S. 453—465, hier: S. 453).

9 Cf. Emilio Willems, Unterentwickelte Gesellschaften, in: R. König (Hrsg.), Soziologie (Frankfurt): Fischer (1958), S. 296—303, hier: S. 297; P. K. Mukherjee, Economic Surveys in underdeveloped countries, Bombay etc.: Asia Publ. (1962), S. 5.

10 Köllner, op. cit., S. 461.

11 L. J. Zimmermann, Arme und reiche Länder, Köln: Bund (1963), bes. S. 29 f. Cf. auch: H. P. Minsky, Indicators of the development status of an economy, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 7, 1958/59, S. 151—172.

12 Cf. United Nations (ed.), Statistical Yearbook 1963, New York: UN 1964, S. 517 f., Tabelle 170.

13 So auch: Köllner, op. cit., S. 462 und 464.

industrialisierten Gesellschaften (und einen Teil der bereits im Stadium wirtschaftlicher Entwicklung sich befindenden) etwa zu ihrer Differenzierung nach wirtschaftlichen Lenkungssystemen führen müßte, würde jedenfalls dann, wenn sie zugleich die Wachstumsdivergenz von armen und reichen Ländern als etwas nicht bloß Akzidentelles plausibel machte, solche Typen konstituieren¹⁴. Daher ist die generelle Bestimmung der Ursache für die Stagnation oder bloß langsame Entwicklung der armen Länder, der annähernden Gleichheit von Bevölkerungs- und Sozialproduktzuwachsrate, soziologisch-historisch zu spezifizieren.

Das schnelle Bevölkerungswachstum in den meisten, sei's ökonomisch stagnierenden, sei's langsam sich entwickelnden Entwicklungsländern ist, wenngleich sich die Bevölkerungsexplosion vor allem auf Lateinamerika und auf Südwestasien konzentriert, dagegen in Afrika, Südost- und Ostasien geringeren Ausmaßes ist, doch durch einen allgemeinen Ursachenkomplex, den der sinkenden Sterbeziffern und der relativ unveränderten Fruchtbarkeitsziffern, bewirkt¹⁵. Sie sind Resultat sowohl der traditionellen einheimischen Kulturentwicklung, deren Stagnation¹⁶ implizierende Verdinglichung die Perpetuierung der überkommenen Muster generativen Verhaltens zur Folge hat¹⁷, als auch des die Sterblichkeit mindernden Imports medizinisch-hygienischer Technik seit der imperialistischen Durchdringung dieser Länder¹⁸. Es ist aber offenkundig, daß die Bevölkerungszuwachsrate nicht per se, sondern in Relation zum Volkseinkommenszuwachs für die sozioökonomische Situation der Entwicklungsländer verantwortlich ist: Wenn die Reproduktion der Gesellschaft stagniert, das Pro-Kopf-Einkommen nicht wächst, dann sind offenbar Bevölkerungszuwachsrate und Sozialproduktzuwachsrate (y) gleich. Die Ursachen für diese — oft genug voll, in sehr vielen Entwicklungsländern annähernd realisierte¹⁹ — Identität verbergen sich hinter der bekannten Wachstumsformel nach Harrod und Domar ($y = s/k$), in deren Konsequenz bei konstanter Erwerbstätigenquote und gegebenem technologischen Niveau das Pro-Kopf-Einkommen nur steigen kann, wenn die Spar- und Investitionsrate (s) bei unverändertem Kapitalkoeffizienten (k) sich erhöht oder bei unverändertem s die Kapitalproduktivität ($1/k$) steigt²⁰; bei Konstantsetzung der jeweils restlichen Größen

14 Die Erklärung dieser Divergenz würde auch das verbreitete Unbehagen darüber, daß der Begriff der Unterentwicklung ein relativer, auf die Industriegesellschaften bezogener ist (cf. Willems, op. cit.), in die Anerkennung des Sachverhalts verwandeln können, daß diese Unterentwicklung durch die repressive Relation der ehemaligen industriellen „Mutterländer“ zu ihren Kolonien mit verursacht ist und daß damit die Relativität des Begriffs sich durch objektive Relationen rechtfertigt.

15 Cf. 1963 Report, S. 5 ff., bes. Tabelle 1.

16 Cf. hierzu den ersten Aufsatz in diesem Heft.

17 Cf. Science, Vol. V, S. 19 f.; 1963 Report, S. 15 ff., bes. S. 17.

18 L. c., S. 5, 10 ff.

19 Cf. hierzu auch: Zimmermann, op. cit., S. 124 ff.

20 Cf. ibd., Kapitel IV, S. 95 ff. Zimmermans Verabsolutierung arbeitsintensiver Methoden als der für die Forcierung des Wachstums der Entwicklungsländer einzig geeigneten Investitionsform resultiert anscheinend aus seiner Voraussetzung für die Interpretation der Formel $y = s/k$, es seien die Produktionsfaktoren vollständig komplementär. Cf. hierzu: Henry J. Bruton, Growth Models and underdeveloped economies, in: The Economics of underdevelopment, ed. by A. N. Agarwala and S. P. Singh, New York: Oxford Un. Pr. 1963, S. 219 ff. sowie H. W. Singer, The Mechanics of economic development, ibd., S. 381 ff.

würde dieser Effekt auch durch eine Erhöhung der Quantität und Intensität der gesellschaftlichen Arbeit beziehungsweise durch Anhebung des technologischen Niveaus erreicht werden können²¹. Die Quantifizierung dieser Größen — die unter bestimmten Bedingungen zum Teil gegenläufig sich verändern können — für die Verhältnisse der gegenwärtigen Entwicklungsländer drückt formal die entwicklungshemmenden sozioökonomischen Faktoren aus: die Größen, deren Zunahme *ceteris paribus* jeweils erforderlich wäre, um einen Volkseinkommenszuwachs zu ermöglichen²², der das jährliche Bevölkerungswachstum der Entwicklungsregionen von mindestens 2,3 % (Asien) bis 2,7—2,9 % (Lateinamerika)²³ übersteigt, werden in den Entwicklungsländern nicht oder nur mit Mühe erreicht. Man nimmt an, daß die Rate der Nettoinvestitionen durchschnittlich etwa in der Größenordnung von 4—7 % des Volkseinkommens sich bewegt — während heute eine effektive Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums Größenordnungen von wesentlich mehr als 10 % erforderte²⁴; die erforderliche Kapitalausstattung je Produktionsergebnis, der Kapitalkoeffizient, ist nach Schätzungen in den Entwicklungsländern höher (3 bis 6) als in manchen Industrieländern (2)²⁵; er müßte — bei gegebenen sonstigen (typischen) Bedingungen — noch unter das Niveau der Industrieländer gedrückt, d. h. die Kapitalproduktivität müßte auf mehr als 50 % erhöht werden, wenn die stationäre Reproduktionsweise überwunden werden soll. Dies kann unter den gegebenen Voraussetzungen offenbar nur durch Verbesserung der Produktivität des existierenden Kapitals mittels einer Umorganisation der gesellschaftlichen Arbeit ohne zusätzliche „Produktionsumwege“ bewirkt werden²⁶. Im Falle einer Änderung des technologischen Niveaus der Produktion ließe sich das freilich auch durch kapitalsparende, arbeitsintensive Neuinvestitionen, doch nur um den Preis geringeren Ertragszuwachses erreichen; daher ist drittens die Steigerung des technologischen Niveaus der Produktion — gegebenenfalls im Rahmen einer bestimmten Kapitalmenge —, also die Substituierung der vorherrschenden arbeitskraftverbrauchenden Methoden durch arbeitskraftsparende Technik²⁷

21 Cf. l. c., S. 398 f. Von monetären und außenwirtschaftlichen Einflüssen ist hier abstrahiert; Identität von *l* und *s* vorausgesetzt.

22 Cf. hierzu: Bruton, op. cit., S. 221 f.

23 Jahresdurchschnitte 1960/62; Weltdurchschnitt: 2,1, Europadurchschnitt (ohne UdSSR) 0,9 %. Yearbook 1963, S. 43, Tabelle 3.

24 Cf. Les Besoins des pays peu développés en matière d'équipement. Rapport du secrétaire général. New York: ONU 1962, S. 3 ff., bes. S. 6 (Tabelle 1) und 8 (Tabelle 2); die hier referierten älteren Prognosen, die mit Sparraten dieser Größenordnung arbeiten, sind wegen des tatsächlich rascheren Bevölkerungswachstums zu günstig. Cf. ferner: W. W. Rostow, The Stages of economic growth. A non-communist manifesto. Cambridge: Univ. Pr. 1961, S. 41 ff.; W. A. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen, Zürich: Mohr, Polygr. V. 1956, Kapitel V, S. 222 f., passim. — Teilweise, so z. B. für einige afrikanische Länder, verschlechterte sich die Relation: cf. Economic Survey of Africa since 1950. New York: UN 1959, S. 188.

25 Albrecht Kruse-Rodenacker, Grundfragen der Entwicklungsplanung. Eine Analyse und die Ergebnisse einer Tagung. Berlin: Duncker und Humblot (1964), S. 65.

26 Cf. Singer, op. cit., S. 398 f.; dies entspräche etwa der von Bruton zu Recht von der kapitalverbrauchenden Investitionsform unterschiedenen Innovation mit höherer, technologisch-organisatorisch bewirkter Produktivität, die er indes Entwicklungsgesellschaften, ohne plausiblen Grund, nicht zugestehen will (op. cit., S. 223—229).

27 Cf. Science, Vol. I, S. 37. Natürlich sind solche Veränderungen relativ zu bestimmen.

bei den Neuinvestitionen für die sozioökonomische Entwicklung von entscheidender Bedeutung²⁸. Hierdurch würde viertens unter Umständen sich die in den Entwicklungsländern stellenweise hohe Quote der Erwerbslosen und die — vor allem agrarische — Unterbeschäftigung erhöhen, welche ohnehin schon in bestimmten Regionen Asiens und Afrikas Werte von 50 bis 60 % der Erwerbspersonen erreicht²⁹; Quoten, die im Interesse forcierten Wachstums, das die Ausnutzung aller verfügbaren Produktivkräfte erfordert, gerade so klein wie möglich gehalten werden müßten³⁰.

Die quantifizierten Größen der Wachstumsformel als Strukturmerkmale gegenwärtiger Entwicklungsgesellschaften auszugeben, erfordert nicht so sehr die Entkräftung des Einwandes, sie stünden beziehungslos nebeneinander, als die des berechtigten Vorwurfs, sie seien für diese Gesellschaften nicht durchweg typisch. In der Tat lassen sich etwa Entwicklungsländer mit hohen Nettoinvestitionsraten aufzeigen — solche zum Beispiel, in denen sich industriegesellschaftliche Enklaven mit hohem Exportanteil am Sozialprodukt etabliert haben³¹ — und ebenso bekanntlich viele entfaltete Marktwirtschaften mit niedrigen Investitionsraten; in der Tat kann etwa eine niedrige Quote der Erwerbstätigen Kennzeichen eines sehr niedrigen wie eines sehr hohen durchschnittlichen Lebensstandards sein³²; endlich lassen sich auch viele Strukturmerkmale der heutigen unterentwickelten Gesellschaften in bestimmten Frühstadien der kapitalistischen Entwicklung konstatieren³³. Aber wenn schon die vorwissenschaftliche Erfahrung, daß z. B. die Kapitalanlage in einem armen Land, welche nur Interessen auswärtiger Eigner befriedigt, dessen Bewohner nicht unbedingt zu reichen macht, auch solche Daten zu Merkmalen eines gleichwohl für die gesellschaftliche Armut typischen Funktionszusammenhangs zusammenschließen kann, dann kann eine solche Integration — wie die Bestimmung der spezifischen Differenz zwischen frühkapitalistischer und gegenwärtiger Entwicklungssituation — umso eher aus der Reflexion auf die Genesis der realen Werte der wachstums-theoretischen Bedingungsgleichung sich ergeben. Offenkundig ist ja die niedrige Spar- und Investitionsquote nicht einfach Funktion der niedrigen Durchschnittseinkommen, sondern der gesellschaftlich gesetzten Einkommensverteilung; sie resultiert wesentlich aus der sei's noch gegebenen, sei's bereits historischen Distribution des Nettosozialprodukts, dessen größerer Teil in der Regel neben den ausländischen Einkommensempfängern den agrarischen Großbesitzern, von dem ein weiterer be-

28 Bruton, op. cit., S. 228 f. Cf. zum Gesamtproblem auch: Joan Robinson, Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien. München: Beck (1965), S. 126 ff., bes. S. 146 f.

29 Cf. 1963 Report, S. 75 f.

30 Cf. hierzu: Klaus Billerbeck, Mobilisierung brachliegender Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten asiatischer und afrikanischer Entwicklungsländer, in: Landwirtschaft und Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Berlin: Duncker und Humblot 1960, S. 120—141.

31 Cf. Rostow, op. cit., S. 44 f.

32 So: Köllner, Zur historisch-soziologischen Morphologie von Entwicklungsländern, in: Jahrb. f. Sozialwissenschaft, Bd. 13, 1962, S. 94—108, hier: S. 96 f.

33 Cf. Singer, op. cit., S. 381. Simon Kuznets, Underdeveloped Countries and the pre-industrial phase in the advanced countries, in: The Economics of underdevelopment, I. c., S. 135—153.

merkenwerter Teil den einheimischen städtischen Repräsentanten des Handelskapitals³⁴ zukommt: „In equality in such countries arising out of relatively high rental incomes does not favour the accumulation of productive capital equipment but rather has led to such things as speculative housing projects — frequently of a luxury type — or conspicuous consumption“³⁵; aus ihr resultiert ferner ein Faktor, der speziell die Investitionsrate niedrig hält: „[hoarding] of some private individuals in underdeveloped countries, . . . namely, in South and Southeast Asia and in the Middle East“: das teils traditionellen Verhaltensmustern, vorab aber aktuellen ökonomisch-politischen Interessen folgende Horten hat nach früherer UN-Schätzung in manchen dieser Gebiete zu „private gold hoards . . . as large as 10 per cent of the national income“ geführt³⁶. Die durchschnittlich geringe Produktivität des vorhandenen, wegen der niedrigen traditionellen Investitionsrate knappen, Kapitals zum anderen wird — sieht man ab von der Qualität der natürlichen Ressourcen und von Einflüssen der tradierten Kultur auf das Arbeitsverhalten — offenbar zunächst bewirkt durch die unzureichende, zumindest den Erfordernissen umfassender Industrialisierung nicht genügende Beschaffenheit der Infrastruktur, welche sowohl entsprechende, kurzfristig wenig produktive Investitionen erfordert als auch die Produktivität der übrigen Anlagen begrenzt³⁷; sodann durch die tradierte Einseitigkeit der wirtschaftlichen Erschließung des Landes, durch Disproportionalitäten im nichtagrarischen Produktionsapparat sowie durch die Unergiebigkeit (und den Infrastrukturbedarf) der Produktion im agrarischen Sektor, der durchschnittlich gegen 65 % — häufig drei Viertel oder mehr — der Bevölkerung stellen mag, dessen (arbeitsintensiver) Beitrag zum Sozialprodukt aber oft weit unter 50 % liegt und in dem in vielen Regionen (besonders Afrika und Naher Osten) die Produktionsentwicklung das Bevölkerungswachstum nicht überholt³⁸. Auch die technische Form, die die überkommenen Kapitalanlagen haben und die zum relativ hohen Kapitalkoeffizienten beitragen mag, ist historisch durch die kapitalistische Exploitation der ehemaligen „Rohstoffländer“ vermittelt: ihre vorwiegende Fixierung an extraktive, auf die Ausbeutung bestimmter natürlicher Ressourcen gerichtete Produktion und später partiell an ausgewählte Verarbeitungsindustrien — bei gleichzeitiger tendenzieller Stagnation der Agrartechnik im Selbstversorgungsbereich — drückt auf das technologische Gesamtniveau und kann als Entwicklungshemmnis noch fortwirken, wenn bereits eine entschiedene Politik der Substitution zuvor benötigter Importgüter durch einheimische Produktion betrieben worden ist³⁹. Die Unterbeschäftigung und die offene Erwerbslosigkeit endlich — damit auch die Arbeitskräftefluktuaton und das niedrige Ar-

34 Cf. Charles Bettelheim, *Economic Planning in Black Africa*, in: *Monthly Review*, Vol. 13, 1961/62, S. 310–325, hier: S. 314.

35 Bruton, *op. cit.*, S. 231.

36 *Measures für the economic development of underdeveloped countries*. Report by a group of experts appointed by the Secretary-General of the United Nations. New York: UN 1951, S. 35.

37 Cf. Bruton, *op. cit.*, S. 224 ff.

38 Lewis, *op. cit.*, S. 224 ff.; *Production Yearbook 1962*, Vol. 16. Rome: FAO (1963), S. 16 ff., Tabellen 4 A, 4 B, 7. Cf. 1963 Report, S. 91.

39 Cf. *Social Aspects of economic development in Latin America*, ed. by Egbert de Vries and José M. Echavarría, 2 Vols. (Tournal): Unesco (1963), Vol. I, S. 128 ff.

beitseinkommen-Niveau —, die die meisten Entwicklungsländer belasten, sind nicht allein, als strukturelle Phänomene, durch Kapitalmangel, Bevölkerungsdruck, Bodenbesitzkonzentration und Importgüter-Konkurrenz (sowie den technischen Fortschritt), sondern auch, als zyklische Phänomene, durch die Außenhandelsbeziehungen vermittelt und insofern auch direkt „generated by the industrial countries“⁴⁰. Die Ursachen des underdevelopment, der Bevölkerungsexplosion wie des Retardierens des Sozialproduktwachstums, liegen nur sehr partiell in der Tradition der einheimischen Kultur; sie erweisen sich vielmehr weithin als Faktoren, die aus der ehemaligen, offenen oder vermittelten Kolonialherrschaft resultieren, deren fortwirkende Macht durch die politische Verselbständigung der Länder allenfalls gemildert, aber noch nicht gebrochen ist und deren Auswirkungen — wie etwa das Beispiel Argentinien und Chiles zeigt — selbst dann, wenn bereits relativ langfristige Entwicklungserfolge erzielt worden waren, das Land in eine Situation ökonomischer Stagnation zurückwerfen können⁴¹. Jene ökonomische Erschließung, die — vereinfacht gesprochen — im beherrschten Land ein System der Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit und Arbeitsertrag etablierte oder befestigte, welches die ungestörte und rentable einseitige Ausnutzung natürlicher Ressourcen ermöglichte und die Ausrichtung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur auf die Interessen des „Mutterlands“ implizierte, hat mit den wichtigsten Ursachen des underdevelopment dieses als historisch-typische Situation konstituiert; diejenigen Gesellschaften, deren vergleichsweise hoher Entwicklungsstand noch durch eine einseitige Spezialisierung der Produktion auf dominierende Rohstoffexporte bedroht ist⁴², wären als Variante der „armen“ Länder noch von den Typen der „reichen“ abzuheben. Die Genesis des typischen underdevelopment erinnert zudem an die Interdependenz dieser Entwicklungssituation mit derjenigen eines Teils der Industriegesellschaften. Aus ihr wäre darüber hinaus die spezifische Differenz zwischen dem frühkapitalistischen und dem gegenwärtigen Vorstadium der Industrialisierung zu erklären: trotz mancher Strukturähnlichkeiten hat es in jenem Vorstadium, dem der noch vorwiegenden agrarischen Erwerbstätigkeit, nicht dieses Ausmaß von Armut gegeben, das in den heutigen Entwicklungsländern aus dem Zusammentreffen des schnellen Bevölkerungswachstums, das anders als in Europa der Industrialisierung vorausläuft, mit der Verzögerung der Überwindung einer traditionellen Produktionsweise resultiert⁴³; durch die europäische Expansion ist beides vermittelt. Solche historischen Vermittlungszusammenhänge fallen in den Gleichungen der modernen ökonomischen Wachstumstheorie allerdings ebenso der Abstraktion zum Opfer wie die gesellschaftlichen Faktoren und Potenzen, welche die Situation ökonomischer Stagnation, aus der auch diese Theorie keinen Ausweg zeigt⁴⁴, transzendieren.

40 Measures, S. 5 und ff.; cf. Alfredo Navarrete Jr. and Ifigenia M. de Navarrete, Underemployment in underdeveloped economies, in: The Economics of underdevelopment, I. c., S. 341—347.

41 Aspects, S. 85 ff., 128 ff.

42 Cf. hierzu: Import substitution and export diversification, in: Economic Survey of Asia and the Far East 1963, Economic Commission for Asia and the Far East (ed.), New York: UN 1964, S. 5—118.

43 Cf. Kuznets, op. cit., S. 144 ff.

44 Cf. Robinson, op. cit., S. 127 und passim.

Georg Büchner, Frank Deppe
und K. H. Tjaden

Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften

Von der Beschäftigung mit dem Thema der Entwicklungsländer haben die Sozialwissenschaften in der Nachkriegszeit insofern profitiert, als viele ihrer Vertreter der gesellschaftlichen Begrenzung der dominierenden Forschungsansätze innegeworden sind; die Auffassung, man könne die „erprobte[n] sozialwissenschaftliche[n] Fragestellungen und Methoden“ unbesehen auf die nicht-industrialisierten Gesellschaften „anwenden“¹, ist häufig der Einsicht gewichen, daß Kategorien, welche funktionale Zusammenhänge der westlichen Industriegesellschaft widerspiegeln oder gar einer atomistischen Konzeption sozialen und ökonomischen Geschehens entspringen, Gesellschaften inadäquat sind, die als Totalität den Status wenig entwickelter Produktivkräfte zu überwinden beginnen². Daß Gesellschaft und Wirtschaft nur als historisch gesetzte Einheit zu begreifen sind, ist ein Gedanke, dem sich manche Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler, auch wenn sie ihre Analysen primär an Kategorien wie der des sozialen Handelns orientieren, nicht mehr a priori verschließen³.

Häufig genug freilich bleiben die Versuche, sozioökonomische Entwicklung theoretisch und historisch zu fassen, in einer völligen Abstraktion von dem sie konstituierenden Verhältnis, dem der Abneigung der Natur durch gesellschaftliche Praxis, befangen; Geschichte erscheint dann allenfalls nur formal als die zeitliche Dimension allgemeiner Funktionszusammenhänge oder als die individuelle Totalität, in der sich die besonderen Daten zusammenschließen. Damit erscheint oft auch die typische Situation der gegenwärtigen Entwicklungsgesellschaften⁴, sich auf mehr oder minder gleichbleibendem sozioökonomischen Niveau zu reproduzieren, im Kern als Produkt historischen Zufalls oder als ein Grenzfall in den Gleichungen der Wachstumstheorie, den ungünstige Umstände konstituieren; die Bedingungen ihrer Emanzipation können solche Konzeptionen nicht als konkrete formulieren, und zuweilen fallen alle Entwicklungschancen alge-

1 K. H. Pfeffer, *Soziologie der Entwicklungsländer*, in: *Soziale Welt*, Jg. 14, 1963, S. 33–37, hier: S. 33.

2 Belege für diese Diskussion in den Sammelbänden: *Explorations in social change*, ed. by G. K. Zollschan [and] W. Hirsch, London: Routledge (1964) und *The Economics of underdevelopment*, ed. by A. N. Agarwala and S. P. Singh, New York: Oxford Un. Pr. 1963.

3 Cf. hierzu z. B. die Arbeiten von W. Arthur Lewis und E. Hagen.

4 Cf. hierzu den vorstehenden Aufsatz in diesem Heft.

braischen oder funktionalistischen Übungen zum Opfer. Solche Argumente, die den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien die objektive Möglichkeit der sozioökonomischen Emanzipation nicht zugestehen wollen, verfahren wie jede Ideologie nach dem Prinzip, daß die bürgerliche Gesellschaft zwar ihre Vorgeschichte gehabt habe, daß aber mit der Etablierung dieser Gesellschaft die Geschichte zu ihrem Ziel gekommen sei.

Diese Ideologie charakterisiert die sozioökonomische Stagnation in den Entwicklungsgesellschaften meist als einen *circulus vitiosus*, sei's mit Argumenten ökonomischen, sei's mit Meinungen demografisch-anthropologischen Inhalts. Letztere, die am meisten dem Niveau von Stammtischdiskussionen angenäherten Thesen, besagen, daß in den Entwicklungsländern die Bevölkerungsexplosion anhalten und wenn auch nicht aufgrund des Gesetzes vom abnehmenden Ertragszuwachs⁵, so doch wegen des zu raschen Wachstums jeden ökonomischen Erfolg zunichte machen werde⁶; ferner, daß der seit Menschengedenken geringe „Nutzungseffekt“ der natürlichen Ressourcen aus biologisch-anthropologischen Gründen dort sich nicht werde steigern lassen⁷; das Argument kehrt modifiziert und in wesentlich rationaler Form in der Auffassung wieder, daß die strukturell unvollkommenen Faktormärkte in den armen Ländern in Verbindung vor allem mit einer besonders starken Begrenzung der technischen Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren relativ unproduktive Produktionsfunktionen perpetuieren und damit die Ausgangssituation strukturellen Ungleichgewichts reproduzieren werde⁸. Die genuin ökonomischen *circulus vitiosus*-Theoreme besagen, daß das niedrige durchschnittliche Einkommensniveau in den Entwicklungsländern die durchschnittliche Sparrate extrem niedrig halte, daher die Kapitalbildung, daher wiederum die Produktivität gering sei, was endlich eine Erhöhung des Einkommensniveaus verhindere; aus demselben Grund sei auch die effektive Nachfrage gering, was eine Vergrößerung der Produktionskapazität und somit wieder eine Erhöhung des Einkommensniveaus verbiete⁹. Gegen alle diese Argumente sind stichhaltige, meist primär empirisch orientierte Einwände in Fülle vorgetragen worden; aus ihnen geht hervor, daß diese Theoreme entweder unmittelbar aktuelle Strukturmerkmale der Entwicklungsgesellschaften zu Naturkonstanten hypostasieren oder selbst Verabsolutierungen von Regelmäßigkeiten darstellen, die am marktwirtschaftlichen Funktionszusammenhang zu beobachten sind. Die „seit Menschengedenken“ niedrige Ausnutzung natürlicher Ressourcen, soweit dies wirklich konstatierbar ist, läßt sich unschwer aus Spezifizierungen der jeweiligen traditionellen gesellschaftlichen Produktionsweise erklären¹⁰. Aus Unvollkom-

5 Cf. zur Entkräftung des Malthus'schen Arguments vom abnehmenden Ertragszuwachs besonders: Fritz Baade, *Der Wettlauf zum Jahre 2000*, Berlin: Non Stop (1960), S. 26 ff.

6 Cf. K. V. Müller, *Zur Soziologie der Entwicklungsländer*, in: *Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik*, Berlin: Duncker und Humblot (1963), S. 237–253, hier: S. 249.

7 L. c., S. 250 ff.

8 Cf. R. S. Eckaus, *The Factor-Proportions Problem in underdeveloped areas*, in: *The Economics of underdevelopment*, I. c., S. 348 ff.

9 Cf. z. B. S. Klatt, *Zur Theorie der Industrialisierung*, Köln-Opladen: Westd. V. 1959, S. 97 f. und S. 106 ff.

10 Cf. hierzu den ersten Aufsatz dieses Heftes.

menheiten der Faktormärkte resultierende wenig produktive Produktionsfunktionen, die zweifellos die ökonomische Entwicklung hemmen¹¹, müssen sich nicht notwendig perpetuieren; Arbeitsausbildung, Mobilität und Einsatz der Arbeitskräfte, Faktorkombinationen lassen sich rational organisieren¹². Bevölkerungsvorgänge, als historisch-gesellschaftlich vermittelte definiert¹³, müssen nicht langfristig demselben Reproduktionsschema rapiden Wachstums folgen, und die Hypothese, die Möglichkeit des Eindämmens der Bevölkerungsexplosionen wachse, nach der Regel des verkürzten Phasendurchlaufs, mit dem Grade effektiver Industrialisierung, ist historisch bislang nicht falsifiziert¹⁴. Neben anderen empirischen Sachverhalten läßt sich gegen die Behauptung eines notwendigen Zusammenhangs zwischen durchschnittlich niedrigen Einkommen und niedriger Sparrate die Tatsache der Ungleichheit der gesellschaftlichen Einkommensverteilung bei traditionaler Sozialstruktur anführen: „Am wenigsten können diejenigen Nationen Armut als Ursache für mangelnde Spartätigkeit anführen, bei denen 40 % oder mehr des Volkseinkommens durch die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher verschwendet werden“¹⁵. Daß eine niedrige Rate investierbarer Mittel der Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität unüberschreitbare Grenzen setze, erweist sich als Hypostasierung industriegesellschaftlicher Erfahrung: „Selbst mit bloßen Händen läßt sich immer etwas Nützliches tun“¹⁶, und mit eben diesem Argument und den empirischen Daten aus jenen armen Ländern, die ihre ökonomische Entwicklung planmäßig forcieren, läßt sich auch der spezielle Einwand entkräften, daß der immense Kapitalbedarf für Infrastrukturverbesserungen jenes limit konstituiere. Die These von den inadäquaten Gütermärkten endlich — ebenfalls eine Verabsolutierung der marktwirtschaftlichen Organisation — hält auch unter Voraussetzung des Marktmechanismus bei Berücksichtigung der Märkte für Massenverbrauchsgüter Ergebnissen empirischer Forschung nicht stand¹⁷.

Die Einwände gegen die meisten dieser Theoreme lassen sich nach einem gemeinsamen theoretischen Prinzip, das anders als die moderne Wirtschaftstheorie nicht an der Notwendigkeit der Gleichgewichtsperpetuierung bei entfalteten produktiven Kräf-

- 11 Sie können langfristig auch nicht aus der Ungunst natürlicher Ressourcen erklärt werden; cf. Jacob Viner, *The Economics of development*, in: *The Economics of underdevelopment*, I. c., S. 9—31, hier: S. 16 f.
- 12 Cf. Gerald M. Meier, *The Problem of limited economic development*, ibd., S. 54—74, hier. S. 58 f.
- 13 Cf. vor allem: G. Mackenroth, *Bevölkerungslehre*, Berlin etc.: Springer 1953, passim.
- 14 Kurzfristig freilich ist das rasche Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern, wie die Ergebnisse der Weltzählung von 1960/61 erkennen lassen, ein noch gravierenderes Problem, als ursprünglich vermutet wurde; cf. aber z. B.: J. M. Stycos, *Problems of fertility control in under-developed areas*, in: St. Mudd (ed.), *The Population Crisis and the use of World resources*, The Hague: Junk 1964, S. 94—108.
- 15 W. A. Lewis, *Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums*, Tübingen, Zürich: Mohr, Polygr. V. 1956, S. 262.
- 16 Joan Robinson, *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien*. München: Beck (1965), S. 137.
- 17 Everett E. Hagen, *On the Theory of social change. How economic growth begins*. London: Tavistock (1964), S. 42 ff. Hier auch eine kritische Darstellung der meisten erwähnten und einiger anderer circulosus-Theoreme.

ten, sondern an der Notwendigkeit der Entfaltung des Produktionspotentials selbst sich orientiert, formulieren; damit wird die Fragestellung der klassischen Politischen Ökonomie, wie Arbeitsproduktivität und Kapitalakkumulation sich steigern lassen, wieder aufgenommen¹⁸. Entscheidend für die Transzendierung traditional wenig produktiver Produktionsprozesse ist dann neben der Organisierung größerer Variabilität in der Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren besonders die ihres gesamtwirtschaftlich sinnvollen Einsatzes, insbesondere in Bezug auf das Arbeitskräftepotential; für die Erhöhung der Kapitalakkumulation neben der Steigerung der gesellschaftlichen Gesamtproduktivität die Organisierung einer gesamtwirtschaftlich sinnvollen Verteilung und Verwendung des Nettosozialprodukts; für die Eindämmung der Bevölkerungsexplosion die konsequente Durchführung dieser Maßnahmen, deren ökonomische und politische Funktionen zumindest langfristig ein Sichschließen der Bevölkerungsschere zulassen¹⁹. Die Überwindung der ökonomischen Stagnation kann prinzipiell durch eine Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtsystems der Verteilung von Arbeit und Arbeitsertrag erreicht werden; natürliche Voraussetzung ist die besondere Qualität der menschlichen Arbeitskraft, mehr als ihre notwendigen Subsistenzmittel produzieren zu können; jeweiliges technisches limit des Wachstums ist der „Überschuß je Kopf, den die Beschäftigten in der Konsumgüterbranche über ihren eigenen Konsum hinaus produzieren“ können²⁰.

Elemente dieses Theorems sind von manchen gegenwärtigen Theoretikern der sozioökonomischen Entwicklung der armen Länder formuliert worden. So weist etwa W. A. Lewis darauf hin, daß „[if] there is surplus labour, and if ... its marginal productivity is zero, and if, also, capital can be created by labour without withdrawing scarce land and capital from other uses then capital can be created without reducing the output of consumer goods“²¹; so ist zum Beispiel M. Bronfenbrenner der Auffassung, daß [to shift] income to developmental investment from capitalists' consumption, from transfer abroad, and from unproductive ‚investment‘ ... brings the pragmatic result desired, namely economic development without sacrifice to the scale of living of the mass of the population“²²; so urteilt eine Expertenkommission der Vereinten Nationen, „[that], given leadership and the public will to advance, all problems of economic development are soluble. We wish to emphasize that the masses of the people take their cue from those who are in authority over them. If the leaders are reactionary, selfish and corrupt, the masses in turn are dispirited, and seem to lack initiative. But if the leaders win the confidence of the country, and prove themselves to be vigorous in eradicating privilege and gross inequa-

18 Cf. Meier, op. cit., S. 62.

19 Cf. Stycos, op. cit., besonders S. 96 ff., 108.

20 Robinson, op. cit., S. 138.

21 W. A. Lewis, *Economic Development with unlimited supplies of labour*, in: *The Economics of underdevelopment*, I. c., S. 400—449, hier: S. 420 f. Cf. auch: I. G. Patel, *Mobilization of domestic resources for economic development*, in: L. W. Shannon (ed.), *Underdeveloped Areas*, New York, Evanston: Harper (1957), S. 208—214, hier: S. 210.

22 M. Bronfenbrenner, *The Appeal of confiscation in economic development*, in: *The Economics of underdevelopment*, I. c., S. 472—494, hier: S. 472.

lities, they can inspire the masses with an enthusiasm for progress which carries all before it"²³. Indes wurde das Theorem, die ökonomische Entwicklung der gegenwärtig armen Länder könne aufgrund der spezifischen Produktivität menschlicher Arbeit prinzipiell aus eigener Kraft, vermittels einer adäquaten Umstrukturierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Entwicklungsländer erfolgen, wohl zuerst von Paul Baran ausformuliert²⁴. Die zentralen Begriffe seiner Theorie sind der *a k t u e l l e* und der *p o t e n t i e l l e* *S u r p l u s*. Der *a k t u e l l e* *S u r p l u s* ist die Differenz zwischen dem Nettosozialprodukt einer Gesellschaft und dem laufenden Konsum und schließt daher Nettoinvestitionen, Außenhandelsüberschüsse und nichtinvestiertes Einkommen, soweit es nicht konsumiert wird, ein. Dagegen bezeichnet der *p o t e n t i e l l e* *S u r p l u s* die Differenz zwischen dem Nettoausstoß an Gütern und Leistungen, der mit den gegebenen natürlichen Ressourcen, der gegebenen technischen Ausstattung, den gegebenen sonstigen Kapitalmitteln und mit dem verfügbaren Arbeitskräftepotential erzeugt werden könnte, und dem, was man als Minimalkonsum übersetzen kann. Im Gegensatz zum *a k t u e l l e n* *S u r p l u s* handelt es sich hier also nicht um eine realisierte, sondern um eine beim gegebenen Stand der sozioökonomischen und natürlichen Ausstattung realisierbare Größe, die den Stellenwert einer objektiven Möglichkeit hat²⁵. Die in den ideologischen Argumentationen zitierten entwicklungshemmenden Sachverhalte gewinnen nach dieser Theorie den Stellenwert, Ausdruck der Begrenztheit des *a k t u e l l e n* *S u r p l u s* zu sein. Doch ist dieser Stand der Dinge nicht zu hypostasieren. Als historische begriffen, sind diese Sachverhalte durch Sachen vermittelte Verhältnisse zwischen Menschen, deren Veränderung durch Mobilisierung des potentiellen ökonomischen Surplus der Entwicklungsgesellschaften zur Erhöhung des *a k t u e l l e n* und damit zur Aufhebung des dinglichen Scheins der aktuell konstaterbaren Entwicklungshemmungen führen kann. „What is short in all of these countries is what we termed *a c t u a l* economic surplus invested in the expansion of productive facilities. The *p o t e n t i a l* economic surplus that could be made available for such investment is large in all of them. To be sure, it is not large in absolute terms. . . . It is large, however, as a *p r o p o r t i o n* of their national incomes, and accordingly it is sufficiently large if not necessarily to permit large increments to their output, yet to enable them to attain high, and indeed very high, *r a t e s* of *g r o w t h*“²⁶. Selbst in Hinblick auf den *a k t u e l l e n* *S u r p l u s* urteilt Lewis: „In derartigen Ländern ist die produktive Anlage nicht deshalb klein, weil es keinen Überschuß gibt; sie ist gering, weil der Überschuß dazu benutzt wird, unproduktive Banden von Gefolgsleuten zu unterhalten, Pyramiden, Tempel und andere Dauerkonsumgüter zu bauen, anstatt produktives Kapital zu bilden. Würde jener Überschuß statt dessen den Kapitalisten

23 Measures for the economic development of under-developed countries, Report by a group of experts appointed by the Secretary-General of the United Nations. New York: UN Department of Economic Affairs 1951, S. 16.

24 Paul Baran, The political Economy of Growth, New York: Monthly Rev. Pr. (1960).

25 L. c., S. 22 f.

26 L. c., S. 226 f. (Kursiv im Original).

oder einer produktivitätsbewußten Regierung zufallen, die ihn durch Steuern einzieht, so wäre auch ohne Inflation ein sehr viel größeres Maß an Investitionen möglich“²⁷.

II

Wird der potentielle ökonomische Surplus, den die gesellschaftliche Arbeit in einem Land produzieren kann, nicht produziert und wird zudem der aktuelle Surplus nicht gesamtwirtschaftlich sinnvoll genutzt, dann muß der Grund dafür allemal zunächst in der Organisation dieser gesellschaftlichen Arbeit, des die gesamtgesellschaftliche Reproduktion überhaupt konstituierenden Moments, gesehen werden. Die Forcierung der ökonomischen Entwicklung in den armen Ländern erfordert eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems der Verteilung von Arbeit und Arbeitsergebnis; diese muß bewirken, daß der aktuelle Surplus durch Minderung unnötigen privaten und öffentlichen Verbrauchs vom Konsumanteil des Sozialprodukts her vergrößert wird und daß er vom Output her durch die Investierung unproduktiver Ersparnisse, durch die Vergrößerung der Quote der produktiv Erwerbstätigen sowie durch den Umbau der technischen Produktionsorganisation mit dem Ziel der jeweils effektivsten Nutzung der natürlichen Ressourcen sich erhöht. Diese Veränderung betrifft offenbar sowohl den skalaren Aspekt gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die verschiedenen proportionierte Distribution von Arbeitsleistung und Einkommen auf gesellschaftliche Klassen und Schichten, als auch deren funktionalen Aspekt, die Verteilung von Arbeitskraft und Investitionen auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Beides, das gegebene gesamtgesellschaftliche Programm ökonomischer Produktion wie das gegebene Stratifikationssystem, steht der Aktualisierung eines potentiellen ökonomischen Surplus und seiner Nutzung für sinnvolle Investitionen entgegen.

Ihre Persistenz, gegenüber der objektiven Möglichkeit der Entfaltung der produktiven Kräfte, kann heute sicherlich nicht mehr vorwiegend aus dem Eigengewicht, das die traditionellen Muster der Kultur gewonnen haben, sondern muß vorwiegend aus dem fortwirkenden und dem aktuellen Erbe der kolonialistisch-imperialistischen Beherrschung erklärt werden²⁸. Die Richtung, in der die Veränderung des arbeitsteilig-gesellschaftlichen Systems erfolgen muß, damit die Entwicklungsgesellschaften die Stagnation überwinden, kann kurz folgendermaßen gekennzeichnet werden: erforderlich ist eine Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeitskraft und der Investitionen, die die sekundären Sektoren der Wirtschaft zuungunsten des primären, dem der Landwirtschaft und eventuell beizubehaltender Extraktionsindustrien, in einem Prozeß der wechselseitigen, vorab durch eine organisatorische Hebung der Agrarproduktivität initiierten

²⁷ Lewis, Theorie, I. c., S. 262 f.

²⁸ Cf. hierzu die beiden ersten Aufsätze in diesem Heft sowie den folgenden Teil IV dieses Artikels.

Produktivitätssteigerung fördert²⁹ und die, da die Industrialisierungsmittel mit den Arbeitskräften, Rohmaterialien und Nahrungsmitteln notwendig primär von der Landwirtschaft gestellt werden müssen, ein „einseitiges Leistungsverhältnis“ des Agrarsektors zur Industrie³⁰ realisiert; solange, bis diese vermittelte Tendenz in ein Überwiegen der nicht-agrarischen Wertschöpfung umschlägt. Diese Konzeption der „mechanics of economic development“ — die kaum bestritten wird, obwohl sie am Begriff der Wertschöpfung durch (differenzierte und mechanisierte) Arbeitsleistung sich orientiert — widerspricht der grenznutzen-theoretischen Ideologie, die Entwicklungsländer hätten aufgrund ihres Monopols über die knappen natürlichen Ressourcen von der Konzentration auf den Rohstoffexport den größten Nutzen; sie schließt die Konsequenz ein, daß es — entgegen der jeweiligen westlichen und östlichen Ideologie — für die Forcierung der ökonomischen Entwicklung am sinnvollsten ist, bei der Industrialisierung sich nicht einseitig auf Konsumgüter — beziehungsweise auf Grund- und Schwerindustrien zu konzentrieren³¹. Diese erfordert zum anderen eine Veränderung des skalaren Systems der Distribution von Arbeitsleistung und -ertrag, also der gesellschaftlichen Stratifikation. Effektive wirtschaftliche Entwicklung verlangt mit der Überführung von im Agrarsektor erwirtschafteten Mitteln in die anderen Sektoren — zum Zweck der Bereitstellung von Einkommen und Investitionsmitteln in diesen Wirtschaftsbereichen — eine Mittelerfassung im primären Sektor, die ohne eine Bodenbesitz- und Landnutzungsreform nicht möglich ist³²; sie erfordert zumindest eine Schmälerung des Sektors arbeitsfreier Einkommen unproduktiver urbaner Oberschichten, die Kontrolle von im Inland entstehenden Handels-, insbesondere Außenhandelsgewinnen sowie deren Transfer in produktive Verwendungen³³; sie erfordert endlich die Übertragung der Erträge der — sehr häufig noch in ausländischer Hand befindlichen — Extraktionsindustrien und der sonstigen Exportindustrien auf Bereiche, die der inländischen ökonomischen Entwicklung förderlich sind³⁴. Wird hierdurch der ökonomische Sonderstatus der entsprechenden gesellschaftlichen Schichten, Klassen und Gruppen zumindest eingeschränkt, wenn nicht vernichtet, so ihr politischer Sonderstatus durch die Mobilisierung und bessere Ausbildung sowie die Einkommenssteigerung der bis dahin unterprivilegierten Schichten, die die Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung erfordert und deren Funktion die Erweiterung ihrer politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten sein dürfte — falls nicht ohnehin diese ganze Ent-

29 Ein Modell dieses Prozesses ist u. a. bei H. W. Singer, *The Mechanics of economic development*, entworfen (in: *The Economics of underdevelopment* I. c., S. 381—399).

30 Werner Hofmann, *Die Entwicklungsländer zwischen „Ost“ und „West“*, in: *Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir*, hrsg. v. R. F. Behrendt, Bern: Haupt (1961), S. 154—172, hier: S. 162 (kursiv im Original).

31 Hierzu ausführlich: François Perroux, *Feindliche Koexistenz?*, Stuttgart: Schwab (1961), S. 459 ff.

32 Cf. hierzu u. a. Otto Schiller, *Probleme der Landwirtschaft und Agrarstruktur*, in: *Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir*, I. c., S. 106—209, hier: S. 203 ff.

33 Cf. Charles Bettelheim, *Economic Planning in Black Africa*, in: *Monthly Review*, Vol. 13, 1961/62, S. 310—325, hier: S. 314 ff.

34 Cf. Bronfenbrenner, op. cit.

wicklung durch die politische Durchsetzung der ökonomischen Ansprüche der armen Schichten erzwungen wurde.

Es ist offenkundig, daß die Forcierung des ökonomischen Wachstums eine grundlegende Veränderung des entwicklungshemmenden gegebenen Arbeitsteilungssystems — eine Entmachtung der privilegierten Schichten wie eine konsequente Umstrukturierung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprogramms — erzwingt. Es ist ebenso offenkundig — und kaum bestritten —, daß diese Veränderung systematisch, vermittelt durch umfassende sozio-ökonomische Planung erfolgen muß. Dieser Planung obliegt es, die Entstehung und Verwendung der gesellschaftlichen Wertschöpfung so zu organisieren, daß ihre Verteilung auf die sozialen Gruppen die ökonomische Emanzipation zu einer allgemeinen macht.

III

Gegenüber dem Entwicklungsmodell, ökonomischen Fortschritt durch planmäßige Steigerung und Verteilung des gesellschaftlichen Surplus zu erreichen, sind die Barrieren solcher Entwicklung aufgezeigt worden, die in der spezifischen arbeitsteiligen Gesellschaftsstruktur selbst angelegt sind. Das Potential produktiver Kräfte und das differenzierte System gesellschaftlicher Arbeit stehen einander jedoch nicht unvermittelt gegenüber. Nicht nur läßt das Arbeitsteilungssystem sich fassen als System der Distribution des gesellschaftlichen Produkts und der Arbeitskräfte, die es erzeugen; sondern umgekehrt wird das gegebene Sozialprodukt der Entwicklungsgesellschaft durch die gegebenen Schichtungs- und Arbeitsverhältnisse vermittelt erzeugt. Diese verhalten sich somit auch zur objektiven sozioökonomischen Entwicklungsmöglichkeit nicht in abstrakter Weise negativ, sondern konstituieren, als ein Moment der Ausgangslage dieses Fortschritts, diese mit; insofern sind sie trotz ihrer regressiven Wirkung in bezug auf die Ausnutzung der potentiellen Produktionskapazität — welche das Interesse an der Perpetuierung der gegebenen Produktionsstruktur erzeugt — auch positiv zu bestimmen. Insoweit die aktuellen, spezifizierten³⁵ Produktivkapazitäten und das System gesellschaftlicher Arbeit einander wechselseitig konstituieren, hat dieses den Doppelcharakter, zugleich Entwicklungsbedingung und Entwicklungshemmnis zu sein, solange es nicht entweder in der völligen ökonomischen Stagnation bloß hemmend, oder, an der Bedingung horizontalen Wachstums orientiert³⁶, planvoll umstrukturiert wird. Die Rolle, die andere gesellschaftliche Strukturelemente für die Emanzipation der Entwicklungsgesellschaften spielen — zum Beispiel die politische und militärische Organisation, das Erziehungswesen, die politischen Ideologien, bestimmte, besonders die mittleren Sozialschichten — ist nicht weniger äquivok. Die Reflexion auf die Bedingungen und Chancen dieser Emanzipation als eines Ge-

³⁵ Cf. hierzu den ersten Aufsatz dieses Heftes.

³⁶ Cf. Lutz Köllner, Zur historisch-sozialen Morphologie von Entwicklungsländern, in: Jahrbuch f. Sozialwissensch., Bd. 13, 1962, S. 94—108, hier: S. 94.

samtprozesses wird gegenüber der Ideologie, die Erfüllung des Anspruchs der Entwicklungshilfe hänge gerade von der Funktionsfähigkeit dieses oder jenes Elements der Sozialstruktur der bedachten Länder ab, solche Doppelfunktionen herausstellen müssen; darüber hinaus muß sie zu zeigen versuchen, welche Faktorenkonstellationen — innergesellschaftlicher oder internationaler Art — diese Widersprüche im Sozialgefüge der Übergangsgesellschaften konstituieren.

Eine der wesentlichen Barrieren forcierten ökonomischen Wachstums von Entwicklungsgesellschaften wird in der starr-dichotomischen Struktur des Systems gesellschaftlicher Stratifikation, deren Erhaltung eine stets größer werdende Gefahr von revolutionären Volksbewegungen zeitige, gesehen³⁷. Die wenigen Befürworter einer Entwicklungsstrategie, die sich vor allem qua privatwirtschaftliche Maßnahmen und Initiativen realisieren soll, verweisen daher zunehmend auf die Notwendigkeit der ökonomischen und politischen Förderung der mittleren Schichten, da allein deren Ausweitung und Stärkung „die betreffenden Gesellschaften einem höheren Differenzierungstypus“³⁸ annähert, was eo ipso eine Initiierung ökonomischer Dynamik und Nivellierung sozialer Antagonismen bedeute. Die Unterstellung einer dem Wesen des Mittelstandes vindizierten ökonomischen und sozialen Dynamik³⁹, die durch dessen bloße Existenz und Ausweitung in Gang gesetzt werde, ist Bestandteil jener Entwicklungsideologie, die vor allem darauf ausgerichtet ist, politische Führungsgruppen an die Politik der westlichen Welt zu binden. Sie abstrahiert davon, daß die gegenwärtige soziale wie ökonomische Situation von Entwicklungsgesellschaften selbst vermittelt ist durch ihre Einbeziehung in das System des Imperialismus: Aussagen über Struktur und Funktion der Mittelschichten können sinnvoll nur gemacht werden, wenn das Phänomen ihrer ‚Unterentwicklung‘ mit den konkreten ökonomischen und sozialen Bedingungen der kolonialen Gesellschaft verknüpft wird, die deren Entstehung und Wachstum verhindert haben. Die Behauptung, daß die Entwicklung von mittleren Schichten durch den Druck der kollektivistischen Normen der traditionellen Gesellschaft auf das Individuum verhindert worden sei⁴⁰, verschleiert den Sachverhalt, daß das System der kolonialen Ausbeutung in gleichem Maße an die Voraussetzung der Unterdrückung einer einheimischen Industrialisierung, damit gleichzeitig des Entstehens einer nationalen Bourgeoisie und eines Proletariats, gebunden war, wie — in der Regel — an die bewußte Vernachlässigung der Ausbildung qualifizierter Facharbeiter, der Förderung der freien Berufe und des Bildungswesens sowie an das Verbot politischer Organisation⁴¹ — Faktoren, die

37 Cf. 1963 Report on the World social situation, [UN-] Department of Economic and Social Affairs, New York: UN 1963, S. 125 und passim.

38 R. König: Einführung zu: Probleme der Mittelschichten in Entwicklungsländern, hrsg. v. R. König Köln/Opladen: Westd. V. 1964, S. VI; dieser Gedanke auch bei Lloyd Fallers: Equality, modernity, and democracy in the new states, in: Old Societies and new states, ed. by C. Geertz, Glencoe: Free Press (1963), S. 166 und 169.

39 Cf. A. Muddathir: Die Rolle der Mittelschichten in der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Probleme, S. 176.

40 Muddathir, op. cit., S. 181/182.

41 Cf. J. P. Sartre: Le Colonialisme est un système, in: Situations, V, Paris: Gallimard (1964), S. 40 und passim.

sämtlich die Entwicklung einer homogenen, breiten Mittelschicht verhindern mußten.

Die relativ kleine mittlere Schicht⁴², die sich zwischen Feudalherren und traditionaler, städtischer Oberschicht einerseits und den Klassen der proletarisierten Kleinbauern, Land- und Industriearbeitern andererseits etabliert hat, ist charakterisiert durch die Heterogenität der in ihr vereinigten sozialen Gruppierungen und Interessen. Konzeption und Abgrenzung des Begriffs der Mittelschichten erweisen sich selbst am Modell der hochindustrialisierten Gesellschaften als problematisch; weit mehr trifft dies noch für Struktur und Funktion der Mittelschichten in Entwicklungsgesellschaften zu. Zunächst rekrutieren sie sich aus der Gruppe der Angestellten, Beamten der staatlichen Bürokratien, Lehrer etc., die Halpern als „the new, salaried middle class“⁴³ bezeichnet; hinzuzurechnen wären noch die Vertreter der freien Berufe, Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende⁴⁴ und die oft abschätzig als ‚proletarisierte Intellektuelle‘⁴⁵ charakterisierten Führer politischer Organisationen.

Die politische Einheit der mittleren Schichten, die aus dem bewußten Consensus verschiedenster Interessen über kurzfristige Entwicklungsziele, d. h. zunächst die nationale Unabhängigkeit, resultiert, nicht aber die Identität der realen Interessen an bestimmten langfristigen Entwicklungszielen impliziert, vermag die Heterogenität dieser Interessen zu überschatten, nicht jedoch zu eliminieren. Die Mittelschichten sind demnach nicht als soziale Klasse, im Sinne einer sozioökonomischen Einheit, zu definieren; sie sind vielmehr ein notwendiges Übergangsprodukt zwischen kolonialer und emanzipierter Gesellschaft, nach Halpern, „a secularized action group oriented towards government“⁴⁶. Der Doppelcharakter der Mittelschichten, der sich ausdrückt in dem Gegensatz von Geschlossenheit im Kampf gegen den Kolonialismus und der Heterogenität der in diesem Kampf vereinten sozialen Kräfte und Interessen, setzt sich fort bis in die einzelnen Gruppierungen hinein, wo er sich als Gegensatz von Eigeninteresse (etwa an der Erreichung eines höheren sozialen und ökonomischen Status durch die Unabhängigkeit) und der Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Entwicklung reproduziert. Dieser Antagonismus kennzeichnet selbst die psychische Struktur des avancierten Kolonisierten, des *évolué*⁴⁷. Die Funktion der Mittelschichten im Emanzipationsprozeß von Entwicklungsgesellschaften ist keinesfalls a priori zu fixieren; sie bestimmt sich zunächst vielmehr in der Verschränkung entwicklungshemmender und entwicklungsfördernder Faktoren,

42 „This class is small. It represents 5 to 10 % of the total population of a given administrative territory.“ F. Mansur, *Process of independence*, London: Routledge (1962), S. 63.

43 Manfred Halpern, *The Politics of social change in the Middle East and North Africa*, Princeton: Univ. Pr. 1963, S. 52.

44 R. König rechnet diese drei Gruppen, die nur sehr schwierig abzugrenzen sind, zu den mittleren Schichten; op. cit. S. VII.

45 Cf. Muddathir, op. cit., S. 179.

46 Halpern, op. cit., S. 59 (kursiv im Original).

47 Cf. Georges Balandier: *Gemeinsame Merkmale der afrikanischen évolués*, in: *Soziologie der Entwicklungsländer*, hrsg. v. P. Heintz, Köln: Kiepenheuer (1962), S. 201–210, und ders.: *Spannungen und Konflikte im schwarzen Brazzaville*, ibid., S. 367–377. Zum gleichen Thema: L. Baeck: *An expenditure Study of the Congolese évolués of Leopoldville, Belgian Congo*, in: *Social Change in modern Africa*, ed. by Aidan Southhall, London [etc.]: Oxf. Univ. Press, (1963), 2nd. S. 159–181.

die durch die sozioökonomische Struktur der kolonialen Gesellschaft vermittelt sind; sie wird jedoch letztlich bestimmt werden durch die Intensität, mit der die unteren Klassen ihrem Anspruch auf Anhebung des materiellen Lebensniveaus politische Geltung verschaffen können; eine Intensität, die in der zunehmenden Fähigkeit dieser Klassen zu „effektiver politischer Aktion“ — wie sich etwa am Beispiel von Bauernbewegungen in Lateinamerika zeigt⁴⁸ — sich objektiviert.

Die Funktion der politischen Organisationen der Entwicklungsgesellschaft ist kaum eindeutiger zu bestimmen. Die herrschende Ideologie, deren liberalste Vertreter sogar die Notwendigkeit einer gemeinwirtschaftlichen Planung in den Entwicklungsländern konzedieren⁴⁹, kritisiert gleichwohl den Versuch, sie mittels einer funktionsfähigen zentralistischen Staatsorganisation zu realisieren⁵⁰. Dieser Versuch aber ist Resultat der Beherrschung der früheren Kolonien durch die Industrienationen, die — neben der Dringlichkeit ökonomischer Entwicklung selbst — die Einengung oder Vernichtung der einheimischen politischen Organisation durch Installierung umgreifender Verwaltungsapparate europäischer Provenienz⁵¹ — gleich bei welcher Methode der kolonialen Herrschaft⁵² — sowie die Fernhaltung potentieller einheimischer Führungsgruppen von den leitenden Funktionen in der kapitalistischen Erschließung des Landes zum Ergebnis gehabt hatte. Die Negation des Kolonialismus ohne eine Substituierung der europäischen ökonomischen Administration und des kolonialen Verwaltungsapparats, dessen Struktur durchaus auf die Interessen des ehemaligen Mutterlandes zugeschnitten sein kann⁵³, durch eine funktionsfähige nationale politische, indes nicht nur öffentliche Dienstleistungsaufgaben, sondern ebensogut ökonomisch-disponierende Aufgaben erfüllende Organisation ist angesichts jener ökonomischen Bedrängnis nicht möglich. Allerdings impliziert die manifeste Entwicklungsplanungsfunktion des Staates mit der Entmachtung tradierter unproduktiver, einheimischer wie ausländischer⁵⁴ Eliten und mit der Erzwingung eines höheren Anteils investierbarer Mittel am Sozialprodukt jene Suppression, welche zuweilen marxistische Autoren mit dem Argument von der Notwendigkeit einer allgemeinen Konsumbeschränkung und einer Disziplinierung des Arbeitsverhaltens für alle nachholende Industrialisierung zur absoluten, analog der unterdrückenden stalinistischen Politik, hypostasieren⁵⁵. Ist hierbei nicht einzusehen, warum die zwangsweise Verzögerung eines langsamen Wachstums der Mas-

48 1963 Report, S. 129.

49 Cf. neuerdings den Sammelband: Albrecht Kruse-Rodenacker, Grundfragen der Entwicklungsplanung. Eine Analyse und die Ergebnisse einer Tagung. Berlin: Duncker und Humblot (1964), insbesondere S. 13 ff. (Brand), S. 231 ff. (Mayne).

50 Z. B. Richard F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Entwurf einer Entwicklungssoziologie. (Frankfurt): Fischer (1965), S. 374 ff.

51 Cf. Harold F. Alderfer, Local Government in developing countries, New York [etc.]: McGraw-Hill (1964), passim.

52 Die Differenz zwischen „direkter“ und „indirekter“ Kolonialherrschaft spielt dabei kaum eine große Rolle; cf. Lucy Mair, New Nations, London: Weidenfeld (1963), S. 100 ff.

53 Cf. Arnold Rivkin, The African Presence in World affairs. National development and its role in foreign policy. Glencoe: Free Press (1963), S. 137 und ff.

54 Cf. M. Bronfenbrenner, op. cit., passim.

55 So tendenziell: Baran, op. cit., S. 266 ff.

seneinkommen, da sie nur einen bescheidenen Anteil am Sparvolumen ausmachen können⁵⁶, und eine administrative Disziplinierung der Arbeit von Produzenten, die ihr eigenstes, nicht einmal so langfristiges Interesse verfolgen, in diesen Ländern noch unter den Bedingungen relativ günstiger internationaler Beziehungen objektiv notwendig sein sollen, so ist doch zuzugeben, daß in der politischen Organisation der sozioökonomischen Entwicklung dieser Länder repressive mit den emanzipatorischen Momenten sich verschränken. Dies gilt in gewisser Weise sogar für die Rolle des Militärs, dem in zahlreichen Entwicklungsländern eine Schlüsselfunktion innerhalb der Staatsorganisation zukommt. Entgegen der üblichen Meinung, die dem Militär in den neuen Nationen primär eine technokratische Orientierung zuspricht und ihm allein die Rolle des Schrittmachers für den sozialen Fortschritt überträgt, ist zu betonen, daß das Militär häufig genug mit starker, gesetzgeberisch sanktionierter autoritärer Gewalt ausgestattet und mit historisch-nationalem Traditionalismus belastet ist; dies resultiert zweifellos nicht zuletzt aus dem spezifischen Charakter einer hierarchischen militärischen Organisation: „... the military establishment — regardless of its societal context — has a unique character because the threat of violence is a permanent reality to its leaders. The results of previous combat and the pressure to prepare for future combat pervade the entire organisation. The unique character of the military derives from the requirement that its key members be specialists in the use of violence“⁵⁷. Dieses nationalistische Element der Ideologie der Militärs — das zweifellos vermittelt ist durch den aktuellen und historischen Kontakt mit westlichen militärischen Organisationen⁵⁸ — wird häufig durch andere Züge ergänzt: durch „a puritanical outlook“, durch die Akzeptierung einer autoritären Regierungskontrolle des sozialen und ökonomischen Fortschritts, aber besonders durch ein tiefes Mißtrauen gegenüber parlamentarischen Bestrebungen ziviler Politiker. Das mag zum Teil seinen Grund in der Tatsache haben, daß die Machtübernahme der Militärs in vielen Entwicklungsländern notwendig wurde durch das Versagen scheidemokratischer Institutionen angesichts der Dringlichkeit sozialen und ökonomischen Fortschritts⁵⁹. Das progressive Moment der Rolle des Militärs in solchen Entwicklungsländern, das in diesen Fällen offenkundig ist, erschöpft sich zuweilen nicht in der Aufhebung dysfunktionaler Institutionen: Es kann, wie es sich etwa am Beispiel Ägyptens gezeigt hat, seine ursprüngliche Zielsetzung transzendieren und Inhalt und Richtung des Produktionsprozesses entscheidend bestimmen: „... l'armée ne fournit pas seulement la grande majorité des cadres politiques et administratifs: elle contrôle aussi les secteurs essentiels de l'économie“⁶⁰. Offenkundig variiert daher der Stellenwert, den Staat und Militär für die forcierte ökonomische Entwicklung haben

56 Cf. W. Arthur Lewis, *Development*, S. 416.

57 Morris Janowitz, *The Military in the political development of new nations. An essay in comparative analysis*. Chicago, London: Un. Chicago Pr. (1964), S. 26 f.

58 Cf. l. c., S. 32 f.

59 L. c., S. 28 f.

60 Jean Ziegler, *Sociologie de la nouvelle Afrique*. Paris: Gallimard (1964), S. 347; cf. auch: Charles Issawi, *Egypt in revolution. An economic analysis*. London etc.: Oxford Un. Pr. 1963.

können, mit den objektiven Interessen, die sie primär realisieren. Eine Typisierung der politischen Systeme von Entwicklungsländern nach diesem Kriterium erscheint daher gerechtfertigt: Was Apter mit der analytischen Klassifikation der politischen Systeme in Entwicklungsländern als „mobilization system“, „reconciliation system“ und „modernizing autocracy“ zu fassen suchte⁶¹, sind die gesellschaftlich-historischen Typen des auf die proletarischen Schichten, insbesondere die Landarmut sich stützenden und die ökonomische Entwicklung mit sozialistischer Planung forcierenden Systems; des dem Anspruch nach zwischen Unterschichteninteressen, gegebenenfalls Feudalinteressen und Kapitalinteressen vermittelnden, von in sich widersprüchlich strukturierten Mittelschichten organisierten, dabei Kombinationen von New Deal- und Kompradorenpolitik betreibenden Staats; endlich der Staatsorganisation, die die im wesentlichen unveränderte tradierte Feudalstruktur mit geringem oder negativem Entwicklungserfolg in eine den internationalen Anforderungen gemäße Form kleiden soll⁶². Typen dieser Art — sie stellen etwa in den drei Maghrebländern sich historisch-konkret dar — bilden gleichsam die Skala der Entwicklung von der tradierten politisch-gesellschaftlichen Struktur zur konkreten Emanzipation und sie demonstrieren, daß die Rolle „des Staates“ in diesem Prozeß mit dessen Gesamtstruktur wesentlich variiert⁶³.

Für ideologische Strukturen, die in Entwicklungsländern zu beobachten sind, läßt sich Analoges sagen. Im Gegensatz zu der Auffassung, die diesen Ländern selbst die Schuld an der schwer überschaubaren Mannigfaltigkeit ihrer ideologischen Strukturen zuweist⁶⁴, um daraus desto bequemer deren ökonomische Misere ableiten zu können, ist die historische Genesis zumindest einiger Züge ihrer ideologischen Formen objektiv vermittelt durch die Tatsache, daß die Regionen Afrikas und des Nahen und Fernen Ostens von den europäischen „Mutterländern“ im Zeitalter des Imperialismus unter dem Vorzeichen des Nationalismus ausgebeutet wurden. Denn gerade unter weitgehender Berufung auf diesen europäischen Nationalismus spielten sich der Befreiungskampf und die Konsolidierung der jungen unabhängigen Staaten ab. In der Rezeption dieser für den bürgerlichen Hochkapitalismus kennzeichnenden Ideologie versuchten die unterdrückten Völker, sich fortan von ihren Beherrschern scharf abzugrenzen.

61 David E. Apter, System, process and the politics of economic development, in: Industrialization and society, ed. by Bert F. Hoselitz [and] Wilbert E. Moore [o. O.]: Unesco-Mouton 1963, S. 135—158, hier: S. 139 f.

62 Dagegen unterscheidet Baran (op. cit., S. 201 ff.) direkt regierte Gebiete, Länder mit Kompradoren-Regierungen und New-Deal-Staaten, wobei ferner sozialistische Staaten hinzuzurechnen wären; es scheint der historischen Entwicklung, die seitdem deutlich wurde, besser zu entsprechen, wenn man die Kategorien Apters, in soziologisch-historischer Interpretation, für solche Typologien heranzieht.

63 E. Hagen [A Framework for analyzing economic and political change, in: Development of the emerging countries. An agenda for research. Washington: Brookings (1962), S. 1—38, hier: S. 7 f.] hat mit Recht hervorgehoben, daß der autoritäre Charakter der konsequentesten mobilization systems gerade aus der Schärfe der vorangegangenen Unterdrückung durch Kompradoren-Regierungen resultiert, z. B. in Kuba und der VAR.

64 Cf. Herbert Gross, Sozialismus in der Krise, Frankfurt/M.: Lutzeyer 1952, S. 18 ff. und Eric Voegelin, Die industrielle Gesellschaft auf der Suche nach der Vernunft, in: Die industrielle Gesellschaft und die drei Welten, Zürich: EVZ 1961, S. 46—64, hier: S. 59 f.

Somit bildet ein gewisser Nationalismus — mögen dessen Ziele nun identisch sein mit den geographischen Grenzen der Nation oder, wesentlich rationaler, mit denen übergreifender Entwicklungsgebiete wie beim Panafrikanismus und Panarabismus — in den meisten Entwicklungsländern einen dominanten Zug der Ideologie. Dieser Nationalismus beinhaltet in der Regel ein Minimum antiimperialistischer und antikommunistischer Elemente, die sicherlich zu einem großen Teil aus der politisch-ökonomischen Notwendigkeit resultieren, eine taktische Mittelstellung zwischen Ost und West einzunehmen: „Indem sie ihr eigenes Programm der ökonomischen und sozialen Reformen, ihre eigenen eklektischen Mischsysteme von staatlicher Planung und individueller Initiative als sozialistisch bezeichnen, drücken sie damit aus, daß sie weder diese Reformen noch ihre eigene Herrschaft als bloße Übergangsphasen... betrachten, sondern eine erfolgreiche Modernisierung ihrer Länder auf einem Wege für möglich halten, der sowohl vom klassischen liberalen Kapitalismus des Westens wie vom kommunistischen Modell... wesentlich verschieden ist. Wenn ein nationalistischer Führer in diesen Ländern sich ‚sozialistisch‘ nennt, so ist das... ein Anzeichen dafür..., daß er sich als Vertreter einer selbständigen Alternative... betrachtet“⁶⁵. Allerdings dürfte die sozialistische oder zumindest „sozialstaatliche“ Komponente, welche das öffentliche Bewußtsein der weitaus meisten Entwicklungsgesellschaften mit charakterisiert oder — in jenen Ländern, die die konsequenteste Entwicklungsplanung betreiben — wesentlich bestimmt, nicht allein aus dem Ressentiment gegenüber westlichen Wirtschaftsmodellen oder gar aus einer irrationalen Überschätzung der eigenen Positionen und Methoden resultieren, sondern durch die objektive Notwendigkeit wirtschaftlicher Planung und den „Demonstrationseffekt“ kommunistischer Länder⁶⁶ vermittelt sein.

Die rationalen Momente, welche diesen Zügen des öffentlichen Bewußtseins der sich entwickelnden Länder zweifellos immanent sind, werden freilich häufig genug überlagert durch ideologische Strukturen, die lediglich integrierende Funktion haben. Möglicherweise angereichert um religiöse Momente — wie in den islamischen Ländern — kann das von den politischen Führern mobilisierte Sentiment des Nationalismus mit seinem ungewissen, aber vielversprechenden Dämmerlicht die Funktion der Integration gewinnen; so sind die ideologischen Vehikel der verschiedenen Pan-Bewegungen in Afrika und Nahost zusammengesetzt vornehmlich aus den verschiedenen Nationalismen und dem Islam. Wird versucht, die ökonomische und soziale Rückständigkeit in den Entwicklungsländern, historisch objektive Folge der imperialistischen Politik, den Massen zu verbergen, so schlägt dies notwendig ins Irrationale radikal nationalistischer Appelle um. Ebenso wie der europäische Nationalismus von heute und der des „imperialistischen Zeitalters“ tendiert der aktuelle Nationalismus der Entwicklungsländer dazu, sich gegenüber seinem

⁶⁵ Richard Löwenthal, Die Strategie der nachkolonialen Revolution in russischer und chinesischer Sicht, in: Ostblock, EWG und Entwicklungsländer, hrsg. v. Erik Boettcher, Stuttgart: Kohlhammer 1964, 3. Aufl., S. 115–144, hier: S. 133. Cf. auch: Clifford Geertz, The integrative Revolution, in: Old Societies and new states, I. c., S. 105 ff., hier: S. 157.

⁶⁶ Cf. François Perroux, op. cit., S. 443 f.

sozialen Substrat zu verselbständigen und dessen Problematik zu verschleiern: „One particular obstacle to ideological clarification looms large — the dominant role of nationalism among ideologies. When independence is gained, . . . by a single party uniting many different political and social views under one nationalist banner, there is often a reluctance to split such a large and comprehensive political vehicle by refining its ideological orientation“⁶⁷. Die Überwindung des Nationalismus der jungen Völker geht langsam vonstatten; er scheint jedoch bereits in manchen Ländern sich zurückzubilden, insbesondere dort, wo man um die Entwicklung rationaler „Instrument[e] der Durchsetzung nationalwirtschaftlich entworfener Entwicklungsprogramme . . .“⁶⁸ erfolgreich sich bemüht.

Nach Frantz Fanon, dem Theoretiker der algerischen Revolution, muß dieser Prozeß der effektiven Entwicklungsplanung einhergehen mit einer demokratischen Politisierung der Massen, welche allein die irrationalen Momente des Nationalismus abbauen könne: „le nationalisme s'il n'est pas explicité, enrichi et approfondi, s'il ne se transforme pas très rapidement en conscience politique et sociale, en humanisme, conduit à une impasse“⁶⁹. Für Fanon, dessen Theorien heute von besonderem Einfluß auf politische Führer in Nordafrika sind, ist die erfolgreiche Erringung der nationalen Unabhängigkeit eines Volkes, als deren einzig angemessene Grundlage er die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung betrachtet⁷⁰, mit der rationalen, an deren eigenste Interessen anknüpfende Erziehung der breiten Massen eng zu verknüpfen: „Etre responsable dans un pays sous-développé, c'est savoir que tout repose en définitive sur l'éducation des masses, sur l'élévation de la pensée, sur ce qu'on appelle trop rapidement la politisation“⁷¹. Von der wachsend aufgeklärten Bewegung der neuen Nationen in Richtung auf eine vernünftig eingerichtete ökonomische und soziale Ordnung wird es abhängen, ob und wann die regressiv irrationale Funktion der vielartig differenten Strukturen ihrer nationalistischen Ideologien transformiert wird in eine objektiv progressive Potenz: „Popular pressures for an amelioration of economic and social conditions, or at least for some perceptible movement in that direction, steadily gained in intensity“⁷². In dem Maße schließlich, in dem ein säkularisierter Nationalismus die religiöse Bindung der islamischen Völker lockert, ist zweifellos festzustellen, daß die politische Elite vor allem Afrikas sich von der theokratischen Ordnung, der des Islam, löst, obwohl sie ihn durchwegs zur Staatsreligion erhoben hat. Zwar erlaubt diese Einstellung der führenden Schicht nur vage Schlüsse auf die zu-

67 Halpern, op. cit., S. 290.

68 Köllner, op. cit., S. 108; cf. auch: Bert F. Hoselitz, Nationalism, economic development, and democracy, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 305 May 1956: Agrarian Societies in transition, S. 1—11, hier: S. 11.

69 Frantz Fanon, Les Damnés de la terre, Paris: Maspero 1961, S. 151.

70 Cf. hierzu auch: Morris Watnick, The Appeal of communism to the underdeveloped peoples, in: The Progress of underdeveloped areas, Hrsg. Bert F. Hoselitz, Chicago: Univ. of Chicago Pr. 1961, 4. Aufl., S. 152 ff., hier: S. 172, und David Apter, Political Religion in the new nations, in: Old societies and new states, I. c. S. 57 f., hier: S. 61, S. 78.

71 Frantz Fanon, op. cit., S. 146, Bert F. Hoselitz, Nationalism, economic development, and democracy, I. c., S. 6.

72 Paul Baran, op. cit., S. 78, 79 f.

meist ungebrochene Kraft islamischer Glaubensbindung bei den Massen der unteren Schichten — besonders dort nicht, wo die stammesgebundene Gesellschaft der Auflösung noch nicht verfallen ist; doch kann man von einer sich mit Sicherheit weiter verstärkenden Tendenz sprechen: Daß hier diese Religion als ein Merkmal der nationalen Persönlichkeit — sozusagen als ideologisches Gerüst — zurückbleibt, auf das aus Gründen der Selbstbehauptung auch ein religiös indifferenter Nationalismus nicht verzichten will, der vielleicht eines Tages die Trennung von Religion und Politik sanktionieren wird⁷³.

Spielen Staat, Militär, Ideologie, Mittelstände und mannigfache andere Elemente der Sozialstruktur im Emanzipationsprozeß der Entwicklungsgesellschaft somit keine konstitutive, sondern eine wenn auch recht verschiedenartige, aber doch nach bestimmten Kräftekonstellationen variierende, „progressive“ oder „regressive“ Rolle, dann bedarf die Faktorenkonstellation, die den Funktionscharakter dieser Elemente und des gesellschaftlichen Arbeitssystems überhaupt bestimmen, einer genauen Durchleuchtung. Offenkundig hängt z. B. die Emanzipationsfunktion des Staatsapparats entscheidend ab vom Grade der Kongruenz des von ihm gesetzten Entwicklungsziels mit den Emanzipationsinteressen der Bevölkerungsmehrheit und von seinem Stellenwert in der internationalen Konstellation politischer und ökonomischer Interessen, resultieren die Rolle und die inhaltliche Struktur der politischen Ideologie unter anderem aus innergesellschaftlichen schichtenspezifischen Interessenlagen und der durch sie vermittelten Entwicklungspolitik wie aus der allgemeinen — antiimperialistischen — Stellung und den besonderen — u. a. durch die gegebenen Entwicklungshilfebeziehungen gesetzten — Positionen des Landes im Weltgesellschaftssystem. Die Ableitung der Entwicklungschancen und -bedingungen aus solchen internen und interkulturellen Interessen- und Kräftekonstellationen wäre die wichtigste Aufgabe der Soziologie und Ökonomie der Entwicklungsgesellschaften; wir können hier nur versuchen, dafür einige fragmentarische Materialien und Hypothesen vorzulegen.

IV

Die alte kolonialistisch-imperialistische Politik, die das Verhältnis der kapitalistischen Industrienationen zu den rückständigen Gebieten der Erde einst bestimmte, ist durch deren politische Verselbständigung zweifellos nicht einfach vernichtet. Soweit die Urproduktion in diesen Territorien von ausländischen Institutionen dirigiert wird, die Industrieinvestitionen nicht im eigenen Lande kontrolliert werden, der Außenhandel der Entwicklungsländer an ungünstige Austauschrelationen und Darlehensauflagen sich anpassen muß und durch dies alles das eigene Entwicklungsprogramm, wenn es nicht ohnehin durch Exponenten

73 Cf. Friedrich Wilhelm Fernau, *Afrika im Welt-Islam*, in: *Afrika — heute*, Jahrbuch der deutschen Afrika-Gesellschaft, Köln 1960, S. 136 f., hier: S. 193; J. Spencer Trimingham, *Die Verbreitung islamischer Kultur in Westafrika*, in: op. cit., S. 232, hier: S. 242; Jules Roussier, *Der Islam in Algerien*, in: op. cit., S. 206, hier: S. 217 f. und W. Montgomery Watt, *Islam and the integration of society*, London: Routledge 1961, S. 252 f., 282 f.

einer industrialisierten Wirtschaft direkt oder indirekt geplant ist, externen Interessen unter Zurückstellung der eigenen folgen muß, erscheint der Gegensatz zwischen reichen und armen Völkern, der allgemein „sich aus einer entscheidenden Ungleichheit der beiden Partner ergibt“⁷⁴, noch in der besonderen Form der alten Politik. Beispiele hierfür, etwa für die noch anhaltende Steigerung direkter Kapitalinvestitionen in bestimmten Entwicklungsländerkategorien, insbesondere zum Zweck der Rohstoffsicherung, für die außerordentliche Schuldenbelastung der Entwicklungsländer, für ihre Übervorteilung durch die wenn auch nicht langfristige, so doch immerhin längerfristig feststellbare ungünstige Entwicklung der *terms of trade* im internationalen Handel, liefert die Statistik freilich in übergroßem Ausmaß⁷⁵. Auch bleibt festzuhalten, daß nach wie vor die ökonomische Reproduktion der meisten Entwicklungsländer durch die Interessen der Industrieländer, zumal derjenigen ihrer ehemaligen „Mutterländer“ und ihrer Koalitionssysteme, in erheblichem Maße mittels mehr oder minder bewußter Versuche der Steuerung der Entwicklungsprogramme aus rein ökonomischen oder aus politischen Gründen, beeinflußt wird. Der Versuch der dauerhaften Institutionalisierung eines einheimischen Kapitalismus in südamerikanischen Ländern durch die USA mittels verstärkter Diffusion ausländischer ökonomischer und technischer Anlagen, verbunden mit institutionellen Modifikationen im politischen Bereich⁷⁶; eine analoge, aber der Entwicklungszielsetzung der Anlageländer in der Regel eher sich anpassende und zudem primär politische Zielsetzungen verfolgende Politik kommunistischer Industriestaaten⁷⁷ sind hierfür bekanntere Beispiele als die Kreditvergabepraktiken internationaler Finanzierungsorganisationen⁷⁸ oder die projektgebundene und rentabilitätsorientierte Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland, der bescheinigt wird, daß sie unter anderem wegen ihrer Nebenwirkung, „den Entwicklungsländern... die Möglichkeit zu umfassender [i. e. autonomer, d. V.] Planung“ zu nehmen, tendenziell nur im Interesse des Geberländers liege⁷⁹; „en définitive, l'aide allemande présente un caractère nettement égoïste“⁸⁰. Endlich ist ohnehin der mögliche reale Hilfseffekt der „Entwicklungshilfe“ bereits rein quantitativ begrenzt: von den mindestens 110 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe, die nach Schätzung einer Expertenkommission der UN aus dem Jahre 1951

74 Francois Perroux, op. cit., S. 448.

75 Cf. hierfür besonders die Publikationen der UN. Neben den regelmäßigen statistischen Veröffentlichungen (besonders: United Nations, Statistical Yearbook [1963, New York: [(UN)] 1964]) etwa: [UN-] Department of Economic and Social Affairs, International Flow of long-term capital and official donations 1959-1961, New York: UN 1963, sowie: drs.: The international Flow of private capital 1956-1958, New York: UN 1959.

76 Cf. Economic Development, planning and international co-operation, Economic Commission for Latin America (ed.), Santiago: UN 1961, passim, bes. S. 4 ff., 54 ff., ein Bericht, der diese Zielsetzung gemildert reflektiert.

77 Perroux, op. cit., S. 431 ff.

78 Cf. l. c., S. 445 ff. — Horst Zimmermann, Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer. Gesamtwirtschaftliche und politische Maßstäbe zur Bestimmung ihrer Form, Berlin: Duncker und Humblot (1963), S. 112 ff.

79 L. c., S. 106.

80 Journal Officiel de la République Française, Avis et Rapports du Conseil Economique et Social, 1962, No. 4, S. 61, zit. n. Zimmermann, l. c.

im Zeitraum 1950 bis 1960 aus den Industrieländern in die außereuropäischen Entwicklungsländer hätten einfließen müssen, um bei angenommenen realistischen Sparquoten und Bevölkerungszuwachsraten sowie bei Mobilisierung sämtlicher einheimischer Ressourcen in diesen Ländern einen jährlichen Pro-Kopfeinkommenszuwachs von nur 2% zu erreichen⁸¹, brachte die westliche Welt — vom weit kleineren Anteil der kommunistischen Länder nicht zu reden — durch staatliche und private Transaktionen (einschließlich privater Kapitalanlagen und der Militär-„Hilfen“) sowie die Kreditgewährung der Weltbank insgesamt bestenfalls 60 Milliarden, also abstrakt etwa die Hälfte des erforderlichen Minimalbetrags auf⁸²; die ökonomische Qualität und die politischen Konsequenzen der wirtschaftlichen und technischen Hilfe — von der militärischen ganz zu schweigen — sind selbst ihren Ideologen manchmal problematisch⁸³.

Drückt das Verhältnis zwischen armen und reichen Völkern nach alledem noch heute insofern in quasi-kolonialistischen Formen sich aus, als es durch — modifizierte — ökonomische Ausnutzung und politische Manipulation mit charakterisiert ist, so ist es gleichwohl nicht als bloße Fortsetzung des alten Imperialismus zu bestimmen. Die traditionellen Imperialismustheorien besagten, daß für die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften Störungen der sozioökonomischen Entwicklung durch Überproduktions- und Unterkonsumtionskrisen dadurch weitgehend abgefangen wurden, daß ihre Unternehmer mittels kostensparender Investitionen in den Kolonien und in halbentwickelten Ländern der Tendenz des Falls der Profitraten entgegenwirken oder durch absatzmarkterschließende Investitionen in diesen beherrschten Ländern Krisen im Prozeß der Wertrealisierung vorbeugen und damit eine Perpetuierung der gegebenen eigenen Wirtschafts- und Sozialstruktur erreichen konnten. Dabei wird von der neueren Kritik an diesen Theorien insbesondere deren Abstrahieren von den (kapitalismusimmanenten) Faktoren des inneren Potentials effektiver Nachfrage und der inneren Investitionsanreize hervorgehoben⁸⁴. Solche Kritik macht auch von diesem theoretischen Ansatz her die Hypothese plausibel, daß wirtschaftsimperialistische Formen des Verhältnisses der kapitalistischen Nationen zu den rückständigen Gebieten der Erde für die krisenfreie Reproduktion dieser Industriegesellschaften nicht jene *conditio sine qua non* seien, die sie für einige Imperialismustheoretiker darstellten⁸⁵; eine Annahme, für die nicht

81 Measures, S. 75 ff; hierin sind allerdings die Zahlen für China und die Mongolei enthalten, auf die rund 40% der nötigen Gelder entfielen.

82 Errechnet nach StJBRD 1964, S. 156* f., Tabelle 6 und 7; enthält Mehrfachzählungen.

83 Cf. James W. Wiggins, Overview, in: Foreign Aid reexamined. A critical appraisal. Ed. by J. W. Wiggins and Helmut Schoeck. Washington: Public Affairs Pr. (1958). S. 240—245.

84 Cf. z. B. Joan Robinson, Über Keynes hinaus, Wien etc.: Europa (1962), S. 87; Paul Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. Köln: Bund (1959), S. 151.

85 Insbesondere für Rosa Luxemburg; cf. Sweezy, op. cit., S. 253 f. Zu dieser Annahme cf. im übrigen: Jürgen Habermas, Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. (Neuwied, Berlin): Luchterhand (1963), S. 189 f. — Wir formulieren die nachfolgenden Gesichtspunkte und Argumente ausdrücklich als Hypothesen, welche einer genaueren Überprüfung anhand empirischen Materials bedürfen, was besonderen Studien vorzubehalten ist. Einen diesen Hypothesen entgegen gesetzten Standpunkt formuliert zum Beispiel: Ernest Mandel, *Traité d'économie marxiste*, Paris: Julliard (1962), Tome II, S. 122 ff.

zuletzt auch spricht, daß Entwicklungshilfe und private Investitionen, die die Interessen und Bedingungen der sich emanzipierenden Gesellschaften nicht einfach ignorieren können, „in the long run... would involve the economic decolonization of what formerly had been economically dependent territories, and hence the jettisoning of those monopoly-advantages which capital in the imperialist countries had previously enjoyed“⁸⁶. Immerhin widersprechen empirisch konstatierbare Trends den traditionellen Imperialismusschemata: dem am Profitratentheorem orientierten widerspricht der starke Rückgang des Anteils der privaten Kapitaltransaktionen (1962: nur noch 29 %), dabei auch der langfristigen Kapitalanlagen, an der auf etwa gleichem Niveau sich bewegenden, möglicherweise langfristig rückläufigen westlichen Entwicklungshilfe seit 1956/59⁸⁷, dessen weitere Verstärkung jedenfalls für die USA prognostiziert wird⁸⁸; der an die Realisationskrisentheorie anknüpfenden Imperialismustheorie entspricht schlecht, daß das Importvolumen der Entwicklungsländer, im Unterschied zum Umfang ihrer Exporte, in den 10 Jahren bis 1962 weit weniger rasch und insbesondere nicht aufgrund wesentlicher Zunahme von Konsumgüterimporten (1955 bis 1962) sich gesteigert hat als das der westlichen Industrieländer, deren Exporte in die Entwicklungsländer analog 1953—1962 nur etwa sich vereineinhalbfacht haben⁸⁹. Beide Sachverhalte, die sehr wohl als langfristige Tendenzen sich erweisen könnten, erhalten ihren besonderen Stellenwert durch den eminenten Anteil der militärischen „Hilfe“ (1962 USA: ca. 35 %) westlicher Industrieländer, besonders der USA, sowie den leicht steigenden größeren Anteil direkt politisch gebundener technisch-ökonomischer Hilfe (1962 USA: fast 42 %) an den jeweiligen staatlichen Hilfeleistungen⁹⁰, durch die starke Erhöhung der Exporte der nicht-kommunistischen Industrieländer in die eigene Ländergruppe sowie in die kommunistischen Staaten, die sich von 1953 bis 1962 jeweils etwa verdreifacht haben⁹¹, endlich durch das Anschwellen des freilich variablen Stroms privaten Kapitals der fortgeschrittensten westlichen Industrieländer in rasch expandierende Wirtschaften mit relativ stark entwickelter Industrie⁹². Solche Daten mögen indizieren, daß der alte Interessen-

86 Maurice Dobb, *Studies in the development of capitalism*. New York: Intern. Publ. (1963), S. 380.

87 Der Leistungen der OECD-Länder und Japans, ohne Kreditgewährung der Weltbank, an Entwicklungshilfe insgesamt; StJbBRD 1964, S. 156*, Tabelle 6; [UN-] Department of Economic and Social Affairs, *Flow 1959-1961*, S. 17 ff., Tabelle 7; ds., *Flow 1956-1958*, S. 11.

88 Helmut Giesecke, *Industrielinvestitionen in Entwicklungsländern. Risiken und Chancen*. Hamburg: Weltarchiv 1963, S. 11.

89 United Nations, *Yearbook 1963*, S. 458 ff., Tabellen 159, 160, 162, 1, 2. (Westliche Industrieländer: Nordamerika, Westeuropa, Australien, Neuseeland, Südafrika und Japan; Entwicklungsländer: alle übrigen nichtkommunistischen Staaten, jedoch mit Jugoslawien).

90 StJbBRD 1964, S. 154*, Tabelle 4 (Anteile für staatliche Hilfen der USA an alle übrigen Länder); unter dem Begriff „politisch direkt gebundene Hilfe“ sind hier die wirtschaftlichen Schenkungen subsumiert, von denen zum Teil gilt, daß sie „den Empfänger... dazu verpflichten, die Vereinigten Staaten oder andere Länder bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele zu unterstützen“ (StJbBRD).

91 United Nations, *Yearbook 1963*, S. 466 f., Tabelle 159.

92 Etwa Australien, Kanada, Italien; cf. [UN-] Department of Economic and Social Affairs, *Flow 1956-1958*, S. 11; ds., *Flow 1959-1961*, S. 37 ff.; für private direkte Kapitalanlagen der USA: StJbBRD 1964, S. 155*, Tabelle 5. Investitionen in osteuropäischen Ländern gehören ebenfalls in diese Kategorie; cf. hierzu z. B. schon: Bronfenbrenner, op. cit., S. 493 f.

antagonismus zwischen armen Völkern und kapitalistischen Industrieländern eine spezifisch neue Gestalt erhalten hat: in deren Beziehungen zu den Entwicklungsländern dominierte nicht länger — da Investitions- und Absatzchancen in höher entwickelten Gesellschaften wegen des geringeren Risikos und ihres Nachfragepotentials⁹³ sich als groß genug erwiesen haben — das ökonomische Ausbeutungsverhältnis, sondern die Politik der durch — primär staatliche, partiell freilich auch direkt noch an private Interessenanlagen gebundene — Entwicklungshilfe vermittelten politisch-militärischen Integration, welche der Demonstrations-effekt der zentralgeleiteten Wirtschaftssysteme für die armen Länder⁹⁴ und der Ost-West-Gegensatz erzwingen. Diese Politik, der ihre ökonomischen Leistungen Mittel und zugleich Preis wären, ähnelte tendenziell jener innerstaatlichen Sozialpolitik, die einst die soziale Integration einer potentiell revolutionären Arbeiterschaft zum Ziele hatte. Ihr wäre aber der Widerspruch immanent, die politische Wirksamkeit mit einer Wirtschaftshilfe erkaufen zu müssen, die wie die militärische den Staatsanteil am Sozialprodukt und die Ertragslage der einheimischen Wirtschaft belastet und die bei zu geringem Umfang für die sozioökonomische Struktur der Entwicklungsländer und die für sie verfolgten eigenen politischen Ziele, bei zu großem für die eigene Ökonomie und die übrigen politisch-militärischen Aufgaben dysfunktional werden kann, während umgekehrt der politische Druck dieser Hilfen, bürgerlich-demokratische Regierungen (bestenfalls) des New Deal-Typs zu stützen, nur auf die Dauer entweder die Funktion, ökonomische Stagnation und sozioökonomische Revolutionen zu bewirken, oder die Konsequenz der Ablehnung dieser Hilfen haben kann⁹⁵. Dieser Widerspruch würde die Geberländer letztlich vor die Wahl stellen, entweder politisch relativ neutrale und ökonomisch effektive Hilfen mit der Konsequenz einer um so schnelleren politischen und ökonomischen Verselbständigung der Empfängerländer und eines stark reduzierten eigenen ökonomischen und politischen Spielraums zu leisten, oder die Entwicklungshilfen eng an den politischen, gegebenenfalls militärisch durchzusetzenden Zielen und an den Rentabilitätsverhältnissen im Geberland zu orientieren und damit jenen Prozeß anhaltender ökonomischer Stagnation und politisch-sozialer Anomie in den armen Ländern zu verstärken, der ihre Bevölkerungsmassen zur revolutionären Verselbständigung in allen ökonomischen und politischen Dingen zwingen kann. Die durch den Bevölkerungsdruck in den armen Ländern verschärfte ökonomische Misere und die internationale Konkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus produzierten damit jene Brisanz des Widerspruchs im Verhältnis zwischen westlichen, modifiziert auch den östlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern, welche diesen Völkern objektive Emanzipationschancen eröffnet. Sie bestehen vielleicht nicht einmal so sehr in der Möglichkeit, zwischen ökonomischen Hilfen verschiedener

93 Cf. Gunnar Myrdal, *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Stuttgart: Fischer 1959, S. 51 f.; Perroux, op. cit., S. 448.

94 Cf. l. c., S. 443 f.

95 Dieses Dilemma drückt sich häufig genug in offiziellen Stellungnahmen aus, cf. z. B. Howard Wriggins, *Foreign Assistance and political development*, in: *Development of the emerging countries, an agenda for research*, Washington: Brookings I. (1962), S. 181–214, hier: bes. S. 181, 184.

politischer Provenienz zu wählen, als in der Tatsache, daß jede ökonomisch-technische Entwicklungshilfe, in welcher Form sie auch gewährt wird, langfristig direkt sowie durch die „angefangenen Fortschritte“⁹⁶ das ökonomische Potential des Empfängerlandes vermehrt. Aber der Widerspruch zwischen den Interessenlagen von Industrie- und von Entwicklungsgesellschaften trägt auch bei zur Reproduktion jener Barrieren, die den Emanzipationsmöglichkeiten armer Länder zum Trotz deren Entwicklungssituation weithin als labiles Gleichgewicht charakterisieren. Er stellt diese Völker vor die Wahl, entweder als politisch völlig selbständige die ökonomische Produktion selbst in die Hand zu nehmen und sich damit von externen Hilfen weitgehend zu isolieren, wenn nicht ökonomischer und politischer Repression sich auszusetzen — wie das Beispiel Kubas und zuvor das Chinas beweisen, oder ihre politisch-gesellschaftliche Form und ihre ökonomische Aktivität Geberländern anzupassen, was für die nichtkommunistischen und nichtsozialistischen Länder zumindest sei's die Perpetuierung der gegebenen, halb feudalistischen, halb kapitalistischen Sozialstruktur, sei's deren kleinbürgerliche Modifikation und damit die Reproduktion einer sozioökonomischen Gesamtorganisation impliziert, in der fortschrittshemmende und fortschrittsfördernde Faktoren — recht verschiedenen Gewichts — konvergieren. Welche Wahl getroffen wird, hängt im hohen Maße von den konkreten Antagonismen, die die innergesellschaftlichen Interessenlagen in den armen Ländern konstituieren, und wohl auch vom Stand ihrer gesamtökonomischen Entwicklung ab.

Der auf internationaler Ebene bestehende Gegensatz von armen und reichen Ländern reproduziert sich in den zurückgebliebensten, den traditionell-agrarischen, halbfeudalistischen Entwicklungsgesellschaften als der Antagonismus der Grundbesitzenden und industriell-kommerziellen Oberklassen zur breiten Masse der Bevölkerung, deren materielle und kulturelle Verelendung gerade die Existenzbedingung der Herrschenden ausmacht⁹⁷. Wie einerseits durch die Interessenlage der Oberschichten an der Konservierung des ökonomischen und sozialen *status quo* die produktive Verwendung ausländischer Hilfeleistungen — oft im Einklang mit den ausländischen Interessen — meist verhindert wird⁹⁸, so macht deren Existenz und Herrschaft — in wesentlichem entscheidendem Maße — eine wirtschaftlich effektive Nutzung der vorhandenen Ressourcen, nämlich von Boden und Rohstoffen und des Arbeitskräftepotentials, von vornherein unmöglich. Die ökonomisch privilegierte Position der Feudalherren, bis zu einem gewissen Grade auch der Besitzer von Industriekapital⁹⁹, ist nur so erhalten auf der Basis des Fortbestehens des niedrigen Lohnniveaus der Landarbeiterschaft und der struktu-

96 Cf. Perroux, op. cit., S. 283 f., 296 ff. W. A. Lewis, *Theorie*, S. 320 f.

97 Cf. Gunnar Myrdal, op. cit., S. 56 f.

98 Eines unter vielen Beispielen hierfür ist die Absorbierung eines großen Teils des — freilich ohnehin ungenügenden — Effekts der auswärtigen Wirtschaftshilfe (und Militärhilfe) an die Türkei durch die — gemessen am Bedarf des Landes an produktiv zu investierendem Kapital — unverhältnismäßig hohen Militärausgaben, der der offizielle Report der FAO über die Entwicklungsmöglichkeiten und -bedingungen der Türkei mit wenig Verständnis gegenübersteht. Cf. Turkey, Country report. Rome: FAO 1959 (FAO Mediterranean Development Project), S. I. 13.

99 Cf. W. A. Lewis, *Development*, I. c., S. 409 f.

rellen Unterbeschäftigung, die hohe Profite sichern. Weiterhin ist diese Klasse notwendig daran interessiert, das unproduktive System der Subsistenzwirtschaft, in dem ein Großteil des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials verschlissen wird¹⁰⁰, zu perpetuieren: die Verpachtung des Bodens schafft zusätzliche Revenuen, während die geringe Produktivität der Kleinbauernstellen diese eo ipso von der Konkurrenz auf dem Markt ausschließt. In solchen Ländern, in denen diese Klasse noch im Besitz ihrer Privilegien ist, ist eine Landreform, „abolishing this landlord class“, nach der fast einhelligen Auffassung der Experten, bei aller Vielfalt der konkreten Agrarverfassungen, unumgängliche Voraussetzung für den Fortschritt in der landwirtschaftlichen und damit der gesamten Produktion¹⁰¹.

Mit den Feudalherren teilen die traditionale, städtische Oberschicht — zuweilen als Kompradorenbourgeoisie bezeichnet —, die der Repräsentant des einheimischen Handelskapitals ist und als Mittler zwischen den ausländischen Industriemächten und der einheimischen Bevölkerung fungiert¹⁰², und die kleine Gruppe der einheimischen Eigner von industriellem Kapital¹⁰³ das Interesse an der Erhaltung einer proletarischen „Reservearmee“, die durch den Bevölkerungsdruck täglich sich vergrößert. Weiter verbindet diese städtischen Oberklassen mit den Großgrundbesitzern das Interesse am (überflüssigen) Konsum ausländischer Güter¹⁰⁴, der einen Teil ihrer Profite, d. h. des gesellschaftlichen Surplus, aufbraucht. Zudem müssen diese Gruppen an der Perpetuierung des Zustandes festhalten, der die Mehrzahl der Bevölkerung von Bildungsmöglichkeiten ausschließt. Analphabetismus und Ausschluß von der Teilnahme am öffentlichen kulturellen und politischen Leben sind wesentliche Faktoren, die die Mitglieder der unteren Klassen daran hindern, ihre eigene Situation und deren Ursachen zu durchschauen. Diese ökonomisch privilegierten herrschenden Klassen — einst gestützt durch die Politik der Kolonialmächte, die „manchmal ... sogar solche Klassen [schuf]“¹⁰⁵ — haben als gemeinsames Interesse das an der Erhaltung des *status quo* behalten, und man hat sie — so eine Expertise der Vereinten Nationen — bezeichnet als „corrupt or reactionary cliques whose régime might be overthrown by the people if there were no foreign aid“¹⁰⁶. Die Sicherung der Interessen dieser Oberschichten muß ökonomische Entwicklung vereiteln; sie kann nur unter der Bedingung der vollständigen Aufhebung der sozio-ökonomischen Vorrangstellung der Oberschichten sowie ihrer politischen Institutionen sich vollziehen. Die

100 In Mexiko allein „it is probable that two million peasants could leave agriculture without decreasing either the volume of production or its rate of growth, while permitting those who would remain in the countryside to raise their employment and income levels“. (E. Flores: *Tratado de economía agrícola*, Mexico City, Fondo de Cultura Económica, 1961, S. 367; zit. nach: 1963 Report, S. 137).

101 Cf. z. B. Measures, S. 21. Karlernst Ringer, *Agrarreformen und wirtschaftliche Entwicklung*, in: Gottfried-Karl Kändlermann, *Kulturen im Umbruch*, Freiburg: Rombach (1962), S. 45—64, passim, bes. S. 53 f., S. 63.

102 Cf. Halpern, op. cit., S. 47. Z. B. auch: Gabriel Baer, *Population and society in the Arab East*, New York: Prager (1964), S. 207 ff.

103 Cf. z. B.: Charles Issawi, *The Entrepreneur Class*, in: *Social Forces in the Middle East*, ed. by S. N. Fisher, Ithaka: Cornell Un. Pr. (1956), S. 116—136.

104 Cf. Bronfenbrenner, op. cit., passim.

105 Myrdal, op. cit., S. 57.

106 Measures, S. 86.

Interessen der Unterschichten, die vor allem auf die Verbesserung ihrer elenden Situation, auf die Beendigung ihrer „frustration and humiliation“¹⁰⁷ gerichtet sind, werden so mit dem Interesse an der ökonomischen Gesamtentwicklung identisch, da beide nur unter der Voraussetzung der produktiven Investition des gesellschaftlichen Surplus realisiert werden können.

Die Herrschaft der traditionellen Oberklassen wurde bisher vor allem durch den politischen ‚Fatalismus‘ besonders der ländlichen Bevölkerung und den Aufbau eines repressiven Militär- und Polizeiapparates garantiert: „... the old regimes hat harshly suppressed moderate reform movements, killing their leaders or driving them into hiding, exile, or passivity“¹⁰⁸. Der Zeitpunkt, in dem die Masse der ländlichen Bevölkerung die „schweigende Mehrheit vor der Schwelle politischen Geschehens“¹⁰⁹ verkörperte, in dem ihr Zustand — wie Marx über Indien schrieb — charakterisiert war durch „dieses menschenunwürdige, stagnierende Dahinvegetieren, diese passive Art zu leben“¹¹⁰, scheint in vielen Gesellschaften jedoch bereits überschritten. Die revolutionären Bewegungen in Kuba und Algerien — davor bereits in China — bestätigen diese Tendenz¹¹¹.

Der Vermittlungszusammenhang der Erhaltung des *status quo* der Oberklassen, die gleichzeitig die ökonomische Stagnation und damit eine steigende Verelendung der unteren Klassen impliziert, und der Notwendigkeit der Steigerung von Ausgaben für die Ausweitung eines staatlich-repressiven Apparates¹¹², die durch die wachsende politische Aktivität des ländlichen und städtischen Proletariats gesetzt wird, bildet die ökonomische, politische und soziale Grundlage, auf der sich revolutionäre Bewegungen in Entwicklungsgesellschaften formieren. Der Charakter dieser revolutionären Bewegungen unterscheidet sich grundsätzlich von dem der traditionellen Arbeiterbewegung; er reflektiert die spezifischen sozialen und ökonomischen Verhältnisse, die den ehemaligen Kolonialgebieten durch die Herrschaft des Imperialismus oktroyiert wurden. Fanon etwa ist der Auffassung, daß die grundlegenden Begriffe der Marxschen Revolutionstheorie für die Sozialstruktur von Entwicklungsgesellschaften nicht mehr zutreffen — das spezifische Merkmal sozialistischer Revolutionen sei hier vielmehr deren bäuerlich-ländliche Basis¹¹³.

Einige sozialistische und kommunistische Theoretiker versuchen auch jetzt noch, die Erfahrungen der revolutionären europäischen Arbeiterbewegung auf die Situation von Entwicklungsgesellschaften zu transponieren. Nach solchen Theorien ist allein die Arbeiterklasse in Verbindung mit den fortschrittlichsten Teilen der Intellektuellen — trotz ihres geringen Anteils an der Gesamtbevölkerung — auf Grund ihrer straffen gewerkschaftlichen

107 Hagen, op. cit., S. 8.

108 L. c., S. 7.

109 Halpern, op. cit., S. 93.

110 Karl Marx, Die britische Herrschaft in Indien, in: Marx-Engels, Werke, Berlin: Dietz 1960, Bd. 9, S. 127–133, hier: S. 132.

111 Cf. z. B. für Kuba: Paul A. Baran, Reflections on the Cuban revolution, in: Monthly Review, Vol. 12, 1960/61, S. 459–470 und 518–529.

112 Cf. z. B. Gino Germani and Kalman Silvert, Politics, social structure and military intervention in Latin America, in: Archives Europeennes de Sociologie, Tome II, 1961, S. 62–81.

113 Cf. hierzu auch: J. P. Sartre, Les Damnés de la terre, in: Situations, V, I. c., S. 167–193, bes. S. 171 f.

Organisierung und eines hohen Bewußtseinsstandes, der vor allem durch die praktisch-politische Erfahrung in den zahllosen Streikbewegungen vermittelt sei, in der Lage, mit der Zerstörung der traditionellen Wirtschafts- und Sozialstruktur den Weg für die autonome Entwicklung eines Landes frei zu machen¹¹⁴.

Die Politik sozialistischer und kommunistischer Arbeiterparteien in solchen Ländern, in denen eine bäuerliche Revolution stattfand, läßt diese These fragwürdig erscheinen. Das heißt nicht, daß Teile der Arbeiterschaft nicht an diesen Revolutionen partizipieren; indessen sind sie kaum die Träger der Revolution, welche weitgehend deren Charakter bestimmen. Allerdings scheint es unumgänglich, auch im Falle der Kolonialrevolutionen zwischen „Kopf“ und „Herz“ der Revolution zu differenzieren; die Führung dieser revolutionären Bewegungen konstituiert sich nicht so sehr aufgrund von durch Klassenbindung zugeschriebenen Rollen als durch die bewußte Identifizierung mit den Zielen der Massen, die gleichzeitig einer Identifizierung mit dem Ziel der gesellschaftlichen ökonomischen Entwicklung gleichkommt: „A middle class élite, without the battering ram of the illiterate masses, can never hope to smash the forces of colonialism“¹¹⁵. Den Mitgliedern der mittleren Schichten in Entwicklungsländern kommt so in der Führung der revolutionären Emanzipationsbewegung offenbar noch am ehesten eine wichtige Funktion zu. In welchem Ausmaße solche Bewegungen entstehen, hängt offenbar zu großen Teilen vom Grade der Verelendung der breiten Massen ab, welche in der Situation der ökonomischen Stagnation und der Bevölkerungsexplosion ständig sich reproduziert. Wie weit diese Bewegungen zur sozioökonomischen Emanzipation der am wenigsten entwickelten Länder effektiv werden beitragen können, ist allerdings eine offene Frage.

114 Cf. z. B. B. J. Woddis, *Afrika — Kontinent im Morgenrot*, Berlin: Dietz 1963, S. 148.

115 So: Kwame Nkrumah, zit. n. Fatma Mansur, op. cit., S. 88.

I. Philosophie

Marcuse, Herbert: *One-Dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society.* Routledge & Kegan Paul Ltd., London 1964 (XVII und 257 S., 24.— DM).

Das Buch, das im folgenden besprochen werden soll, steht mit den in dieser Zeitschrift ausgeführten Untersuchungen und Begriffsentfaltungen in engem Zusammenhang. Nicht nur diese Verwandtschaft erschwert die Besprechung. Die Stärke der kritischen Theorie, daher auch die größere Leichtigkeit ihrer Anwendung, beruht im qualifizierten Nein zu realen und ideologischen Gestalten der Unfreiheit. Ihr schwächster Punkt, dem Marcuse voll Rechnung trägt, ist ihre durchs Fehlen einer gesellschaftlichen Basis erzwungene Abstraktheit und Kontemplativität. Wo ihr Nein systematisch, als kritische Theorie des Ganzen, ausformuliert und ihr eigener Gegenstand wird, tendiert es dahin, sich zu formalisieren zum Nein überhaupt, zur vor aller Geschichte diese bedingenden Struktur. Kritik an dieser Tendenz begegnet darin ihren eigenen, objektiv vorgezeichneten Schwierigkeiten.

Marcuses Buch gibt, auf die fortgeschrittenen Industriegesellschaften als auf den historischen Standard bezogen, eine Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Das Großartige daran ist der durchweg festgehaltene ‚utopische‘ Zielbegriff, von dem aus das Bestehende analysiert wird. Dieser Zielbegriff, so vielschichtig und problematisch er ist, steht auf sicherer berechenbar-empirischer Grundlage: „Die bestehende Gesellschaft verfügt über eine feststellbare Quantität und Qualität materieller und intellektueller Ressourcen. Wie können diese Ressourcen verwendet werden für die optimale Entwicklung und Befriedigung individueller Bedürfnisse und Fähigkeiten mit einem Minimum an Mühe und Elend?“ (S. XI). Diese Utopie ist konkret genug, daß sie nicht der Ausrichtung an einem bestimmten Menschenbild oder an neuen ‚Werten‘ bedarf; der technologische Fortschritt macht deren „Übersetzung in technische Aufgaben“ möglich. „Berechenbar ist z. B. das Minimum von Arbeit, mit der — und das Ausmaß, in dem — die Lebensbedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder befriedigt werden könnten — vorausgesetzt, die verfügbaren Kräfte würden für diesen Zweck eingesetzt werden, ohne von anderen Interessen beschränkt zu werden und ohne die für die Entwicklung der betreffenden Gesellschaft nötige Kapitalakkumulation zu behindern. M. a. W.: quantifizierbar ist der erreichbare Grad der Freiheit von Mangel . . . quantifizierbar ist die mögliche Reduktion von Angst, die mögliche Freiheit von Furcht“ (S. 232). Ergibt diese Rechnung eine Vorstellung vom Optimum und von den unüberschreitbaren Grenzen des *objektiv Möglichen*, dann sind damit zugleich die termini für eine distanzierende Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegeben. Verfolgt man das Bild, das Marcuse derart entwirft, so manifestieren sich die Schwierigkeiten der kritischen Theorie vor allem in zwei komplementären Zügen: zum einen stellen sich ihr positive und negative Momente in paradoxem Ineinander dar; zum andern weicht die Negation restlos aus dem Bestehenden zurück. Im folgenden betrachten wir nacheinander diese beiden Aspekte.

Die „fortgeschrittene Industriegesellschaft“, die Marcuse beschreibt, ist ökonomisch potentiell krisenfest geworden. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß die Entwicklung der Technologie die Grenzen zwischen den verschiedensten voneinander getrennten Bereichen überspielt und in einem einzigen Prozeß von Machbarkeit und repressiver Verwaltung vereinigt hat: dies meint Marcuses Metapher von der Eindimensionalität. Die „unsichtbare Hand“, die nach der Auffassung des traditionellen Liberalismus die gegen- und auseinander treibenden Interessen harmonisieren sollte, ist heute die an den Naturwissenschaften geschulte manipulative Präformierung der materiellen und intellektuellen Bedürfnisse — freilich auch ihre Befriedigung in nie dagewesenem Ausmaß. Hebt der technologische Fortschritt die Differenz zwischen Bewußtsein und gesellschaftlich-materiellem Sein im Medium der Machbarkeit tendenziell auf, so scheint es, als habe die kritische Theorie es nur noch mit Bewußtsein — und zwar mit ‚falschem Bewußtsein‘ — als Gegenstand wie auch als Gegner zu tun. Denn nicht mehr materielle Interessen treiben in den Industriegesellschaften unmittelbar die in Mühe und Unfreiheit gehaltenen Klassen zur Veränderung des Bestehenden. Die Arbeiterklasse ist affirmativ geworden. Kritik hat keinen sicheren Boden mehr in realen, politisch erlebten Frustrationen. ‚Falsches Bewußtsein‘ über die gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht mehr ohne weiteres durch Konfrontation mit der Wirklichkeit dieser Verhältnisse als falsch zu entlarven. Denn — so jedenfalls sieht es Marcuse in Übereinstimmung mit Adorno — die technologische Entwicklung hat eine „Verschiebung im Ort der Mystifizierung“ hervorgebracht: Ideologie ist „verkörpert im Produktionsprozeß selbst“ (S. 189). Nicht nur kann Ideologiekritik sich, wenn diese Auffassung zutrifft, nicht auf Tatsächlichkeit berufen und ist die Kritik falschen Bewußtseins zugleich die Kritik einer ‚falschen Wirklichkeit‘. Sondern es offenbaren kritisch gemeinte Begriffe wie ‚Rationalität‘ bzw. ‚Irrationalität‘ eine fundamentale Ambivalenz, die ihre unbefangene Verwendung verbietet: „das Rationale eher als das Irrationale wird zum wirksamsten Vehikel von Mystifizierung“ (l. c.). An Begriffen wie ‚Interesse‘, ‚Bedürfnis‘, ‚Befriedigung‘ wird diese Verschiebung besonders deutlich. Das ‚Falsche‘ hat bereits in ihnen, die einmal Motor der Revolution waren, seinen sicheren Griff. In Marcuses Beschreibung dieses Tatbestands kommt seine Ambivalenz in einer Reihe von terminologischen Paradoxien zum Ausdruck: „Euphorie im Unglück“, „repressive (heteronome) Bedürfnisse“ (S. 5), Irrationalität des Rationalen („even the most insane calculations are rational“, S. 52), „repressive Entsublimierung“ (S. 63 ff.; — „which extend liberty while intensifying domination“, S. 72). „repressive Befriedigung“ (S. 7; — „Pleasure, thus adjusted, generates submission“, S. 75). Die faktische Paradoxie scheint von der Kritik nicht mehr durchbrochen und aufgelöst, sondern nur noch benannt und reziprok bewertet werden zu können, „wo die etablierte Realität eher als ihr Gegensatz utopisch ist“ (S. 254). ‚Falsches Bewußtsein‘, weit entfernt davon, einfacher Irrtum oder harmonisierende Illusion zu sein, ist Bewußtsein in statu corruptionis. Bedürfnisse und Genuß negieren nicht länger die Faktizität, sondern sind fest in diese eingebunden als Vehikel der Unterdrückung. Fast scheint es, als würde die Kritik in dieser Situation auf das Gebiet von Moral und Askese gedrängt, wenn sie nur mehr mit den gedachten Menschen gegen die existierenden Menschen argumentieren kann. Ihre Ohnmacht kommt zum Ausdruck im verzweifelten Pathos des „Wirklichen“ und „Eigentlichen“ gegen das bloß „Faktische“ und „Unmittelbare“, zumal in der kaum mehr kommunizierbaren Unterscheidung, die dennoch von grundlegender Wichtigkeit ist, „zwischen wirklichem und unmittelbarem Interesse“ (S. XIII). Marx konnte noch davon ausgehen, daß das wirkliche Interesse der Arbeiterklasse einen Ort hat in

ihren unmittelbaren Interessen. „Heute erscheinen die rationalen und realistischen Begriffe von gestern mythologisch, wenn man sie mit den gegenwärtigen Bedingungen konfrontiert. Die Realität der arbeitenden Klassen in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft macht das Marx'schê ‚Proletariat‘ zu einem mythologischen Begriff; die Realität des zeitgenössischen Sozialismus macht die Marx'sche Idee zu einem Traum... Der unwissenschaftliche, spekulative Charakter der kritischen Theorie kommt vom spezifischen Charakter ihrer Begriffe; diese bezeichnen und definieren das Irrationale im Rationalen, die Mystifizierung in der Realität. In ihrer mythologischen Qualität spiegelt sich die mystifizierende Qualität der gegebenen Fakten — die trügerische Harmonisierung der gesellschaftlichen Widersprüche“ (S. 188 f.). Andererseits sind diese Widersprüche größer denn je. Aber die neue Technologie sozialer Integration vereinigt die Gegensätze, deren Austragung sie verhindert. Dies spiegelt sich in der angepaßten, „eindimensionalen“ Sprechweise. Sie bewegt sich in Tautologien und Synonymen, niemals in qualitativer Differenz: die unversöhnlichsten Widersprüche werden in Familiarität eingebunden („clean bomb“). „Einst als prizipieller Verstoß gegen Logik angesehen, erscheint der Widerspruch nun als Prinzip der Logik von Manipulation — realistische Karrikatur von Dialektik“ (S. 89). Es ist charakteristisch für die offizielle Sprache, die das Denken weitgehend kontrolliert, „indem sie den Begriffen Bilder substituiert“, daß sie nicht geglaubt werden muß. Sie ist eher dadurch bestimmt, „daß die Menschen sie nicht glauben oder sich nicht darum kümmern und dennoch entsprechend handeln“ (S. 103). Die ambivalente Einheit von Freilassung und Befriedigung einerseits, Entmündigung und Unterdrückung andererseits, hat ihre Entsprechung in der durchgehenden ambivalenten Einheit von Produktivität und Destruktivität. Die „Warfare“- und „Welfare“-Gesellschaft kann nur in permanenter Mobilmachung hinsichtlich des Konsums wie der Rüstung bestehen. Wo die Irrationalität am grellsten sichtbar wird und das Ganze mit Zerstörung bedroht, wird im Gespenst des historisch Möglichen die Ambivalenz am deutlichsten: „Weder die wachsende Produktivität noch der hohe Lebensstandard hängen von der äußeren Bedrohung ab, wohl aber ihre Benutzung zur Verhinderung gesellschaftlicher Veränderung und zur Perpetuierung von Knechtschaft. Der Feind ist der gemeinsame Nenner allen Tuns und Lassens. Und der Feind ist nicht identisch mit dem tatsächlichen Kommunismus oder dem tatsächlichen Kapitalismus — er ist in beiden Fällen das reale Gespenst der Befreiung“ (S. 51 f.). Wie die Befreiung, zum Bild des Feindes verzerrt, „von außen“ zu drohen scheint, so ist auch die kritische Theorie gezwungen „von außerhalb“ zu kommen. Ihre Anstrengung des Begriffs verfällt nach Marcuse dem notwendigen Schein, eine „Regression“ zu manifestieren „von der Kritik der politischen Ökonomie zur Philosophie. Dieser ideologische Charakter der Philosophie resultiert daraus, daß die Analyse gezwungen ist, vorzugehen von einer Position ‚außerhalb‘ des Positiven sowohl als des Negativen, der konstruktiven sowohl als der destruktiven Tendenzen in der Gesellschaft. Die moderne Industriegesellschaft ist die durchgehende Identität dieser Gegensätze — in Frage steht das Ganze“ (S. XIV). Es steht als Ganzes paradoxerweise gerade deshalb in Frage, weil zu seinen ‚positiven‘ Aspekten — dem beispiellosen Wohlstand, der Demokratisierung von Bildung und Konsum — schlechterdings nicht nein zu sagen ist. Die partielle Negation wäre reaktionär. Weil es zugleich keinen Teil der Gesellschaft mehr gibt, der sie radikal negiert, wird das Nein hinausgezwungen aus der faktischen Wirklichkeit, in der es weder einen Bundesgenossen noch einen eindeutigen Anhalt in Gestalt eines isolierbaren kritischen Motivs findet. An dieser Stelle schlägt die Ohnmacht der kritischen Theorie, gerade in der Totalität ihres Nein,

sich in ihren Begriffen des in Frage stehenden Ganzen nieder. Dies wird deutlich, wenn Marcuse das „totalitäre Universum technologischer Rationalität“ nurmehr geistesgeschichtlich bestimmen kann als „die letzte Verwandlung der Idee der Vernunft“ (S. 123). Terminologisch wie in seiner Gesamtkonzeption nähert sich Marcuse hier wieder der Lebensphilosophie und dem Existentialismus. Um die Geschichtsmächtigkeit des „Logos von Herrschaft“ zu begründen, bedient er sich recht problematischer Begriffe wie „Transzendenz“, „Entwurf“ (project), „Wahl“ und „Entscheidung“. „Die Art, in der eine Gesellschaft das Leben ihrer Mitglieder organisiert, involviert eine anfängliche (?) Wahl (initial choice) zwischen historischen Alternativen, die bestimmt sind vom überkommenen Stand der materiellen und intellektuellen Kultur. Die Wahl selbst resultiert (?) aus dem Spiel der herrschenden Interessen. Sie antizipiert spezifische Arten, Mensch und Natur zu transformieren und zu benutzen, und sie verwirft andere Arten. Sie ist ein ‚Entwurf‘ von Verwirklichung unter anderen“. Als den Grundentwurf der gegenwärtigen Industriegesellschaft sieht Marcuse „die Erfahrung, Transformation, Organisation der Natur als eines bloßen Stoffes von Herrschaft“ (S. XVI). Daß derartige Redeweisen höchstens verkürzend-hypothetischen Anspruch erheben dürfen, zeigt sich vielleicht am deutlichsten in Formulierungen, deren grammatikalisches Subjekt Begriffe wie „Wahl“ und „Entwurf“ sind — und nicht deren konkretes historisches Subjekt. Freilich kann auf derartige Redeweisen nicht verzichtet werden, schon „die Gesellschaft“ ist nur problematisches, aber kaum schon existierendes Subjekt. Wird sie wiederum als von einem Grundentwurf hintergründig organisiert und gesteuert gedacht, ist die spiritualistische Verflüchtigung der realen Geschichte kaum noch aufzuhalten. ‚Entwürfe‘ existierten immer getrennt vom oder diskrepant zum materiellen Prozeß. Wenn die Sachlage es nicht mehr zuläßt (was wir hier nicht zu entscheiden wagen), den Akzent ihrer Darstellung auf die Produktionsverhältnisse zu legen, scheint die Dämonisierung der Produktionskräfte und, abstrakt gesprochen, des technologischen Impulses überhaupt, unvermeidlich. Dieses ‚Dämonische‘ wäre aber nicht unmittelbar im ‚Entwurf‘ festzumachen, sondern es wäre allenfalls zu begreifen als dessen entfremdeter Reflex. Die Geschichte verläuft gerade insofern entfremdet, als in ihr das Gewollte nicht wiederzuerkennen ist; die Gesellschaft ist, auch für die Herrschenden, entfremdet gerade insofern, als sie anarchisch strukturiert ist. Würde die von Marcuse zum Leitbild seiner Darstellung genommene schwarze Utopie der Eindimensionalität mit ihrem „obscene merger of aesthetics and reality“ (S. 248), die phänomenologisch, in der ‚offiziellen Oberfläche‘ des gesellschaftlichen Daseins, bereits dominiert, vollends zur Struktur von Wirklichkeit, verlören alle Unterscheidungen von der Art der obigen ihren Gehalt. Das Modell immanenter Teleologie von Herrschaft würde die heuristische Klammer sprengen, und Herrschaft schlechthin hätte sich als absurdem Subjekt der Welt etabliert, gegen das kein historischer Einspruch mehr möglich ist. Einige Passagen des Marcuse’schen Werkes tendieren dahin, diesen Prozeß als schon abgeschlossen zu schildern. „In ihrem fortgeschrittenen Stadium funktioniert Herrschaft als Verwaltung, und in den überentwickelten Gebieten (overdeveloped areas) des Massenkonsums wird das verwaltete Leben zum good life des Ganzen, in dessen Verteidigung die Gegensätze vereint sind. Dies ist die reine Form von Herrschaft. Umgekehrt erscheint ihre Negation als die reine Form von Negation. Aller Inhalt scheint reduziert auf die eine abstrakte Forderung nach dem Ende von Herrschaft...“ (S. 255). Angesichts der wirksamen Verdrängung dieser Forderung „erscheint diese Negation in der politisch ohnmächtigen Form der ‚absoluten Weigerung‘ (absolute refusal)...“ (l. c.). Ihr bleibt Marcuse verhaftet, wo er Adornos Vorliebe für den Beckett’schen Absur-

dismus teilt (S. 247). Im Gegensatz zu Adorno sieht aber Marcuse die Geschichte nicht durchweg und endgültig, in die „overdeveloped areas“ eingeschlossen. Er weiß, daß das Rationale noch nicht rational genug und das Universelle noch nicht universell genug ist. Unterhalb und außerhalb der fortgeschrittenen Industriegesellschaft beginnen die bisherigen outcasts in die Geschichte einzugreifen. „Ihre Opposition trifft das System von außen und wird deshalb nicht abgelenkt (deflected) vom System . . . Die Tatsache, daß sie sich zu weigern beginnen, das Spiel mitzuspielen, kann die Tatsache sein, die den Anfang vom Ende einer Periode bezeichnet“ (S. 257). Wolfg. Fritz Haug (Berlin)

Anders, Günther: Die Toten. Rede über die drei Weltkriege. Stimmen zur Zeit, Bd. 3. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1964 (56 S., Papp., 3,50 DM).

In dieser Rede nannte Günther Anders seine Zuhörer „Hinterbliebene“. Er beschreibt einen Krieg, der noch nicht begonnen hat; erst nach Hiroshima ist dies möglich. In diesem letzten Krieg würde kein Unterschied gemacht werden zwischen Militär und Zivilbevölkerung, er würde eine „maschinelle Produktion von Leichen“ sein. Jedes potentielle Kriegsziel würde mit dem Kriegsgrund vernichtet werden, so daß es auch keinen zureichenden Grund mehr geben kann, einen Atomkrieg anzufangen. Günther Anders weist auf eine der Gefahren hin, die psychologisch verwurzelt ist und die zusammenhängt mit dem in vielen Wissenschaften gängigen technizistischen Bewußtsein, das der Zweck-Mittel-Relation gehorcht, die gesellschaftlichen Folgen eines chemo-physikalischen Vorgangs ignoriert und nur an dessen „naturimmanenter“ Effektivität interessiert ist. Das Selbstzerstörerische dieses quantitativen Denkens, das dem der Elektronenrechner verwandt ist, verrät sich in einer Sprachregelung, die bei einem fiktiven Planspiel die Erwartung des Todes von hundert Millionen Menschen so ausdrückt, daß sie „hundert megacorporpes“ verzeichnet. Die Gefahr besteht darin, daß durch die Effekt-Rationalität die natürlichen Hemmungen gegenüber Vernichtungswaffen langsam abgebaut werden.

Eine andere Gefahrenquelle liegt in der kapitalistischen Produktionsweise. Deren Prinzip, das darin besteht, die Produkte abzustößen, ist abhängig von der jeweiligen Konsumsituation. Noch immer ist die den größten Profit garantierende Konsumsituation für die Rüstungsindustrie etwas, was nach Hiroshima als archaisch erscheinen müßte: Krieg. Da aber kein gerader Weg führt von den Arsenalen zu den Auslöseknöpfen, sondern ein durch viele disperate oder auch nur variierende Interessen vermittelter Weg, muß der Kapitalismus in der Waffenvervollkommnung einen ‚Kriegsersatz‘ finden. Immer auf der Jagd nach dem Superlativ von totaler Vernichtung, ist die Industrie nicht nur darauf aus, ständig Waffen anzubieten, sondern auch die neuesten, wie Günther Anders darstellt, in einer Art Gegenwerbung unter Berufung auf ‚den Feind‘ zu schmälern. Werbung ist negativ geworden und kann so raffinierter als je dem profitablen circulus vituosus dienen. Fortschritt besteht hier in der „Herstellung von Veraltetem“. Die Akkumulation von Vernichtungswaffen ist für die Produzenten bloß eine Notlösung, ein Kreislauf von Fettschen, die zur Askese gezwungen sind. Die sichere Lösung erst besteht in der Selbstverwirklichung der Waffen. So beschreibt Günther Anders die zweite Gefahr: „Was als Kriegssurrogat anhebt, wird selbst zur Kriegsursache“.

Daß in der Deutschen Bundesrepublik nukleare Vernichtungswaffen noch nicht erzeugt werden, könne bei denjenigen, die sich fragen, was denn zu tun sei gegen die Aufrüstung, als Entschuldigung nicht

gelten; das sei bloß eine Frage der Zeit. Die Interessengruppen sind da, auch das Alibi, und ein Feind wird unausgesprochen angedeutet oder offen beim Namen genannt. Auch diejenigen, die noch an einer scheinbaren Peripherie zu leben glauben, fordert Günther Anders auf, einen „Hippokratischen Eid“ abzulegen, wie Tausende von Physikern ihn abgelegt haben: nichts zu tun für die Vernichtungswaffen, das Mögliche dagegen tun. Erschwert wird derartige Aufklärung durch die Ideologie der ‚freien Welt‘. Ebenso wendet sich Günther Anders gegen die Verteufelung Chinas zu einem aggressionslüsternen Popanz, die bloß der Verdeckung der eigenen Aggressionen gegenüber China dient, wird doch seit den Zeiten MacArthurs mit dem Gedanken eines nuklearen Angriffs auf China gespielt. Die Frage des Kostenanschlags wurde schon amerikanischen Elektronenrechnern gestellt.

Zum Schluß erinnert Günther Anders an eine Pariser Massenversammlung im Jahre 1936. Weil noch nicht alle begriffen hatten, daß Hitler den Krieg bedeutete, zählte André Malraux die Versammelten ab und sagte bei jedem Zehnten: „Mort“. Wie Malraux versetzt auch Günther Anders in seiner Rede einen vernünftig dosierten Choc. Vielleicht ist dies heute die einzige Chance von Aufklärung. Wie sich im KZ Wächtern der Magen umdrehte spricht der richtig gezielte Choc die Menschen unmittelbar an den Resten ihrer objektiven Interessen an. Günther Anders will deren natürliche Intensität wieder aufdecken, damit das subjektive Interesse an der bloßen ‚Ruhe‘ wenigstens Vorbewußt zu einem Interesse am Frieden wird.

Jürgen Werth (Berlin)

Bauer, Gerhard: Geschichtlichkeit. Wege und Irrwege eines Begriffs. Walter de Gruyter, Berlin 1963 (207 S., Pappb., 18.— DM).

Angesichts der vielfältigen und z. T. kontroversen Verwendungen des Wortes Geschichtlichkeit sieht sich die Untersuchung zunächst außerstande, eine systematische Ableitung des Begriffs zu leisten. Selbst unter Außerachtlassung des laxen Wortgebrauchs, wie er in Theologie und einigen Naturwissenschaften umgeht, bleibt genug Widersprüchliches, gerade auch in der repräsentativen Geschichtsphilosophie. Infolgedessen unternimmt Bauer es, in der Form einer „Begriffsgeschichte“ diejenigen Bestimmungen von Geschichtlichkeit aufzuzeigen, die über das Lehrgebäude der einzelnen Autoren hinaus gewirkt haben. B. sucht die Ursprünge des Begriffs von Geschichtlichkeit, den er in der „kategorialen Fassung“ bei Dilthey und York von Wartenburg realisiert sieht, im deutschen „älteren Historismus“, zumal bei Herder sowie in Vicos „Prinzipien der Universalgeschichte“. Der „historische Sinn“, die Anerkennung der geschichtlichen Besonderheit und der „geschichtlichen Kräfte“ sind aber hier weniger Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung als eine bestimmte Art der Abwehrstellung gegen die nomothetischen Modelle des Rationalismus; die Wertschätzung der Individualität, der geschichtlichen „Kräfte“ und der Konkretheit wird, wenn man so will, zu einer Haltung. Bei Vico freilich unterliegt die Individualität selber schon einer übergreifenden Gesetzlichkeit, die aber nicht naturwissenschaftlich orientiert ist, sondern sich aus dem Wesen der menschlichen Institutionen, der Art der menschlichen Vergesellschaftung herleiten soll.

Zur Vorgeschichte von Geschichtlichkeit zählt B. ferner die frühe Romantik, insbesondere deren Begriff von „Aktion“, der von der kontemplativen Geschichtsbetrachtung des „älteren Historismus“ sich abhebt. Fichtes Philosophie der „Tat“ bestimmt den Menschen als das prinzipiell handelnde und insofern geschichtliche Wesen, gleich-

wohl aber unter einem bloß „praktischen“, nicht unter einem „kategorialen“ Blickwinkel. Bei Hegel ist die Subjektseite von Geschichte, insbesondere das philosophische Bewußtsein post festum als „geschichtlich“ zu bezeichnen. Die Schwierigkeit besteht hier allerdings in dem Umstand, daß das Subjekt-Objekt als stets im Subjekt schon Beschlossenes erscheint. Die „begriffene Geschichte“ ist insofern immer schon „Erinnerung“ und „Selbsterkenntnis“ des Subjekts; die Geschichtlichkeit des Bewußtseins hat keinen relativistischen Charakter. Die geschichtlichen Stufen des Geistes sind aber dem festen Ziel, dem „absoluten Wissen“ nicht äußerlich; vielmehr erscheint das „absolute Wissen“ als Resultat und Ursprung zugleich, Geschichte sowohl als Stoff als auch als notwendiger Prozeß der Selbsterkenntnis des Subjekts.

Gegenüber Hegels Begriff von Geschichtlichkeit als Zusammenfassung von Geschichte in der Gegenwart, insbesondere in der Form des philosophischen Selbstbewußtseins, betonen seine Gegner und Nachfolger die Bedingtheit und Vorläufigkeit des Historischen. Bei Dilthey hat dies methodologische Konsequenzen. Geschichtlichkeit bedeutet ihm die „kategoriale“ Bedingtheit alles menschlichen Denkens und Handelns, einschließlich der bislang als überzeitlich geltenden „Vernunftwahrheiten“ durch die „Lebenstotalität“ des Menschen. Die „Lebenstotalität“ wird zwar als bekannt und psychologisch verstehbar vorausgesetzt, die „historischen Gestalten“ haben zweifels- ohne aber auch Geltungsrelevanz.

Der von Dilthey angestrebte Ausgleich von Bedingtheit und Geltung erfährt in der Folge eine Radikalisierung, die zudem auch nicht mehr im bloß philosophischen Rahmen verbleibt. Für diese Radikalisierung ist nach B. zunächst eine allgemeine Theoriefeindlichkeit überhaupt charakteristisch. Ein vordergründiger und abstrakter Begriff von Praxis — „Situation“, „Entscheidung“, „Begegnung“ — wird für „geschichtlich“ erklärt. Die Sinnfrage selbst wird als immer noch theoretische eliminiert. Was übrig bleibt, ist die abstrakte „Aktion“ als Selbstwert ohne nähere inhaltliche Bestimmung. In einer kruden Umdeutung der kategorial gefaßten geschichtlichen Aktivität wird das handelnde empirische Ich zum Richter, Maßstab und „schöpferischen Autor“ von Geschichte. Die existenzialistische „Entschlossenheit“, der Dezisionismus und schließlich die faschistische „Aktion“ begreifen Praxis unter Absehen vom realgeschichtlichen Prozeß als „geschichtlich“. Subjektivität und Aktivität gelten an sich schon als „geschichtliche Größen“.

Es läßt sich also sagen, daß der Geschichte von Geschichtlichkeit zumindest die Tendenz innewohnt, sich von der Reflexion auf die Wahrnehmung von Geschichte zur bloßen Subjektivierung von Geschichte zu vereinfachen. Wenn B. am Schluß seiner Untersuchung schließlich achtzehn disparate Bedeutungen von Geschichtlichkeit unterscheidet, so wird der Mangel einer „Begriffsgeschichte“, nämlich Philosophie von historischen Erfahrungsgehalten zu isolieren, offenbar. Nicht die Geschichtlichkeit der Geschichte, sondern die Geschichte von Geschichtlichkeit wäre — materialistisch gefaßt — an der Tagesordnung.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Auer, Alfons: Welt offener Christ. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Laienfrömmigkeit. Patmos-Verlag, Düsseldorf 1960 (317 S., Ln., 18.— DM).

„Der Weg der Befreiung wird über den Menschen führen... Der Mensch wird zur Herrlichkeit kommen und durch ihn der Kosmos“ (S. 121), denn die Geschichte ist für Auer nicht „der Abklatsch und die fortlaufende Nachbildung eines weit vollkommeneren Urbildes“ (S. 81). Die Tätigkeit der Menschen in ihrer vom hier und jetzt bestimmten Gegenständlichkeit gestaltet die Vollendung der „Schöpfung“ mit;

und jeder Christ verfehlt die „Ehre Gottes“, der sich weigert, „verantwortungsvoll“ material sich mit „dieser“ Welt einzulassen, sei es, daß er die Arbeit — ungeachtet dessen, was er tut — als eine bloße Haltung oder als „Kreuz“ auffaßt, oder daß er die Ehe vorwiegend als Veranstaltung zur Fortpflanzung des genus Mensch ansieht und dabei von der Bedeutung der „leiblichen“ Lust abstrahiert.

Aber Auer, dessen Buch für die „Weltoffenheit“ eines Kreises junger katholischer Theologen steht, gerät nicht in die Gefahr, in seiner Bejahung der Welt den geschichtlichen Gestalten einen Blanko-Rechtfertigungs-Scheck auszustellen. Seine Kulturkritik ist stellenweise beachtenswert, etwa wo sie die Negativität der menschlichen Beziehungen im Liberalismus angreift, oder wo sie — wenn auch übertrieben versteckt — die Ohnmacht des bürgerlich-demokratischen Staates gegenüber den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft kritisiert; er vertritt das „Interesse der Freiheit“, wenn er schreibt: „Zur rechten Wahrung des Subsidiaritätsprinzips gehört freilich auch, daß man nur soviel Staat zuläßt, als eben (d. h. je geschichtlich) notwendig ist“ (S. 279). Umso bedauerlicher ist es, daß Auer keine Vorschläge macht, wie es der „weltoffene Christ“ konkret hier und heute anzufangen hätte, daß „der Mensch zur Herrlichkeit kommen wird und durch ihn der Kosmos“, was allerdings auch daran liegt, daß es Auer zunächst um eine theologische Fundierung der „Welt-offenheit“ ging.

Wolfgang Lefèvre (Berlin)

II. Soziologie

Parsons, Talcott: Beiträge zur soziologischen Theorie. Herausgegeben und eingeleitet von Dietrich Rüschemeyer. Soziologische Texte Bd. 15. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin (West) 1964 (314 S., Ln., 22.80 DM).

Mit dieser Veröffentlichung der Soziologischen Texte liegt die erste deutsche Übersetzung von Arbeiten des respektiertesten amerikanischen soziologischen Theoretikers vor. Aufbauend auf der englischen anthropologischen Schule (Radcliffe-Brown und Malinowski), dem französischen und italienischen Positivismus (Durkheim und Pareto) und Max Weber, und diese weiterführend, hat Parsons eine „strukturell-funktionale Theorie“ der Gesellschaft entwickelt, die die Interpretation allen möglichen empirischen Wissens über „soziale Systeme“ ermöglichen soll, ohne von diesem Wissen in ihrer Ausbildung zunächst abhängig zu sein. Von konkreten Gesellschaften abstrahiert, beansprucht sie Geltung für alle möglichen Formen der Vergesellschaftung und behauptet gleichzeitig, frei von „Ideologie“ (im Sinne der Setzung von „inhaltlichen“ Werten) zu sein. Das oberste Kriterium dieser Theorie ist die Ausarbeitung der Bedingungen eines „selbst-regulierenden stabilen Systems“, das nur noch „funktionelle“ Entwicklung innerhalb seiner selbst kennt, unter Ausschluß der Änderung seiner Struktur, — analog biologischen oder physiologischen „Modellen“.

Diese Theorie ist selbst schematisch sehr schwer zu referieren. Erstens ist ihr formaler Aufbau so außerordentlich umfangreich und sind die Inhalte ihrer „Sätze“ bereits so folgenreich in ihrer Anwendung auf die gesellschaftliche Praxis gewesen, daß selbst ein Referat ihrer sämtlicher Kategorien nicht genügt; zweitens aber haben noch kaum die Kategorien selber zusammenhängend referiert werden können weil, ähnlich Zufahrtswegen im Straßenbau der „modernen Gesellschaft“, stets irgendeine „Ader“ oder ein „Netz von Strukturen“ oder ein „Bündel von Funktionen“ gerade von der Zentrale lahmgelegt ist, um revidiert und „ausgebaut“ zu werden,

und man auf irgendeine angekündigte „revisitation“ von „patterns“ oder „systems“ zu warten hat, wenn die eigene Darstellung nicht schon vor dem Druck veraltet sein soll.

Der Übersetzer und Herausgeber dieser Auswahl, D. Rüschemeyer, ist dieser Kalamität auf eigene Weise begegnet: Er hat in den Band, bis auf eine Arbeit P.s über „Inzesttabu in seiner Beziehung zur Sozialstruktur“ nur Arbeiten aus den 40er Jahren (aus „Essays in Sociological Theory“) aufgenommen. In der Analyse von gesellschaftlichen Problemen sollte zu der Zeit z. B. noch mit den inner-soziologisch berühmt gewordenen „pattern variables“ gearbeitet werden. Das sind fünf analytische dichotome Kategorien, innerhalb derer sich alle Arten sozialen Handelns bewegen sollten, und die ihren genau definierten Ort im System der Theorie hatten. Inzwischen sind sie von vier „system problems“ abgelöst worden, die nunmehr das gleiche von einem genauso sauber definierten, wenn auch in der Abstraktionshierarchie etwas höheren, Platz aus erklären sollen. Rüschemeyer, der den Band auch mit einer längeren Einleitung versehen hat, geht wie Parsons auf diese „Neuheit“ nicht weiter ein. Eine Theorie, die auf die logisch interdependenten Zusammenhänge ihrer Kategorien so sehr großen Wert legt, verliert aber viel an Glaubwürdigkeit, wenn sie ganze Kategoriensätze wie Versatzstücke ein- und ausbauen kann, ohne ihr theoretisches System ändern zu müssen, — und ohne wenigstens die gerade aktuellste Änderung gründlich zu reflektieren.

An Parsons ist sehr scharf kritisiert worden, sein „Modell“ der sich selbst reproduzierenden gleichgewichtigen Gesellschaft ziehe in der Anwendung der Theorie, weil von allen Inhalten, materiellen Werten und Weisen der Befriedigung in konkreten Gesellschaften abgesehen wird, die Ausschaltung aller „Gleichgewichtsstörer“ in den bestehenden Gesellschaften nach sich. Die Tendenz des Autors, sich zwar nicht explizit für oder gegen bestimmte Herrschaftsformen zu engagieren, aber doch immer für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung und ihrer „Strukturmuster“ (von der monopolistischen Form der Arbeitsorganisation bis zur genau angebar zulässigen Weise der geschlechtlichen Befriedigung) zu schreiben und dabei zu herrschaftstechnischen Tricks schmerzloser Anpassung zu raten, wird an dieser Auswahl besonders deutlich; fast alle Aufsätze beschäftigen sich mit konkreten Problemen: „Die akademischen Berufe und die Sozialstruktur“, „Ursachen und Formen der Aggressivität in den westlichen Industriegesellschaften“, „Soziale Klassen und Klassenkampf“ etc. Weil in diesem Band fast nur spezifische Analysen und sehr wenig „eigentliche“ strukturell-funktionale Theorie enthalten ist, entsteht der Eindruck, der Herausgeber habe die Kritik an der Parsons'schen Theorie (in Deutschland besonders von R. Dahrendorf, in den USA von C. W. Mills geführt) auf sich bezogen und wolle P. in Deutschland gleich als praktischen Konflikttheoretiker einführen. Aber selbst diese Aufsätze verraten das Ziel ihres Autors: den gesellschaftlichen „Konfliktstoff“, der in den Überschriften zugelassen ist, sogleich zu entschärfen. — Verwiesen sei auf den Aufsatz „Kapitalismus, Faschismus und Demokratie“ in ARGUMENT Nr. 32, in dem P.'s Faschismus-Analyse aus diesem Band, „Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus“, gesondert untersucht wurde.

Reimut Reiche (Berlin)

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Freiheit. R. Piper Verlag, München 1961 (455 S., brosch., 11,80 DM).

Dieser Band vereinigt vierzehn meist schon früher veröffentlichte Aufsätze des Autors mit dem Selbstverständnis der „Einführung in die moderne Soziologie und in die Analyse der gegenwärtigen Ge-

sellschaft“ (S. 12). Er enthält im Einzelnen methodologische Arbeiten (z.B. „Sozialwissenschaft und Werturteil“; eine Darstellung und „Revision der strukturell-funktionalen Theorie in mehreren Aufsätzen) gesellschaftstheoretische Aufsätze und Analysen konkreter gesellschaftlicher Probleme (etwa „Deutsche Richter“; „Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit“ und andere Beiträge zur „Deutschen Frage“). Seine Meinung von „Gesellschaft und Freiheit“, die D. in keinem Beitrag seiner Aufsatzsammlung zusammenfassend darstellt, läßt sich ohne Vereinfachung in einem Satz ausdrücken: ‚Gesellschaft‘ ist immer identisch mit Zwang, ‚Freiheit‘ kann darum nur dort herrschen, wohin jene nicht reicht; ‚Gesellschaft und Freiheit‘ müssen für alle Zeiten konkurrierende Alternativen sein.

Dieser Satz wird immer wieder soziologisch, anthropologisch oder auch „rein formal“ zu festigen versucht. Die Beweisführung gipfelt in einer freundlich-nachbarschaftlichen und zugleich existentialontologischen Version, die hier für die anderen Pate stehen darf: „Aber wir leben in einer Welt der Ungewißheit. Wir wissen nicht, wie eine ideale Gesellschaftsordnung aussieht, — und wenn wir es zu wissen meinen, dann hat unser Nachbar eine ganz andere Vorstellung. Weil es keine Gewißheit gibt. . . muß es Zwang geben, um ein lebensmögliches Minimum an Zusammenhalt zu gewährleisten“ (S. 110). Für D. ist der so verewigte Zwang, indem er „Konflikte“ schafft, zugleich ewiger Garant von „Wandel und Entwicklung“ der Gesellschaften; in den düstersten Farben wird der „Friedhof“ (S. 88) einer vom Zwang befreiten Gesellschaft gemalt, (die sich aber nie werde realisieren lassen). Dem Utopieverdacht fällt selbst noch das „Gleichgewichts-Modell“ anheim, das der amerikanischen strukturell-funktionalen Theorie zur Erklärung der gesellschaftlichen Entwicklung dient. D., der sich als deutschen Re-Imperator dieser Theorie begreift, schlägt statt der von Parsons angenommenen „Tendenz der Gesellschaften zum Gleichgewicht“ ein „Konflikt-Modell“ vor, daß zur Erklärung gesellschaftlicher Prozesse viel leistungsfähiger, weil „dynamischer“ sei. Das mit stellenweise großem Pathos vorgebrachte Dreigestirn Zwang-Konflikt-Wandel verblaßt sehr bald zu einem letzten Abglanz der liberalistischen Theorien, die Fortschritt und Harmonie der Gesellschaften durch den Konkurrenzkampf der Individuen gewährleistet wissen wollten; als ob es nie Faschismus gegeben hätte, spricht D. von „Spielregeln“ des öffentlichen Lebens, deren Einhaltung den Bestand der Demokratie gewährleistet. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, warum D. in einem einzigen entscheidenden Punkt von der klassischen strukturell-funktionalen Theorie abweicht: Er ist entschiedener Gegner der von Parsons geforderten „Internalisierung“ sozialer Normen und Rollen; die Konflikte, die diese hervorbringen, sollen „ausgetragen“ und nicht verinnerlicht werden, eben weil sie Träger der „Dynamik“ seien. Leider ist aber das „Gleichgewichts-Modell“ Parsons‘ und seine Internalisierungsforderungen der Theorie Dahrendorfs um die Einsicht in das Scheitern des Liberalismus voraus, wenn sie, statt auf „Konkurrenz und Konflikt“ in der Theorie zu beharren, den herrschaftstechnischen Vorteil ihrer Verschleierung erkennt und statt ihrer „Anpassung“ von den Individuen fordert.

D. unterscheidet nach Abstraktion „von vorgeblich bekannten Inhalten“ (S. 367) für die gesamte soziologische und philosophische Literatur einen „assertorischen“ (vor allem Marx) und einen „problematischen Freiheitsbegriff“ (z. B. er selbst) und erläutert beide am Beispiel „Freizeit in der modernen Gesellschaft“ (S. 373 f.). Für den „problematischen“ Freiheitsbegriff seien „Freiheit und Freizeit dasselbe“, für den „assertorischen“ bedeute die „Verkürzung des Arbeitstages nur die Möglichkeit der Freiheit“ (S. 373). Warum aber gerade derjenige (Dahrendorfs) Freiheitsbegriff „problematisch“ sein

soll, der doch assertorisch für Gesellschaften, in denen die Freizeit der Individuen von Konsumzwang und Massenmedien geregelt wird, Freiheit dekretiert, ist nicht einsichtig; es sei denn, man läse die „Problematik“ als Zynismus. Den Nachweis, daß unter diese „formalen“ Kategorien sich die „weitaus meisten Begriffe von Freiheit“ (S. 375) subsumieren lassen, bleibt D. (wie vieles andere Soll-hier-offenbleiben, Nicht-eingehend-behandeln und Nur-am-Rande-berühren) schuldig. Darüber, wie sich Freiheit in der „modernen Gesellschaft“ besser realisieren lasse, als sie es nach manchen von D's eigenen Argumenten schon ist, erfährt man nichts. Nur die Ermahnung zur Einhaltung der „Spielregeln“ wird um einige weitere zu größerer „Individualität“ und „Autonomie“ der Individuen bereichert. — Weil der Autor dasjenige, was in den jetzigen Gesellschaften wirklich das Leben der Individuen bestimmen mag: „Zwang“ und „Konflikt“, als für alle Gesellschaftsformen geschickt ansieht, braucht er nach der inhaltlichen Bestimmung dieser Zwänge durch konkrete gesellschaftliche Bedingungen gar nicht zu fragen. Man wäre geneigt, D. für einen letzten Vertreter des Liberalismus zu halten, würde nicht auch er inzwischen, wie seine neuesten Veröffentlichungen beweisen, in Anpassungs-Kategorien reden.

Reimut Reiche (Berlin)

Mills, C. Wright: Kritik der soziologischen Denkweise. Aus dem Amerikanischen von A. Kruse. Einleitung von Norman Birnbaum. Soziologische Texte Bd. 8. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin (West) 1963 (295 S. brosch. 14.— DM).

„Die wachsende Rationalisierung der Gesellschaft, der Widerspruch zwischen dieser Rationalität und der Vernunft, der Einsturz der behaupteten Koinzidenz von Vernunft und Freiheit — alles das steht hinter dem Aufkommen eines Menschen, der Rationalität besitzt, aber keine Vernunft, der sich selber zunehmend rationalisiert und zunehmend unzufriedener wird“ (220). Auf dem Boden solcher Einsicht, die der amerikanischen Soziologie ihre emanzipatorische Aufgabe bewußt machen will, kritisiert Mills die beiden herrschenden soziologischen Denkweisen: die „große Theorie“ und die „abstrakte Empirie“. Der ersteren (Parsons) weist er nach, daß ihr hoher Formalisierungsgrad die Realität versäumt: während sie einerseits unfähig ist, sozialen Wandel zu erklären, tendiert sie andererseits dazu, „feste Herrschaftsformen zu legitimieren“ (92) dadurch, daß sie den Begriff des Wertes fetischisiert, statt ihn auf Macht- und Autoritätsstrukturen zurückzuführen. Der Kritik der zweiten Denkweise ist das Kapitel „Geistloser Empirismus“ gewidmet. In ein „methodologisches Korsett“ gepreßt, ist diese Richtung unfähig, soziale Tatbestände und Probleme adäquat zu erfassen. Ebenso bleibt die bloße Summierung individueller Fragebogenantworten unzureichend, wenn nicht „vergleichbare und geschichtlich erfassbare Sozialstrukturen“ (113) herangezogen werden.

Demgegenüber versteht Mills seine eigene Methode als „Sociological Imagination“ (wie auch der treffendere Titel der Originalausgabe von 1959 heißt). Sie schließt an die klassische Sozialwissenschaft an und erlaubt es, „Geschichte und persönlichen Lebenslauf und ihre Verbindung in der Gesellschaft zu erfassen“ (42). Es ist das Verdienst Mills, zu einer Zeit, da die Sozialforschung Teil der Industrie zu werden droht, auf einer eigenen, kritischen Methode zu insistieren, die zunächst in der Anweisung besteht, einzelne soziale Phänomene von ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang her zu begreifen. Sein Ziel — und das des Buches — ist es, sowohl die unausweichlichen politischen Implikationen der Sozialwissenschaft zu belegen, als auch die Soziologie auf ihre „dringlichen Aufgaben“,

zumal der Aufklärung der Gesellschaft über ihre eigenen Tendenzen, hinzuweisen. Dazu bedarf es jedoch der Historisierung ihrer Methoden und Begriffe. Erst durch die Kenntnis des „historisch Möglichen“ lassen sich Vernunft und Freiheit bewahren, indem die Menschen ihre Geschichte als von ihnen selbst machbare begreifen. Mills entwickelt hier ein Konzept von Freiheit und Vernunft, das von dem Gedanken ausgeht, mit der steigenden Rationalität der modernen Gesellschaft sei keineswegs auch größere Freiheit verbunden — wie die Aufklärung annahm —, vielmehr Anpassung an Organisationen, deren Sinn die Individuen nicht zu durchschauen vermögen. Damit sei eine Sozialstruktur entstanden, in der weder Liberalismus noch Sozialismus Orientierung geben können (217). Demgegenüber bleibt Mills Forderung, bei der Bearbeitung eines Problems die implizierten Werte herauszustellen, selbst unverbindlich. Auch seine Auffassung, auf Vernunft und Freiheit als „anerkannte Werte“ zu rekurrieren, übersieht den **verdinglichten Charakter** des Wertbegriffs in der modernen Soziologie. — Allein, noch die Ohnmacht, die einem so vagen Begriff wie „sociological imagination“ anhaftet, wird begreiflich aus Mills' Darstellung der Machtverhältnisse in der „modernen Gesellschaft“.

Jürgen Friedrichs (Hamburg)

Aron, Raymond: Die industrielle Gesellschaft. 18 Vorlesungen. Fischer-Bücherei Nr. 636. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1964 (268 S., kart., 3.80 DM).

Schon im ersten Teil des Buches, der allgemeiner Natur ist und sich mit historischen Fragestellungen sowie methodologischen Problemen bei Toqueville, Marx und Montesquieu befaßt, erfährt man, worauf es Aron ankommt. „Positive Forschung“, die vor allem „Achtung vor den Tatsachen“ zu vermitteln hätte, müßte sich die „Behauptung eines wirklich universalen Systems der Gesellschaften ebenso wie die einer absoluten Relativität soziologischer Deutungen“ (20) versagen. Im Gegensatz zum Marxschen theoretischen Ansatz, der zwar eine „syntetische Soziologie“ hervorbringe, aber durch die Betonung „primärer Phänomene“ eine „einseitige Determinierung“ impliziere, hält es A. mit einer, wie er meint, von Montesquieu gefundenen Zwischenlösung zwischen diesem theoretischen Zugang und „analytischer Soziologie“, die — ohne das Ganze erfassen zu wollen — streng kausale Beziehungen zwischen isolierbaren Variablen feststellt. Nach solchen methodologischen Überlegungen nimmt es keineswegs wunder, zu hören, daß die industrielle Gesellschaft durch schnellen „Produktionsanstieg“ und „Steigerung der Wertschöpfung sowohl durch die Gesamtheit wie auch durch jeden einzelnen innerhalb eines Gemeinwesens“ (35) gekennzeichnet ist. Das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen faßt A. äußerst abstrakt. Gewiß müsse zwischen ihnen eine Korrelation bestehen, wenn auch keine so enge und notwendige, wie sie die Marxsche Theorie beinhalte. Prinzipiell könnten einem gegebenem Stand der Produktivkräfte recht verschiedene Produktionsverhältnisse entsprechen, so daß schließlich auch das Wachstum und die Entwicklung einer Gesellschaft quasi unabhängig von den Organisationsmerkmalen „kapitalistisch“ und „sozialistisch“ vonstatten gehen könnte. „Das wirkliche Problem liegt darin, die Variationsbreite zu finden, die die Infrastruktur noch läßt. Ist ein bestimmter Zustand... der Produktionskräfte gegeben, welche Variationsbreite kann man bei den Produktionsverhältnissen feststellen?“ (42). Diese Variationsbreite ist nach A.s positivistischer Einsicht, die sich Urteile über optimale Entwicklungsmöglichkeiten, über Grade der Repression, das Maß der Rationalität im umfassenden, teleologischen Sinn versagt, so groß, daß er für die Fortentwicklung der industriellen Ge-

sellschaft den Gegensatz Kapitalismus — Sozialismus für irrelevant hält. Ähnlich wie bei François Perroux (Feindliche Koexistenz?, Stuttgart 1961) wird hier die Frage der dialektischen Aufeinanderfolge von historisch-konkreten Gesellschaftssystemen zugunsten der Analyse des Typs der industriellen Gesellschaft beiseite gelassen. „Mit dieser Art Fragestellung vermag man von vornherein den Gegensatz Sozialismus — Kapitalismus zu vermeiden und Sozialismus und Kapitalismus als zwei Abwandlungen derselben Gattung, nämlich der industriellen Gesellschaft anzusehen“ (36). Nach solchen peinlich sich an „Objektivität“ haltenden Begriffsbildungen kann der Leser bereits ahnen, was ihn in den beiden weiteren Teilen des Buches über „industrielle Gesellschaft und Wachstum“ und „Typen industrieller Gesellschaften und Wachstumsmodelle“ erwartet: materialreiche Konkretionen des theoretisch Angekündigten und schrittweises „Widerlegen“ der Marxschen Theorie. Argumente gegen die kapitalistische Gesellschaftsform hält A. für bloße „geistige Mode“ (80). Resignativ ans Positive sich haltend und es gleichzeitig apologetisch verklärend stellt er fest: „Das Gewinnstreben ist nun einmal grundlegend für das Funktionieren jedes modernen Industriesystems“ (88). Der Kündiger des ‚Fin de l'Age idéologique‘ scheut sich nicht, an Mandeville und das Zeitalter des Hochliberalismus erinnernde Formulierungen als für alle industrielle Gesellschaften gültig auszugeben: „Der Soziologe von heute neigt dazu, eine Gesellschaft dann für gut zu halten, wenn sie die Untugenden der Individuen für das Gemeinwohl zu nutzen versteht“ (88). Ungleichheit als gesellschaftliche Invariante erscheint ihm als „notwendige Bedingung der Kultur, weil sie einer Minderheit die Möglichkeit gibt, sich mit höheren Dingen zu beschäftigen“ (91). Selbst die naivsten Slogans wie etwa der vom ‚Königtum des Verbrauchers‘ im ‚freien Westen‘ finden bei A. Platz, obwohl er sich andererseits darum bemüht, die Sowjetwirtschaft hinsichtlich ihrer hohen Wachstumsrate und ihrer Produktivität gegenüber westlichen Ideologen zu verteidigen. — Notwendigerweise konnten die durchaus instruktiven Passagen des Buches hier nicht voll zur Sprache kommen. Aber auch die streckenweise aufschlußreiche Analyse des Wachstumsprozesses in den USA und der SU, das zuweilen langatmige Referieren der sektoralen Wachstumsmodelle Clarks, Fourastiés und Rostows, das Aufzählen abstrakter Wachstumsfaktoren wie „wissenschaftlich-technischer Geist, Geist der Wirtschaftlichkeitsberechnung und schließlich der Fortschrittsgeist“ (146), rationelle Verwaltung, Produktionsanreiz, Steigerung des Kapitaleinsatzes je Arbeitskraft etc. können über die im theoretischen Ansatz sich bereits manifestierende Schwäche nicht hinwegtäuschen.

Aron's Hauptthese ist: „Es gibt keine einfache Beziehung zwischen den Systemen, die einander entgegenstehen, und dem Tempo wirtschaftlichen Wachstums“ (150). „Der Unterschied in diesen Geisteshaltungen bringt eine Reihe von Unterschieden in der sozialen Organisation und insbesondere in der Organisation der Industrie mit sich. Wie dem auch sei — unmöglich kann man auf Grund einer allgemeinen Theorie des Wachstums und der Wachstumsfaktoren ein kategorisches Urteil über die Vorzüge verschiedener Wirtschaftssysteme fällen“ (151). Sicherlich hat die These angesichts des veränderten Verhältnisses von Politik und Ökonomie und des, freilich in bestimmten Grenzen gehaltenen, Gewinns an Eigenständigkeit der Produktivkräfte gegenüber den Produktionsverhältnissen etwas Richtiges; daß nämlich die Kategorie des „Kapitalismus“ nicht mehr alle industriegesellschaftlichen Phänomene deckt. Zum anderen — und das scheint bei A. der Fall zu sein — impliziert die geläufige Vorentscheidung, von der Industriegesellschaft zu reden, eine sehr gefährliche Fetischisierung des technischen Prozesses.

Hans Dieter Boris (Marburg)

Joseph E. Drexel: Der Fall Niekisch. Eine Dokumentation.
Kiepenheuer & Witsch. (208 S., 12.80 DM, Erscheinungsjahr 1964).

Als die Westalliierten den Westdeutschen durch Verordnungen die Wiedergutmachung „auferlegten“, waren Sinn und Zweck dieser Maßnahme klar und eindeutig. Die Opfer des Nazi-Regimes sollten, soweit überhaupt möglich, für erlittene materielle Opfer entschädigt werden. Anderthalb Jahrzehnte westdeutscher Wiedergutmachungsgeschichte geben jedoch zu Zweifeln Anlaß, ob die Wiedergutmachung nach der Erreichung der eigenen, staatlichen Selbständigkeit Westdeutschlands zum wesentlichen Anliegen des westdeutschen Volkes und damit seiner ausführenden Organe geworden ist. Zwar haben sich Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung der Wiedergutmachung angenommen; der zugrundeliegende Gedanke ist jedoch dabei offensichtlich in den Hintergrund getreten.

Das Opfer des Nazi-Regimes ist zum ‚Fall‘ geworden, der durch die Verwaltung behandelt und durch Gerichte entschieden werden muß. Eigentlich müßte dabei der Geist für die Sache mehr ein individuelles Behandeln gebieten als jener den Sinn und Zweck der Wiedergutmachung entfremdende Geist mechanischer, sachfremder Betrachtungsweise.

Joseph E. Drexel hat eine Dokumentation vorgelegt, die aufzeigt, wie Gerichte und Verwaltung, scheinbar gedeckt durch die westdeutsche und Berliner Gesetzgebung zur Wiedergutmachung, in betont dogmatischer Beharrlichkeit mit der Materie der Wiedergutmachung umgehen können. Abgesehen von der für Niekisch zuständigen Wiedergutmachungsbehörde in West-Berlin, haben sich mit dem Fall Niekisch nicht weniger als sieben zum Teil höchste Spruchinstanzen befaßt. Alle haben letzten Endes, wie u. a. die in dem Buch von Drexel wiedergegebenen Urteile zeigen, den Antragsteller und Kläger Niekisch deswegen abschlägig beschieden, weil bei der von ihnen vorgenommenen dogmatischen Behandlung des ‚Falles‘ der geistige Standort Niekisch's als einem ‚Intellektuellen der Linken‘ zu offensichtlichen Schwierigkeiten bei der Anwendung des zuständigen Berliner Wiedergutmachungsgesetzes führte.

Dies, obwohl Niekisch 1939 aus rein politischen Gründen vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt 8 Jahre im Zuchthaus festgehalten wurde und dabei erblindete und körperlich gebrach. Da auch das Berliner Wiedergutmachungsgesetz durchaus einer pragmatischen, moralisch vertretbaren und dem Fall Niekisch durchaus angemessenen Lösung Möglichkeiten bietet, hat der unermüdliche, glänzende Vertreter Niekisch's, Rechtsanwalt von Schlabrendorff, vollkommen zu Recht immer wieder mit seinen teilweise menschlich bewegendenden Schriftsätzen versucht, Niekisch von dieser Seite zu einer Wiedergutmachungsleistung zu verhelfen. Nicht zuletzt hat sich auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes in einem Schreiben an den Senat von Berlin wohl aus gleichen Erwägungen für eine vergleichsweise Regelung des Falles Niekisch eingesetzt. Das in der Dokumentation ebenfalls enthaltene Antwortschreiben, unterzeichnet vom regierenden Bürgermeister Willy Brandt, in welchem dieser Vorschlag aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt wird, spricht Bände und atmet ‚Frontstadt-Atmosphäre‘.

Drexel hat mit seiner sorgfältig zusammengestellten Dokumentation, die außer den reinen Prozeßdokumenten einen Überblick über Veröffentlichungen Niekisch's Auszüge aus dem Urteil des Volksgerichtshofes enthält, nicht nur versucht, seinem eigenen Anliegen in objektivster Weise die richtige Resonanz zu verschaffen, sondern auch an Hand eines sachlich geführten Rechtsstreites aufgezeigt, wo die Gefahren einer viel gepriesenen Humanitas in ihrer realen Durchführung lauern, wenn der Geist der Humanitas sich im Abstrakten verhält.

Udo Müller-Wirth (Karlsruhe)

Rorarius, Winfried: Glaube und Psychotechnik. Von der Manipulierbarkeit des Geistes. Neske Verlag, Pfullingen 1964 (156 S., Ln., 14.80 DM).

R. ist Psychiater und Theologe. Sein Problem ist dieses: in einer Epoche, die durch die sogenannte ‚positivistische Entzauberung‘ bestimmt ist und in der das herrschaftlich-technische Verhalten der Menschen gegenüber der Natur seine Entsprechung hat in den Herrschaftstechniken, die sich das Innere der Menschen unterwerfen (Psychotechnik), — in dieser Epoche also den Glauben zu retten. Er geht dabei in zwei Schritten vor: 1. gibt er seinem Anspruch nach jede metaphysische Fundierung des Glaubens auf, bestimmt aber Glauben als die Substanz des Menschen, mit der Menschsein schlechthin zerstört würde (149). In der von Gott geschenkten Personalität des Menschen sieht er dessen eigentliches Wesen, das im Gespräch, seils mit anderen Menschen oder mit Gott, sich aktualisiert. Jede sachlich-inhaltliche Bestimmung des ‚Gesprächs‘ weist er zurück, weil noch erreichbar vom Herrschaftsvollzug und weil darüber demnächst Roboter sich verständigen können (155). Beim Versuch, dieses ‚Gesprächs‘ so zu bestimmen, daß „kein methodisches Wissen und keine Technik in diesen Bereich“ (22) einzudringen vermöchte, kann er nur andeuten: „Es ist das unüberbietbare Urgespräch, das schon längst begonnen hat, bevor wir darüber sprechen“ (22). — 2. Über die gesellschaftliche Dimension von Manipulation erfährt man garnichts. Wennanders man nicht den ohne jeglichen soziologischen Begriff vorgetragenen Antikommunismus des Verfassers dafür nehmen will. Aufklärung, Luststreben, Wissenschaftlichkeit, Reklame werden allesamt zusammengeschnitten in einen dunklen, eigentlich mythischen Popanz ‚Kommunismus‘, der als „Fundamentalangriff des Menschen auf den Menschen“ gesehen und dem das „grauenhafte Resultat“ zugeschrieben wird, daß der Mensch „sich in seinem Wesen ruiniert, entmenschlicht, und zwar in unwiederbringlicher, nicht mehr rückgängig zu machender Form“ (131). „Marxismus“ erscheint einzig in Gestalt chinesischer „Gehirnwäsche“. — So hat Verf. sich die Möglichkeit differenzierter Bestimmung seines Gegenstands und sinnvollen Widerstands gegen die aufgezeigte Gefahr dadurch verbaut, daß er alle Positionen eines kritischen Humanismus nicht sowohl dem Gegner gleichsam kampflos überläßt, sondern vielmehr als Erscheinungsformen des Bösen selber anprangert. Durch seine Blindheit gegenüber gesellschaftlichen Prozessen gerät ihm das Beschriebene vollends ins Mythische. In Anlehnung an Jaspers erscheint ihm Geschichte als der möglicherweise bereits gescheiterte „Augenblick zwischen zwei unermeßlichen Schlafzuständen, von denen der erste als Naturdasein war, der zweite als technisches Sosein sein wird. Dieses würde aber ein Absterben des Menschseins bedeuten, ein Ende in einem radikaleren Sinne als je zuvor“ (131). Solch irrationaler Pessimismus befällt Verf. selbst angesichts seines Glaubens. Dessen „den Menschen überhöhendes Geheimnis“ (156) sei es, daß er nicht aktiv vom Subjekt erreicht werden kann, sondern „daß er sich selbst ins Werk setzt“. Und im gegenwärtigen Zeitalter nun „hält er an sich“, hat sich „tief verschlossen“, sich „zurückgezogen“. Und das Buch endet mit Fragen, die auf ein Warten auf Godot verträsten: Zog sich der Glaube, so fragt der Verf., nicht zurück in dem Maße, in dem der Mensch aufdringlich sich an ihn herannachte? Muß der Mensch darum jetzt nicht — notwendiger denn je — sich bescheiden und warten lernen, bis er sich wieder öffnet und vernehmlicher spricht?“ (156).

W. F. H.

Vincze, László und Flóra: Die Erziehung zum Vorurteil. Kritik an der Kinderpsychologie. Europäische Perspektiven. Europa Verlag, Wien, Köln, Stuttgart und Zürich 1964 (120 S., Papp., 8,40 DM).

Die Verfasser gehen von der Auffassung aus, daß die Kinderpsychologie unserer Zeit die Frucht des ideologischen Kampfes ist, „den die herrschende Klasse der in Verfall begriffenen bürgerlichen Gesellschaft gegen das aufstrebende Proletariat führt“ (S. 11). Entschieden wenden sie sich gegen die u. a. von Eduard Spranger formulierte These: „Das Kind lebt in einer anderen Welt als wir“. Sie fragen, „ob die kinderpsychologische Forschung nicht in eine Sackgasse geraten ist, ob sie nicht eben deswegen nicht von der Stelle kommt, weil sie etwas zu erforschen unternommen hat, was nicht existiert. Es gibt kein spontanes, eigentümlich kindliches Denken, es gibt kein eigentümlich kindliches Weltbild. Das Denken und damit das Weltbild des Kinder ist so, wie es die Welt der Erwachsenen unter den gegebenen historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umständen formt“ (S. 13).

Mit wohlüberlegten Gründen weisen sie jene Lehren zurück, die glauben, in der kindlichen Entwicklung ein Stenogramm der Phylogenese lesen zu können (S. 15). Von Piagets Versuch einer Trennung des religiösen vom magischen Denken halten sie nichts (S. 25). Ebensovienig erkennen sie den Unterschied zwischen dem Denken der Kinder und der Erwachsenen an (S. 64).

Diesen Thesen und ihrer Kritik an den Intelligenztests (S. 84 ff.) sowie an der klinischen Methode (S. 94 ff.) möchte ich zustimmen. Piaget, einer der Begründer der klinischen Methode, will nach V. nachweisen, daß Kinder ein spontanes Weltbild, von der gesellschaftlichen Umgebung unabhängige Vorstellungen haben. Die V. entgegnen: „Haben die Theorien des Kindes allgemeinen Charakter, so ist das kein Beweis für die spontane Theorienbildung des Kindes, sondern nur dafür, daß die Quelle identisch ist: Die Erwachsenen — wenigstens die Erwachsenen ‚identischer Zivilisation‘ — setzen den Kindern die gleichen Theorien vor“ (S. 95). Über die soziale Funktion der Intelligenztests heißt es, ihre Aufgabe sei die Klassifikation der Kinder. Sie „stellen die Kinder aus den niederen gesellschaftlichen Schichten vor Aufgaben, die nur das Kind aus bürgerlichen Kreisen lösen kann, weil ihm der Einfluß und das Vorbild seiner Umgebung dazu verhelfen. Obwohl diese Tatsache nichts mit der Vererbung zu tun hat, begründet man sie mit dem Nativismus“ (S. 99). Gegen bestimmte Aufgabenstellung beider Methoden richtet sich der Satz: „Die Pädagogik verbietet irreführende Fragen, der Psychologe aber zieht aus den Antworten auf irreführende Fragen wissenschaftliche Folgerungen — und das ist Unsinn“ (S. 103).

Zwei Thesen der Autoren halte ich für falsch. Auf S. 22 wird behauptet, in den Verböten und Gesetzen, die das Denken des modernen Menschen bestimmen, sei das wesentliche Element der Tabus des primitiven Menschen, nämlich das kontradiktorische Element nie zu finden. Die ambivalente Geföhlsreaktion des modernen Kindes entstehe nur als Folge der Wahrnehmung des zweideutigen, launenhaften, widerspruchsvollen Benehmens der Erwachsenen. Und auf S. 24 wird der Satz: „Das nervöse Kind ist ein Faktum, das normale eine Utopie“ bestritten. Daß der Unterschied zwischen dem Denken der „Normalen“ und dem „Pathologischen“ eben doch fragwürdig ist, wollen die Verfasser, die mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Denken von Kindern und Erwachsenen gibt, nicht wahrhaben. Hier wird vergessen: Der Begriff des Normalen ist eine Rechengröße, die in der Wirklichkeit nicht vorkommt.

Wilfried Gottschalch (Berlin)